Biogr.
432 mb

Gagern, H. v.

Heinrich von Gagern.

Ein Lichtbild.

Von

Levin Schücking.

Köln.

Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung.

1849.

50. D.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MUENCHEN

I.

Es ist nicht ohne innere Bedeutung, daß die Idee der absoluten Berechtigung der Nationalität auf staatliche Unabhängigkeit, welche der europäischen Politik eine ganz neue Basis unterzuschieben beginnt, sich geltend gemacht hat am Ende eines dreiunddreißigjährigen Friedens.

Der kriegerische Geist, welcher unsere gesammte Vorzeit beherrschte und Staaten aus verschiedenen Nationalitäten bildete, hielt sie auch wie mit festen Klammern zusammen.

Die Völkerstämme, welche zusammen Schlachten schlagen, die Gefahren des Kampfes, den Ruhm des Sieges, die Leiden und das Rachebedürfniß der Niederlage theilen, vergessen die Verschiedenheiten ihrer Abstammung, ihrer Sitten; sie denken nicht daran, sich von einander zu trennen, sie fühlen sich gebunden durch die Gemeinsamkeit des Willens und der That. Aber der Friede wirft die Zwietracht zwischen Stamm und Stamm.

Oesterreich ist ein merkwürdiger Beleg dafür. So lange es Schlachten schlug, so lange es seine Prinz Eugen, seine Laudon, seine Montecuccoli hatte, dachte man wenig, daß seine Dauer und seine Existenz bedroht sein könne durch

die Verschiedenheit seiner Nationalitäten. Erst ein ruhmloser Frieden mußte kommen, bis Ungarn, bis die Niederlande Joseph II. das Vorspiel späterer Erhebungen der Nationalitäten zeigten. Joseph II. wollte mit Energie wider Regungen dieser Art auftreten. Er faßte den Gedanken strenger Centralisation. Er vermehrte nur das Uebel dadurch. Ueberwunden, trostlos ließ er endlich die Arme sinken. Da kamen die Revolutionskriege, die Kriege bis 1814; sie thaten, was der Geist eines Joseph II. nicht vermocht hatte, sie befestigten Oesterreich, sie heilten es von dem Zerfalle, dem Joseph es entgegen gehen sah. Jetzt aber, wo Oesterreich seit dreiunddreißig Jahren die Ruhe um jeden Preis erkauft hat, wo es seine Fahnen sich mit Spinngeweben bedecken ließ, statt sie stolz den russischen Colonnen in die Donau-Fürstenthümer entgegen zu tragen, droht es aus einander zu fallen und scheint dem Untergange geweiht; der wildeste Aufruhr klopft an die Thore der Habsburger, weil sie versäumten, zu rechter Zeit das mangelnde Bewußtsein einer gleichen Nationalität ihrer Völker durch das Bewußtsein einer gemeinsamen kriegerischen Idee, eines gleichen Ruhmes zu ersetzen und durch große Siege die Wunden des Friedens zu heilen. Nichts ist gesund mehr in Oesterreich als das Heer Radetzky's. So sehr ist der Mensch ein kriegerisches Geschöpf.

Aber nicht allein die Staaten, welche aus verschiedenen Nationalitäten bestehen, auch die großen Nationen selbst zerspaltet der Friede, verbindet der Kampf. Das kriegerische ruhmreiche Frankreich steht nach einem zu langen

Frieden am Vorabende der Decentralisation; umgekehrt ist dagegen der Gedanke der Einheit Deutschlands auf dem Schlachtfelde geboren; aber er ist ein schwaches Kind geblieben, weil der Friede kam und ihn wiegte.

Es waren die großen Schlachten der Jahre 1813 und 1814 welche machten, daß die Deutschen nach vielen Jahrhunderten wieder sich durchaus und rückhaltlos als Brüder fühlten und sich als Söhne eines Vaterlandes umarmten. Die Politik der Höfe wurde gebrochen, die Sachsen, die Schwaben gingen mit wehenden Fahnen zu den deutschen Truppen über. Nur gemeinsame Gefahren und Siege brachten das Wunder zu Stande, daß früher eifersüchtige Stämme sich wie Flüsse in einen großen Strom zu stürzen und darin aufzugehen strebten, daß selbst die Fürsten, ja, selbst die Diplomaten vom Patriotismus für ihr großes zerrissenes Vaterland sich ergriffen fühlten und ein preußischer Minister, Stein, die Worte schrieb: „Ich bin vor Allem ein Deutscher und dann erst preußischer Minister."

Auf einem jener Schlachtfelder unserer großen Kriegsjahre war es auch, wo der Mann, der bestimmt war, einst der Hauptausdruck und der Vorkämpfer des Gedankens der deutschen Einheit zu werden, seine Weihe empfing. Es war in der Schlacht von Belle-Alliance. Unter denen, welche an diesem Tage ihr Blut und Leben einsetzten, um die letzte Machtanstrengung eines verzweifelnden Riesen niederzuhalten, war eine Schar nassauischer Jäger. Der Hauptmann, die Officiere waren gefallen. Da trat ein junger Unter-Lieutenant, ein Knabe von 15 Jahren, vor

und führte, das Commando übernehmend, unerschrocken seine Compagnie in das Handgemenge. Sein Blut fließt — aber er ist stolz darauf, und als die Feinde fliehen, stürzt er sich um desto entzückter in die Arme eines Bruders, der mit ihm an der heißen Schlacht Theil genommen hat, und desto unauslöschlicher ist das Gelöbniß, welches zwei aufopferungsfrohe Herzen zusammen ablegen — zu leben und zu sterben für die Freiheit, die Einheit, die Größe Deutschlands.

Jener verwundete Knabe war Heinrich von Gagern; der Bruder, der mit ihm in der Schlacht vor Waterloo kämpfte, war der General Friedrich von Gagern, der im Sommer 1848 von den Freischaren Hecker's erschossen wurde.

Der Gedanke jener kriegerischen Tage wurde bald von der Diplomatie sequestrirt. Es wurde ein Verbrechen, die Einheit Deutschlands zu verlangen. Aber als das deutsche Volk im Jahre 1848 erwachte, entschloß es sich, den Traum, welchen ihm während seines Schlummers die Dichter ins Herz gesungen hatten, eine politische Wahrheit werden zu lassen. Es sah sich nach einem Manne um, welchen es an die Spitze des Kampfes stellen könne. Er mußte ein echter Staatsmann sein, aber er mußte etwas von dem großen und warmen Herzen eines Dichters haben. Es sollte ja ein Dichtergedanke in die Wirklichkeit treten. Das große Werk forderte eine frische Kraft, und doch mußte diese Kraft auf dem Boden jener langvergangenen Zeit der Schlachten und des Ruhmes aufgewachsen sein, in welchem die Keime des Gedankens unserer Einheit la-

gen. Deutschland fand diesen Mann in Heinrich von Gagern.

II.

Das Princip der Erblichkeit, auf welches das alte Europa seine Staaten gründete, ist nichts Willkürliches, sondern ein Gedanke, auf den die Natur selbst hingewiesen hat. Hat die Natur auch nicht immer die großen Talente und das Genie vom Vater auf den Sohn übertragen, so hat sie doch desto öfter die Neigungen, die Geschicklichkeiten und den Beruf von einem Geschlechte auf das andere fortleben lassen. Haben die großen Componisten auch keine Componisten zu Söhnen gehabt, und waren die Enkel großer Dichter auch oft sehr wenig poetische Menschen, so waren desto öfter die großen Aerzte, Rechtsgelehrten, Mathematiker, Philologen aus einem Geschlechte entsprossen, worin die Heilkunde, die Jurisprudenz, die Mathematik seit vielen Generationen vererbte Berufsarten waren. Vielleicht wirkt hier die Vererblichkeit körperlicher Organe und Bildungen eben so sehr ein wie die ganze Atmosphäre, welche unsere erste Jugend umgibt.

Auch bei Heinrich von Gagern ist von dem Angeerbtsein staatsmännischen Berufs zu reden. Er ist der Sohn eines Mannes, der eine Rolle gespielt hat in der politischen Entwickelung Deutschlands. Der Vater Heinrich von Gagern's, Hans Christoph Ernst Freiherr von Gagern, wurde am 25. Januar 1766 auf einem Schlosse in der Pfalz, nahe bei Worms, geboren. Gebildet auf der

Lehranstalt der Jesuiten in Worms, dann in Zweibrücken, in der Anstalt Pfeffel's in Colmar und auf den Universitäten Leipzig und Göttingen, schöpfte er aus den Classikern früh eine Gedankenrichtung, welche wenige seiner Altersgenossen in jener Zeit politischer Verkommenheit mit ihm getheilt haben mögen. „Die Freiheitsliebe," sagt er in seinen Memoiren, „die rechte und edelste, exaltirte meine Seele; die Idee des Vaterlandes wurde mein Idol."

Von der Universität entlassen, machte der junge Freiherr Hans von Gagern eine unglaublich schnelle Carriere. Er begab sich aus pfälzischen Diensten in die des kleinen Hofes von Nassau-Weilburg, und wurde hier in Jahresfrist Präsident der Regierung, also erster Beamter, Minister des kleinen Landes. Als solcher kam er mit dem Anführer des siegreichen Revolutionsheeres, welches zuerst deutschen Boden betrat, mit Custine, in ein Verhältniß, das sich freundlich genug gestaltete. Es war um dieselbe Zeit, daß Gagern an die gefangene Königin Marie Antoinette und an den National-Convent schrieb, um sich zum Vertheidiger der unglücklichen Frau, welche eine Tochter seines deutschen Kaiserhauses war, vor dem Revolutions-Tribunal anzubieten. Der nassauische Minister glaubte nämlich, der Convent habe Marie Antoinetten den Vertheidiger versagt. Dies war ein Irrthum, denn bekanntlich wählte die Königin die Pariser Juristen Chaveau-Lagarde und Tronson du Coudray, welche um diese Ehre sich beworben hatten, zu Vertheidigern. Gagern erhielt keine Antwort, mußte sich jedoch vor den Nachstellungen der fran-

zösischen Policei aus Mainz flüchten. — Als Preußen 1794 den Baseler Frieden geschlossen hatte, der alle patriotischen Herzen in Deutschland erbitterte, forderte der junge Minister in einer Schrift: „Zuruf eines deutschen Edelmannes an seine Landsleute", die intelligenteren und edleren der deutschen Fürsten zu einem engeren Fürstenbunde auf, um beim Verfalle des deutschen Reiches einen Krystallisations-Punct für eine neue Bildung zu schaffen. Aber sein Vorschlag blieb ungehört — es sollte noch ein halbes Jahrhundert des Leidens über Deutschland dahin gehen, bevor sein Sohn, dem Gedanken des Vaters treu, mit Hoffnung auf Erfolg den Plan eines rettenden engeren Bundes aussprechen durfte!

Die Truppen der französischen Republik überschwemmten das rechte Rheinufer, die Fürsten flüchteten sich. Der nassau-weilburg'sche Hof fand eine Zuflucht auf dem Schlosse Eremitage bei Baireuth, damals einer preußischen Besitzung, und hier war es, wo dem Minister der Sohn geboren wurde, der die größte Illustration seiner an ausgezeichneten Mitgliedern reichen Familie werden sollte. Heinrich Wilhelm August wurde am 20. August 1799 im Schlosse zu Baireuth geboren.

Nach dem Lüneviller Frieden wurde der Baron Hans von Gagern zum Gesandten des Gesammthauses Nassau in Paris ernannt und war von nun an im Interesse seines Hofes und der deutschen Fürsten des Rheinbundes bald in Paris, bald an den deutschen Höfen thätig, bis ein Decret Napoleon's (vom 26. August 1811) seinem

Schicksal eine neue Wendung gab. Dieses Decret berief alle in den Staaten des französischen Kaiserreiches Gebornen in ihre Heimat zurück und erklärte sie für französische Bürger. Hans von Gagern, der durch seine Geburt dem Departement des Donnersberges angehörte, beschloß, sich durch die Auswanderung diesem Machtgebote zu entziehen. Er verließ die dem französischen Einflusse unterworfenen Lande der Rheinbund-Fürsten und begab sich nach Oesterreich. Dort schrieb er den ersten Band einer National-Geschichte der Deutschen. Aber seine Zurückgezogenheit dauerte nicht lange: es folgte bald für ihn eine Zeit angestrengtester und mannigfachster Theilnahme an allen den politischen Verwickelungen, Rathschlüssen, Maßregeln, Vorbereitungen, welche der endlichen siegreichen Erhebung Deutschlands wider die Napoleonische Gewaltherrschaft vorhergingen. Der Prinz von Oranien hatte ihm die Verwaltung aller seiner Angelegenheiten in die Hände gelegt. In Folge dieser Stellung wurde Gagern Gesandter der Niederlande und des fürstlich nassauischen Gesammthauses beim wiener Congresse, unterzeichnete als solcher die Bundes-Acte und wurde nach dem zweiten Pariser Frieden bevollmächtigter Minister des Königs der Niederlande beim deutschen Bundestage.

Als Mitglied dieser deutschen Central-Gewalt arbeitete der Baron Hans von Gagern mit Eifer und Wärme auf die Erfüllung jener Versprechungen hin, welche man während der Befreiungskriege dem deutschen Volke gemacht hatte. Aber den Bundestag und die deutsche Diplomatie

hatte ein ganz anderer Geist zu beleben begonnen, als jener war, dem die liberalen Versprechungen von 1813 entflossen. Der niederländische Hof wurde veranlaßt, seinen Gesandten, des ihn belebenden anstößigen Liberalismus wegen, abzurufen. Dies geschah am 13. April 1818. Im Jahre 1820 wurde er auch als niederländischer Staatsdiener in den Ruhestand versetzt und zog sich auf seine Güter in Rheinhessen und Nassau zurück. Aber er verzichtete darum nicht auf die Theilnahme an dem geistigen Kampfe, der nach dem physischen Kampfe um die Befreiung in Deutschland begonnen hatte. Er kämpfte für die Ideen, welchen er sein Leben gewidmet auf der Rednerbühne und in der Literatur. Die Ehre der deutschen Nationalität, die constitutionellen Garantieen, die Organisation der Auswanderung und vielfache Fragen des Tages fanden in ihm ihren warmen Vertheidiger in den Kammern des Großherzogthums Hessen und in der Reihe von Schriften, welche ihn zu einem der fruchtbarsten Publicisten machen. Außer seiner nicht vollendeten National-Geschichte der Deutschen zeichneten sich von diesen Schriften aus: „Die Resultate der Sittengeschichte“, 6 Theile, und „Mein Antheil an der Politik“, in 6 Bänden, ferner das einzige von ihm ganz vollendete Werk: „Die Kritik des Völkerrechts“. — Er gehört als Schriftsteller zu jenen Männern, denen zu reiches Wissen und zu reiche Erfahrung die runde Abgeschlossenheit eines künstlerischen Schaffens unmöglich macht; bei denen der Stoff die Schranken der Form überquillt; die sich durch ihre Geistesarbeit zu viele Gebiete unterworfen

haben, um nicht zu leicht von einem Stoffe auf die Domäne des andern überzugleiten, und die desto mehr erreichen würden, je weniger zu erreichen sie sich vornähmen.

Der Freiherr Hans von Gagern lebt jetzt, reich an Kindern und Enkeln, auf seinem Schlosse Hornau, in der Nachbarschaft von Frankfurt.

III.

Wir haben in rascher Skizze das vielbewegte Leben des Vaters geschildert und kehren zu dem Sohne zurück, den wir auf dem Schlachtfelde von Waterloo, in einem Alter von 15 Jahren, eine Compagnie ins Gefecht führen sahen. Gleich zwei älteren Brüdern, Friedrich Balduin und Karl für den Militärstand bestimmt, und in der Militärschule in München gebildet, entschloß er sich, als der erste Friede von Paris geschlossen war, der kriegerischen Laufbahn zu entsagen. Napoleon's Rückkehr von Elba hatte ihn diesem Entschluß nur vorübergehend untreu gemacht und ihn in nassauische Dienste geführt, wo seine Ausbildung ihm sofort den Officierrang verschaffte. Nach dem zweiten pariser Frieden kehrte er zu den Wissenschaften zurück und lebte das selige deutsche Studentenleben zu Heidelberg, Jena und Göttingen. Unterdeß waren jene Tage der Restauration gekommen, in welchen aus der officiellen deutschen Politik die Männer und die Ideen der Befreiungszeit rasch entfernt wurden und man die großen Gedanken deutscher Einheit und Freiheit wie Hofhunde kettete, welche man nur gegen einen drohenden Räuber-

Einbruch entfesselt, aber gleich darauf wieder in das alte Halsband legt. Die theuersten Herzensanliegen des deutschen Volkes mußten sich auf jene stillen Inseln flüchten, welche sich über dem particularistischen Egoismus der Fürstenhöfe als Asyle erhoben; auf denen die Hoffnungen nisteten, welche wie verscheuchte Vögel vor der Eule der Reaction aus den einzelnen Staaten sich gerettet hatten. Als das deutsche Kaiserthum, die Reichs-Gerichte, alle gemeinsamen Institute der deutschen Nation zerstört worden, blieb in Deutschland nichts der Nation Gemeinschaftliches mehr übrig, als die deutschen Universitäten. Die Orte, welche als Sitze der Wissenschaften Lehrer und Lernende zusammen führten aus allen Gegenden Deutschlands, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheiten der Stämme, mußten bald die National-Heiligthümer der Deutschen, die Trutzburgen des deutschen Allgemeingefühls, die Bildungsschulen des unitarischen Gedankens werden. Die Wissenschaft, der Cultus der Gelehrsamkeit wurde in Deutschland dadurch zur Politik, wie in Italien der Cultus der Kunst ein national-politisches Einheitsmoment wurde. Dieser Umstand hat einen wesentlichen Charakterzug im Bilde deutscher Eigenthümlichkeit hervorgebracht. — Die jungen Leute der deutschen Universitäten während der Restaurations-Epoche hatten zum großen Theile in den Befreiungskriegen selbst die Waffen getragen. Desto empörter mußten sie sich fühlen über die treulose Politik, welche dem Zeitalter des Heroismus, der Brüderlichkeit und der unbedingten Hingebung für das Vaterland folgte; und diese Em-

pörung mußte in den jungen, feurigen, an die That gewohnten Gemüthern den Gedanken thätigen Wirkens wider das schmachvolle Versinken der Nation erwecken, entflammen und zur Ausführung stacheln. So bildete sich die Burschenschaft. Einer ihrer Stifter war Heinrich von Gagern, als er Student in Heidelberg war; in Göttingen versuchte er die Propaganda ihrer Principien, und in Jena gehörte er zu den Deputirten der Verbindung, welche die Statuten einer allgemeinen deutschen Burschenschaft entwarfen und öffentlich discutirten. Der Zweck dieser Verbindungen war, die Begeisterung für das ganze große Vaterland und seine Einheit wie ein heiliges Vestafeuer rein und flammend zu erhalten in den Herzen der Jünglinge, welche durch Sittlichkeit und Intelligenz geläutert werden sollten. Mit Heinrich von Gagern strebte und wirkte auf der Universität zu Heidelberg sein älterer Bruder Friedrich Balduin von Gagern, der viele Jahre später noch in einem Gedichte an seinen jüngeren Bruder dieser Zeit schwärmerischer Hoffnungen gedenkt:

Wie da des Lebens Pulse rascher schlugen!
Wie hoch uns der Begeistrung Flügel trugen!
Da saß nicht lange Vorsicht mit zu Rath;
Der Wunsch war Vorsatz und das Wort war That!

— — — — — —

Nur eine deutsche Fahne sollte wehen
Vom Ostseestrand bis zu der Alpen Höhen,
Und unsre Losung war: Ein Deutschland sei,
Ein Vaterland, groß, mächtig, einig, frei!

Wir sahen den Dichter dieser Verse schon in der Schlacht von Waterloo an der Seite Heinrich's und werden ihn noch einmal neben dem Bruder auftreten sehen, das Schwert für Deutschland ziehend und sein Blut für dasselbe vergießend, in dem Augenblicke, wo Heinrich von Gagern plötzlich mit aller Macht seines Wortes und seiner Intelligenz für dasselbe auf die Bühne der deutschen Revolution tritt. Beide Brüder hat seit jenen Heidelberger Tagen der ungeschwächte und heiße Cultus derselben politischen Idee zu einem Bunde der unvergleichlichsten Brüderlichkeit vereinigt. Friedrich Balduin von Gagern war damals Hauptmann in niederländischen Diensten: er hatte einen Urlaub genommen, um seine akademische Ausbildung vollenden zu können.

Die Burschenschaft, diese in ihrer Art einzige Verbindung, in welcher blutjunge Menschen aus einem erhabenen und reinen Gefühle sich einen Mentor schufen, und die schrankenlose Freiheit des deutschen Universitätslebens um des Vaterlandes willen durch ein selbstgegebenes Maß eingengten und veredelten, hatte bekanntlich die grausamsten policeilichen Verfolgungen zu erdulden. Sie rief die Karlsbader Beschlüsse hervor. Die Brüder Gagern hatten die Universität verlassen, ehe jene Verfolgungen ausbrachen, und wurden davon nicht erreicht. Aber Heinrich von Gagern bekannte sich im Jahre 1833, als es noch gefährlich in Deutschland war, Verbindungen mit der Burschenschaft zu gestehen, öffentlich in der hessischen Kammer als Mit-

stifter jenes deutschen Carbonarismus und nahm ihn mit eben so viel Wärme als Muth in Schutz *). Aber so

*) „Damit mir“ — so sprach er — „nicht ein ähnlicher Vorwurf gemacht werden könne, wie er kürzlich dem Abgeordneten v. Rotteck in der zweiten Kammer zu Karlsruhe gemacht worden zu sein scheint, als spräche ich wie ein Unschuldiger, so will ich Sie von der Entstehung dieser burschenschaftlichen Verbindungen einen Augenblick unterhalten. Meine Herren, diese burschenschaftlichen Verbindungen sind nicht strafbarer als jede andere Studenten-Verbindung, und der Grund, warum besonders sie in den Bundes-Beschlüssen und landesherrlichen Verordnungen verboten worden sind, ist mir unbekannt. Ich bekenne in dieser Versammlung, daß ich selbst unter den Stiftern der burschenschaftlichen Verbindung in Heidelberg war, daß ein ähnliches Bestreben in Göttingen mißlungen ist, und daß ich in Jena unter den Deputirten war, die damals die sogenannte allgemeine Burschenschaft gründen wollten, und die Statuten dieser Verbindung, welche vielleicht zunächst Veranlassung zu den Karlsbader Beschlüssen gaben, entworfen und öffentlich discutirt habe. Aber ich rufe jeden auf, welcher von diesen öffentlich bekannt gemachten Statuten Notiz genommen hat, nach seinem Gewissen und seiner Ueberzeugung Rechenschaft zu geben, ob in diesen Statuten etwas vorkommt, ob Grundsätze darin ausgesprochen waren, welche den Verfassungen der deutschen Staaten feindlich, mit der Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung unvereinbar sind. Eine Grundidee lag diesen Verbindungen allerdings unter, und diese bestand darin, daß auf den großen deutschen Bildungs-Anstalten, welche wir Universitäten nennen und welche niemals das Gepräge des Particularismus, unter welchem Deutschland so sehr leidet, angenommen haben, noch annehmen sollten, daß man darauf unter den diese Bildungs-Anstalten Besuchenden das Gepräge des Particularismus entfernt halten, und auf diesen großen National-Anstalten sich zunächst als Deutscher betrachten lernen solle. Diese Grundidee läugne

männlich er sich damals des geächteten Bundes annahm, so wenig ahnte er wohl, daß dessen Ideen einst noch eine so bedeutsame politische Auferstehung feiern würden, wie

ich nicht, lag der Burschenschaft zu Grunde und keine andere. Meine Herren! Der Beschluß, welcher im Jahre 1819 gegen die Burschenschaft erlassen wurde, bietet eine Analogie mit den Schritten dar, welche gegen die Stände, gegen die ständischen Verfassungen der deutschen Staaten in den letzten Bundestags-Beschlüssen eingeleitet sind. Vor dem Jahre 1819 herrschte in Deutschland Aufregung, weil nichts von allen Verheißungen in Erfüllung gegangen war, welche in den Jahren 1813 und 1815 von den Fürsten ausgegangen waren, und deren Erfüllung die deutsche Nation in Anspruch nehmen zu können glaubte. Bis dahin war von dem Bundestage und den einzelnen Regierungen nichts für die deutsche Nation, weder zur Verwirklichung der Idee der Einheit Deutschlands, welche in der Bundesacte festgehalten ist, noch zur Realisirung der verheißenen Freiheit in constitutionellen Verfassungen geschehen. Die damals zuerst in das Leben getretene baierische Verfassungs-Urkunde brach die Bahn für die constitutionelle Freiheit, andere Staaten folgten nach, und der aufgeregte Zustand Deutschlands wurde beschwichtigt. Die Aufregung im Jahre 1830, welche durch die Juli-Revolution veranlaßt wurde, ist die Folge der Nichtverwirklichung der Idee deutscher Einheit und Nationalität. Es ist eine wahre Entweihung, eine Verleumdung des Geistes deutscher Nation, wenn man sagt, es sei bloße Nachahmung dessen, was in Frankreich vorgegangen ist. Es ist dies nicht wahr; die Aufregung, welche in Deutschland der Juli-Revolution folgte, ist zunächst hervorgerufen worden durch das schmerzliche Gefühl, das jede deutsche Brust beklemmt, über die Geringschätzung, welche deutsche Nationalität von fremden Nationen ertragen mußte, indem kurz nach dem Ausbruche der Juli-Revolution nicht allein in Paris die Rheingränze verlangt wurde, sondern selbst die erbärmlichen belgischen Kammern sich ungestraft erkühnen

sie es seitdem in der Paulskirche gethan, wo alles Denken, Fühlen und Hoffen einer großen Partei unverkennbar in der Burschenschaft wurzelte.

Heinrich von Gagern vollendete seine Universitäts-Studien 1820 in Genf und kehrte dann zu seiner Familie zurück; es war um dieselbe Zeit, in welcher sein Vater als Gesandter beim Bundestage abberufen wurde und sich auf sein Gut Hornau zurückzog, um das Baummesser und die Schaufel des Landbebauers in die Hand zu nehmen, dort

---

durften, über deutsche Nationalität und deutsche Kraft zu spötteln. Dieses Gefühl ist es, was das deutsche Volk empört hat, welches das Bestreben erzeugte, die Einheit wieder zu erlangen, und den lebendigen Wunsch hervorrief, daß der Bund deutscher Nation sich so gestalten möge, damit der Deutsche mit Stolz Jedem entgegen treten und sagen könne: Wir sind eine Nation und werden diese Nationalität bewahren und vertheidigen. Die Burschenschaften, welche ganz dazu geeignet waren, diese Nationalität verwirklichen zu helfen, weil sie in den jugendlichen Gemüthern die Idee und das Bewußtsein ausbildeten, einem großen Volke anzugehören, diese Grundidee derselben hat man unterdrückt, man hat sie unterdrückt, weil man diese Einheitsidee nicht genährt haben wollte. Jetzt tritt man gegen die ständischen Versammlungen in Deutschland auf, wirft ihnen vor, wenn sie, um die constitutionellen Verfassungen zu retten, den Bundestags-Beschlüssen entgegen treten: Ihr wollt nicht ein einiges Deutschland und kräftiges, gemeinsames Wirken! Aber so will man von Seiten der Regierungen die Einheit nur, damit nicht die Freiheit wachse. Ist die Gefahr vorüber, so wird man wieder mit andern Theorieen hervortreten, damit die Idee der Bundes-Einheit nicht allzu sehr um sich greife und zu Resultaten führe, die man eben so wenig will.“

in dem stillen Thale des Taunusgebirgs über die getäuschten Hoffnungen des Vaterlandes nachzusinnen und für die Trauer des Patrioten den Trost des Weisen zu suchen.

Im Jahre 1820 hatte das Großherzogthum Hessen eine Verfassung erhalten. Heinrich von Gagern entschloß sich, eine Laufbahn in diesem Staate zu suchen, und erhielt darin eine Anstellung als Assessor eines Landgerichts. Bald darauf jedoch wurde er von einem Minister, dem die Persönlichkeit, der Name, die geistige Kraft des jungen Beamten nicht entgangen waren, in die Residenz Darmstadt und in das Ministerium gezogen. Im Jahre 1824, dem Jahre, in welchem die Reaction mit dem Beschluß der Knechtung der Presse hervortrat, zog Gagern sich aus der Theilnahme an den Arbeiten eines deutschen Ministeriums zurück und wurde als Assessor einer Provincial-Verwaltung beigegeben. Zum Eintritt in die Kammer zu jung, ergriff er bald darauf zur Vertheidigung verfassungsmäßiger Freiheit zum ersten Male die Feder. Die Regierung hatte den Plan, die Stände, welche in dreijährigen Perioden zusammen traten, abwechselnd als Finanz- und gesetzgebende Kammern zu berufen, so daß die Bewilligung des Budgets jedesmal auf sechs Jahre erfolgt wäre. Gagern verfaßte gegen diesen Plan, der nichts Anderes beabsichtigte, als die constitutionellen Bürgschaften um die Hälfte zu schmälern, eine Schrift unter dem Titel: Ueber Verlängerung der Finanz-Perioden und Gesetzgebungs-Landtage. Es war natürlich, daß ein Beamter, der, wie bescheiden auch immer, sich gegen die Politik des Ministeriums zu erheben

wagte, auf rasche Beförderung verzichten mußte, und so blieb Heinrich v. Gagern denn bis zum Jahre 1829 Assessor; erst in diesem Jahre wurde er Regierungsrath. Zu gleicher Zeit war in sein Leben eine Erscheinung voll Anmuth und Schönheit getreten. Eine junge Dame von den ausgezeichnetsten Eigenschaften gewann seine Neigung. Fräulein von Pretlack, deren Liebe das Widerstreben ihres Vaters gegen die Verbindung mit einem liberalen jungen Manne besiegt hatte, war eine durchaus ideale Erscheinung. Und doch machte diese Verbindung das größte Aufsehen in der kleinen Residenz, denn Fräulein von Pretlack war eine Sylphe — auf Krücken. Der anmuthigen Gestalt, welche in der Ruhe das vollkommenste Wesen schien, das aus den Händen des Schöpfers hervorgegangen, war von der Natur die freie Bewegung versagt. Sie war wie der Paradiesvogel, der nach der Sage zu ausschließlich ätherischen Regionen angehört, um sich auf der Erde bewegen zu können. Und so soll es keinen rührenderen Anblick gegeben haben, als das junge Ehepaar über die Straße gehen zu sehen. Die junge zarte Frau in ihrer Hülflosigkeit nur langsam sich bewegend; neben ihr die große Heldengestalt des Mannes, das von Kraft und Leben strotzende Haupt voll Sorge und Theilnahme zu ihr niederbeugend und ängstlich den Schritt regelnd nach der langsamen, mühevollen Bewegung der jungen Frau. Die Ehe war eine der harmonischsten und innigsten. Aber die Aufregung eines eigenen Hauswesens, die Sorge für den Gemahl schienen der Gesundheit der jungen Frau zu viel

zuzumuthen: sie siechte langsam dahin, und er pflegte sie wie ein geliebtes Kind. Als sie den Tod nahen fühlte, bat sie den Gatten, nicht fremden Händen ihre Leiche zu überlassen. Er versprach es ihr, und er hielt Wort. Bei verschlossenen Thüren, allein mit sich und seinem Schmerze, legte er das Weib, das er über Alles geliebt hatte, selbst in die Todtengewänder und in den Sarg, um diesen dann mit eigener Hand für ewig zu verschließen.

IV.

Die Juli-Revolution hatte die Gemüther in Deutschland entzündet. Unter ihrem Einflusse wählte das Großherzogthum Hessen im Jahre 1832 seine Vertreter zur Stände-Versammlung in Darmstadt. Der Bezirk, in welchem Heinrich von Gagern beim ersten Eintritt in den Staatsdienst gewirkt, wählte ihn zum Deputirten der zweiten Kammer. Obwohl dem parlamentarischen Leben noch völlig fremd, veranlaßte doch seine bloße Erscheinung in der Kammer, daß diese ihn sofort als Candidaten für den Präsidentenstuhl bezeichnete; und da die Regierung einen Andern zum Präsidenten ernannte, wählte ihn der erste Ausschuß (für die Finanzen) zum seinigen. Seine parlamentarische Wirksamkeit brachte ihn von vorne herein in Widerspruch mit der Regierung; und so begann der constitutionelle Guerillakrieg mit dem Metternichismus jener

Tage, ein kleiner Krieg, dessen tapferster und unerschrockenster Soldat er war. In den Kammern der kleinen deutschen Staaten ist von 1830 bis 1848 eine unendliche Fülle von Geist, Talent, Wissen, Muth und Ausdauer vergeudet worden, ohne andere große Resultate zu erzielen, als eine langsame Ausbildung des politischen Geistes in Deutschland. Gagern war unermüdlich in der Handhabung aller seiner Waffen. Von dem imposanten Gewicht seiner Persönlichkeit, von der etwas schwerfälligen, aber desto nachhaltigeren Macht seiner Beredsamkeit unterstützt, war er unablässig auf jeder Bresche, welche das grobe Geschütz der Reaction in die schwachen Wälle deutscher Freiheiten gerissen.

Wir wollen Heinrich von Gagern nicht in jene Scharmützel der Darmstädtischen Kammer folgen; wir beschränken uns darauf, seiner glänzenden Rede zu erwähnen, mit welcher er auf dem Landtage von 1833 die anmaßlichen Eingriffe der Staatsbehörden in das Gesetzgebungsrecht befehdete, — ein Vortrag so voll Beredsamkeit, so voll schlagender Beweisgründe, so voll tiefer Auffassung und umfassender Kenntniß des gelehrten Stoffes zur Beurtheilung des Gegenstandes, daß er den besten Mustern parlamentarischer Redekunst beigezählt werden muß *).

*) Er ist abgedruckt in: „Heinrich von Gagern. Ein öffentlicher Charakter. Stuttgart 1848." — einer Schrift, auf welche wir überhaupt verweisen, da sie Gagern's frühere ständische Wirksamkeit ausführlich schildert.

Die Partei Gagern's, d. h. die Opposition, erhielt auf dem ersten Landtag, an welchem er Theil nahm, die Majorität. Die Regierung lös'te im November 1833 die Kammer auf; sodann schritt sie zu Strafmaßregeln wider die Mitglieder der Kammer, welche ihr erreichbar waren. H. von Gagern erhielt sein Pensions-Decret, und zugleich wurde ihm vom Hofe sein Kammerherrnschlüssel abgefordert. Er sandte ihn mit großer Bereitwilligkeit, jedoch auch seine Pension sandte er der Regierung zurück, zu stolz, das Brod einer Verwaltung zu essen, die seine Dienste verschmähte. Aber Gagern war nicht reich: er begab sich deßhalb auf das Gut eines Freundes, des Herrn Wernher von Nierstein, später Mitglied des Frankfurter Parlaments, um die Landwirthschaft zu lernen und durch ihre Ausübung seine Existenz zu finden.

Die nächste Kammer-Sitzung, zu der Gagern wieder gewählt worden, wurde nicht weniger stürmisch, als die vorige gewesen; und in ihr war es Gagern selbst, der durch eine Aeußerung gegen die regierende „Partei" die Katastrophe herbeiführte. Da der Präsident sich weigerte, Gagern zur Ordnung zu rufen, schritt die constitutionelle Regierung, die eine Beleidigung darin sah, eine Partei genannt zu werden, abermals zur Auflösung der Kammer. (October 1834.)

Noch an einer Session der hessischen Stände-Versammlung nahm Gagern Theil; es war die von 1836. Aber er hatte alles gesagt, alles gethan, was sich in den kleinen Verhältnissen dieses constitutionellen Mikrokosmus thun

und sagen ließ. Doch nicht dies allein bestimmte seinen Rücktritt. Es war noch etwas Anderes, was ihn mit tiefem Unmuth aus der Arena des öffentlichen Lebens scheiden ließ. Alles, was das deutsche Volk durch das vergossene Blut seiner Freiheitskämpfe für die Vertretung seiner Nationalität, für seine Einheit gewonnen hatte, war der deutsche Bund; die deutsche Bundes-Versammlung war die Erbin des deutschen Kaiserthums geworden. Nun hatte seit den Heidelberger Tagen Gagern nie der heiße Wunsch verlassen, diesen officiellen Ausdruck des deutschen Einheitsstrebens gekräftigt zu sehen; er wollte ja sein ganzes Leben hindurch, was wir alle seit dem März 1848 so stürmisch wollen, den Bund so erstarken sehen, daß aus dem Staatenbund ein Bundesstaat werde. Aber die Bundes-Versammlung in Frankfurt übte ihre Gewalt einzig und allein zur Unterdrückung der Freiheit; der Kampf für die Freiheit war mithin in Deutschland ein Kampf wider die Gewalt des Bundes; in diesem Dilemma blieb ihm nichts übrig, als dem Beispiel zu folgen, welches andere deutsche Männer in Würtemberg ihm gaben: Pfizer, Schott, Römer, Uhland, die alle aus dem öffentlichen Leben schieden, als sie sahen, daß sie die Freiheit nur erhalten könnten durch Lähmung der Gewalt des Bundes, desselben Bundes, für dessen Kräftigung sie Alles hingegeben hätten, wenn er nicht mit so gränzenlosem Hochmuth verschmäht hätte, sich der nationalen Interessen anzunehmen.

Gagern zog sich also aus dem ständischen Leben zurück und pachtete das Gut seines Vaters, Monsheim in Rhein-

hessen, das er später als Eigenthum erwarb. Zehn Jahre lang, von 1836 bis 1846, ließ der „vormärzliche" Staat eine politische Kraft wie die Gagern's hier ungebraucht in der ländlichen Zurückgezogenheit. Gagern machte in dieser Zeit den thätigsten Landwirth. Unter hohen Pappeln, mit den grauen Mauern und Giebeln von fern einen malerischen Anblick bietend, liegt der alte Adelsitz Monsheim inmitten ausgedehnter und wohl abgerundeter Ländereien. Ein neueres Wohngebäude schließt sich in rechtem Winkel an den älteren mit Thurm und wappengeschmücktem Portale versehenen Theil des Schlosses. Wirthschafts-Gebäude bilden die zwei anderen Seiten des Hofes. Hier lebte Gagern jene ganze Reihe von Jahren, Anfangs allein, dann nach achtjähriger Witwerschaft an der Seite einer zweiten Gattin, der Tochter eines Gutsbesitzers von bürgerlicher Familie, aus dem Oertchen Freinsheim in der benachbarten Rheinpfalz. Auf seinen Wanderungen durch die Felder und zu den Arbeitern begleitete ihn gewöhnlich als politisches Vademecum die „Allgemeine Zeitung", und in freien Augenblicken, in Viertelstunden der Muße und des Ruhens durchlas er gewissenhaft jede Spalte jenes berühmten Weltblattes, welches so lange in Deutschland mit unerschüttertem Muthe neben den Interessen der politischen Fortentwickelung auch die Interessen der Bildung und der Sittlichkeit verfochten hat. Gagern scheint übrigens in dieser Zeit nie den Augenblick aus dem Auge verloren zu haben, in welchem das Vaterland seiner wieder bedürfen würde. Er trachtete dahin, als Bedingung einer

solchen neuen politischen Thätigkeit das Vertrauen der Provinz zu gewinnen, in welcher er seinen Aufenthalt genommen, und überwand bald die Vorurtheile, welche sich ihm dabei entgegenstellten, weil er nicht Eingeborener der Provinz und Adeliger war und vom Standpunct der Rheinhessen aus seine Freisinnigkeit etwas nach Toryismus zu schmecken schien; wozu noch kam, daß die Regierungs-Partei, um ihm entgegen zu wirken, ihn des Ehrgeizes beschuldigte. Der landwirthschaftliche Verein von Rheinhessen wollte ihn 1837 zum Vorsitzer wählen, aber das Haupt der Provincial-Verwaltung, ein sehr beliebter Beamter, siegte über ihn. Erst nach dem Tode des Letztern 1845 wurde Gagern als Präsident an die Spitze jenes Vereins gestellt.

Im Jahre 1846 bedrohte die Regierung ernstlich die freieren von Frankreich überkommenen Rechts-Institutionen der Provinz Rheinhessen. Im Angesicht dieser Gefahr erhob sich Gagern aus seiner Ruhe. Es wurde eine Versammlung zum Schutze der bedrohten Freiheits-Bürgschaft in Alzei von ihm geleitet; und dann schrieb er eine Broschüre: „Rechtliche Erörterung über den Inhalt und Bestand der der Provinz Rheinhessen landesherrlich verliehenen Garantie ihrer Rechts-Verfassung". Sie wurde von der Censur unterdrückt; aber Gagern dehnte sie auf 20 Bogen aus und durfte sie nun ohne Censur in die Welt gehen lassen. Zu gleicher Zeit ließ er sich aufs Neue zum Deputirten der Darmstädter Kammer wählen. Seine Schrift, die rücksichtslos die Wahrheit sagte, brachte ihn hier zu-

nächst in einen heftigen Conflict mit 27 Mitgliedern der rechten Seite der Kammer, welche sich darin beleidigt glaubten, und in einen noch ärgern Conflict mit einem der Deputirten, einem Hrn. Georgi. Dieser Georgi, Richter eines Hofes zweiter Instanz in Hessen, soll früher als Inquirent einen politischen Angeschuldigten, den Pfarrer Weidig, durch seine Brutalität zum Selbstmord im Kerker getrieben haben. Gagern hatte in seiner Schrift es eine unauslöschliche Schmach des Landes genannt, daß ein Georgi sich berufen wähnen dürfe, bei der Gesetzgebung sich auf die von ihm vertretene öffentliche Meinung des Landes zu berufen. Georgi forderte Gagern. Aber jener klägliche Mensch suchte dabei für seine Feigheit einen Ausweg, indem er folgende wahrhaft mörderische Bedingungen des Duells stellte. Er wollte 1) neun Schritt Barriere, 2) gezogene Pistolen mit Stechschloß, deren jeder Kämpfer zwei, in jede Hand eine nimmt, 3) Kampf auf Leben und Tod. Gagern's Secundant verwarf diese unsinnigen Bedingungen, Gagern stellte sich zu einem einfachen Duell auf Pistolen ein. Aber Georgi erschien nicht; und da die Angelegenheit unterdeß bekannt wurde, erhob sich die öffentliche Stimme wider das Duell mit dem größten Nachdruck. Adressen und Deputationen forderten den muthigen Vertreter auf, sein Leben dem Volke zu erhalten, und aus dem Duell wurde nichts als eine weitere Veranlassung für den Herrn Georgi, seinem Säuferwahnsinn in wüthenden Erklärungen Luft zu machen und sich eine noch tiefere Verachtung aufzuladen, als er bereits besaß.

Noch einmal nahm Gagern Theil an einer Kammer-Session unter dem alten Policeistaat. Sie wurde eröffnet im December 1847. Er wurde wieder Vorsitzender des Finanz-Ausschusses. Ein in den letzten Jahren die Köpfe der Vaterlandsfreunde Deutschlands einnehmender Gedanke war unterdeß so weit gereift, daß Bassermann am 12. Februar 1848 ihn in der badischen Kammer als Antrag vorbringen konnte. Er forderte Vertretung des deutschen Volkes am Bundestage. Die Februar-Revolution brach aus. Einem solchen ungeheuren Ereigniß gegenüber genügte Bassermann's Antrag nicht mehr. Gagern brachte nun mit einigen politischen Freunden die folgende Forderung an die Regierung in der hessischen Kammer zur Debatte: die Regierung solle mit aller Kraft dahin wirken, daß unter so dringenden Umständen und für die Dauer derselben 1) die Sorge für den Schutz der äußern und innern Sicherheit Deutschlands, insbesondere die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, des Heerwesens und der Volksbewaffnung in die Hand eines Cabinettes gelegt werde, dessen Minister dem interimistischen Haupt Deutschlands und der Nation verantwortlich seien; 2) daß das interimistische Haupt Deutschlands Gesetzgebung und Besteuerung in Uebereinstimmung mit einem Rath der Fürsten und einem Rath des Volkes nach den wesentlichen Formen des repräsentativen Systems ausübe, und daß die Berufung der National-Repräsentation gleichzeitig mit der Ernennung des Bundeshauptes erfolge. — Mit diesem Antrage war ein Wort in Deutschland ausgesprochen, welches

die Zauberformel werden sollte, die endlich die Entwickelung der deutschen Revolution bestimmte. Es wurde hier nach langer Zeit zum ersten Male von einem deutschen Staatsmanne das Bedürfniß einer einheitlichen obersten Gewalt in Deutschland ausgesprochen. Der Gedanke des deutschen Kaiserthums war in unserem zerrissenen Vaterlande eine Sage aus längst verschollenen goldenen Zeiten geworden; ein glänzender Dichtertraum, zu schön, als daß unser träumerisches Volksgemüth ihn mit der Idee der Verwirklichung hätte in Verbindung gebracht. Höchstens in die ferne Zeit einer großen nationalen Wiedergeburt, wann der Birnbaum der Walser Haide neue Blüthen und Blätter treiben wird, wann die Visionen des Sehers von Lehnin sich erfüllen:

„Et Pastor gregem, recipit Germania Regem“ —

in eine solche Zukunft träumte sich Deutschland die große weltbeherrschende Gestalt eines deutschen Kaisers. — Es gibt Dinge, welche sich zu innig mit unserem tiefsten Seelenleben verschlingen, als daß man sie gern an das Licht des Tages hervorzöge und der prosaischen, nüchternen Debatte des Verstandes übergäbe. So schlummerte die Kaiseridee auf dem Grunde des deutschen Volksgemüthes. Niemand hatte den Muth, sie auszusprechen, seit sie auf dem Wiener Congreß, wo die kleinen deutschen Staaten sie vertheidigten, aufgetaucht und wie ein junger rascher Sonnenstrahl am Morgen eines dunklen und trüben Tages wieder verschwunden war und seit sie noch einmal in dem politischen Jugendrausche der Burschenschaft eine Rolle ge-

spielt hatte, aber ohne weiteren Erfolg als höchstens den, einer Strophe eines kecken Burschenliedes den Inhalt zu liefern. Man hätte gefürchtet, sich lächerlich zu machen, wenn man von der Rückkehr des Kaiserthums in Deutschland gesprochen! Da tönte, wenn auch nicht sofort das rechte ganze Wort, doch eine Umschreibung desselben von den Lippen eines der populärsten und muthigsten Staatsmänner in Deutschland — damit war der deutschen Bewegung ihre Richtung gegeben, und mit dem Auftreten der Idee war auch ihr Sieg gewiß. Gagern hatte in seinem Muthe die Wunderblume gefunden, welche die Felsenwände des Kyffhäusers sprengt, aus dessen Innerem der Kaiser der großen deutschen Nation hervorgehen wird.

V.

Während die Darmstädter Kammer sich anschickte, über jene Anträge in Berathung zu treten, steigerte sich die Aufregung, welche die Nachrichten aus Paris in ganz Deutschland wach gerufen hatten; besonders der Süden Deutschlands gerieth in fieberhafte Bewegung. Am 5. März fanden sich eine Anzahl (51) angesehener und freisinniger Männer in Heidelberg zusammen, welche die Grundsätze beriethen, die bei der jetzigen Lage Deutschlands festzuhalten seien, als solche u. a. die Monarchie und Gesammtvertretung der Nation erkannten, und eine Commission von sieben Mitgliedern niedersetzten, die dann jene Aufforderung an die Deutschen erließ, ein Vor-Parlament in Frankfurt

zur Ordnung der deutschen National-Vertretung zu beschicken. Auch Gagern hatte sich an jenem Tage nach Heidelberg begeben, aber von einem Eilboten erreicht, kehrte er noch am Abende zurück. Als er auf dem Bahnhofe von Darmstadt angekommen war, empfing ihn eine jubelnde Bevölkerung, deren Enthusiasmus bewies, mit wie viel Gluth und Leidenschaft die Ideen der Freiheit und der Einheit die Herzen aller Stände entflammten. Heinrich von Gagern war nämlich an diesem Tage zum Minister ernannt worden. Der Großherzog von Hessen hatte alle Regierungs-Gewalt den Händen seines ältesten Sohnes anvertraut, und mit kühner Entschlossenheit, mit raschem Verständniß seiner ganzen kritischen Lage hatte der Erbgroßherzog damit seine Regierung begonnen, den einst so schwer gekränkten Führer der verfolgten Opposition zum Minister-Präsidenten zu ernennen. Noch während des Abends hatte der neue Minister eine Conferenz mit dem Regenten, noch während der Nacht schrieb er sein Programm, und am frühen Morgen las man an den Straßenecken der Residenz das Edict vom 6. März, dieses erste officielle Blatt, das ganz und gar eingegeben war von dem Geiste der deutschen Revolution, das erste vollständige Verzeichniß dessen, was man seitdem in Deutschland die „März-Errungenschaften" nennt. Es enthielt die Zusage der Preßfreiheit, der Volksbewaffnung, der öffentlichen Geschwornengerichte, der Beeidigung des Militärs auf die Verfassung, des Vereinigungsrechts, des Petitionsrechts, der

freien Ausübung aller religiösen Culte und das Verspre- chen eines deutschen Parlaments.

Es begann nun für Heinrich von Gagern eine Zeit der unablässigsten, Tag und Nacht hindurch angespanntesten Thätigkeit. Sein Staat forderte sein ganzes organisirendes Talent heraus, und zugleich that es Deutschland. In Hessen galt es, die Einrichtungen des wahrhaft constitutionellen Staates zu schaffen, sie der drängenden Ungeduld des Volkes gegenüber aus dem Boden zu stampfen, und für Deutschland galt es, die Grundsätze seiner großen Wiedergeburt zu verfechten. Was Gagerns Thätigkeit als Minister des Inneren und des Aeußeren in Hessen angeht, so bewahrte er hier mitten im Triumphgefühle eines Volksmannes dennoch die vollste Besonnenheit und Mäßigung. Er streckte schützend seine Hand über den Prinzen Emil und den Kanzler von Linde aus, welche eine Partei der Kammer als der Freiheit gefährlich aus dem Lande vertrieben haben wollte, und eben so war er es, welcher die Kammern bewog, für die Deputirtenwahlen nach allgemeinem Stimmrecht die indirecte Wahl anzunehmen, und welcher dabei kühn die Stirn den Schmähungen und Unwürdigkeiten der Radicalen bot, die bei dieser Gelegenheit Alles anwandten, um ihn recht lebendig fühlen zu lassen, wie nothwendig es für einen Staatsmann ist, über das Geschrei der Menge erhaben zu sein.

Als Minister des Aeußeren erließ er eine entschiedene Note an die Höfe von Oesterreich und Preußen, welche einen Fürsten-Congreß in Dresden, später in Potsdam zu

halten beabsichtigten, und trug dadurch wesentlich zum Scheitern dieses Planes bei, der in jenem Augenblicke nur unheilvoll werden konnte. Auch nahm er Gelegenheit, schon damals in der Kammer die Grundzüge des deutschen Neubaues, wie sie ihm seit je vorgeschwebt und wie er sie folgerecht in der Paulskirche vertheidigt hat, auseinanderzusetzen. Es war am 24. März, als der oben angeführte Antrag auf Uebertragung der obersten Leitung der deutschen Angelegenheiten an ein Haupt zur Debatte kam.

Die Rede, die der neue Minister an diesem Tage, weniger zur Unterstützung jenes Antrags, als zur Rechtfertigung der Schritte hielt, welche er, jetzt selbst mit der Gewalt betraut, zur Verwirklichung desselben gethan, war in hohem Grade inhaltreich und zur Bezeichnung seiner politischen Stellung wichtig. Gagern war täglich von Huldigungen aller Art umgeben, aber zugleich auch erhoben sich Gegner wider ihn, deren Beweggründe aus zwei sehr verschiedenen Quellen flossen. Während nämlich möglichst rasch die Männer des alten Systems entfernt und andere für ihre Stellen gefunden werden mußten, während die Verwirrung, die Unsicherheit, die Rathlosigkeit in der Staatsmaschine herrschte, die jeden raschen Uebergang begleitet, waren Ausschweifungen und gewaltsame Störungen des Landfriedens, besonders in den Besitzungen der Standesherren im Odenwald und in Oberhessen, vorgekommen, welche zu den bittersten Klagen wider den Minister Anlaß gaben. Die Partei des Alten sah sie mit Schadenfreude. Sie wies mit Hohn auf die Früchte der

Demokratie. Dagegen warf die republicanische Partei, welche sich mit jedem Tage entschiedener aus der gemeinsamen und nationalen Erhebung des ganzen Volkes aussonderte, Gagern vor, daß er es bei halben Maßregeln, daß er es bei einem bloßen Systemwechsel bewenden lasse, statt durch einen vollständigen Wechsel der Staatsform die reine Demokratie zur Herrschaft zu befördern. Er zeigte sich ihr als liberaler Staatsmann; sie wollte den Volks-Agitator in ihm sehen. Sein männliches Selbstgefühl, seine staatsrechtliche Bildung und Gründlichkeit, die Unumwundenheit, womit er sich bei früheren Gelegenheiten ausgesprochen, ohne Rücksicht darauf, daß er die Demagogie verletzte, alles das wurden Hebel des Verdachts wider ihn. Er mochte deßhalb das Bedürfniß fühlen, nach beiden Seiten hin die Stirn zu bieten. Zugleich mußte ihm die Gelegenheit willkommen sein, eine Andeutung seiner Thätigkeit zu geben, um den Klagen zu begegnen, daß nicht noch mehr schon geschehen in der kurzen Spanne Zeit, in welcher er die Stunden des Tages in Audienzen, Sitzungen, Berathungen mit Freunden über die deutschen Angelegenheiten zubrachte und die Nächte hindurch am Schreibtische gefesselt war; wo er bald hierhin, bald dorthin zu eilen hatte, wo er bald aus dem Cabinet des Fürsten, bald aus dem Rauchcoupé der Eisenbahn und mitten aus dem Dampf- und Gedankengewirr der Tagespolitiker kam, um zur Lösung schwerster Probleme der Gesetzgebung überzugehen.

Gagern erklärte, daß der Antrag, der zur Erörterung

vorliege, die politische Ueberzeugung enthalte, welche ihn sein ganzes Leben hindurch beseelt habe. Derselbe beruhe in seinem ersten Theile auf der Ueberzeugung, daß die monarchische Staatsform dem Geiste der Nation am meisten zusage, daß die deutsche Einheit auf der gleichmäßigen innern Freiheit aller Theile Deutschlands sich aufbauen müsse; daß aber Deutschland unvermeidlich der Republik zugeführt würde, wenn es in der monarchisch-constitutionellen Verfassung den Grad von Freiheit und volksthümlicher Entwicklung, den der heutige Standpunct der allgemeinen Bildung verlange, nicht finde. „Wehe" — rief er aus —, „wenn darin Deutschlands Erwartungen getäuscht werden sollten!" Aber noch liege die Monarchie im Bewußtsein und in den Gefühlen der unermeßlichen Mehrzahl des Volkes; sie sei jetzt noch eine Forderung der Civilisation. Er wies dann auf Frankreich hin, wo — darüber könne Niemand sich täuschen — unter dem Namen Republik die Freiheit nicht bestehe. — Der Antrag beruhe in seinem andern Theile auf der Ueberzeugung, daß unabweislich die Zeit gekommen, den deutschen Staatenbund in einen Bundesstaat zu verwandeln. In Beziehung hierauf sprach Gagern von der Stellung Oesterreichs zu Deutschland. Oesterreich sei darauf hingewiesen, sich erst neu zu gestalten. Deutschland könne auf die Erfüllung dieser Aufgabe nicht warten. Diese Grundsätze nun seien das gewesen, worin auch die Heidelberger Versammlung sich geeint. Zur Verwirklichung derselben sei Folgendes geschehen: Ein nassauischer Bevollmächtigter sei

am Hofe zu Darmstadt erschienen, und von ihm, dem Minister, demselben ein hessischer Bevollmächtigter beigegeben worden, um die süddeutschen Regierungen zu gemeinsamen Schritten Behufs der Berufung des National-Parlaments zu veranlassen und sie über die Grundlagen einer Revision der Bundes-Verhältnisse in Uebereinstimmung zu bringen. Dieser Versuch sei in Karlsruhe, Stuttgart und München von Erfolg gekrönt worden. In Stuttgart sei vom Könige selbst vorgeschlagen worden, die Leitung der deutschen Angelegenheiten in die Hände eines der deutschen Regenten zu legen, und zwar desjenigen, auf welchen die vereinigten Stimmen sich fixiren würden: „Se. Majestät der König", erklärte Gagern, „war bereit, jene Leitung Preußen anzuvertrauen." Der Redner theilte dann eine Note mit, welche die bis dahin getroffenen Vereinbarungen enthalte und die der Münchener Regierung vorgelegt sei. Nach diesem Schriftstück und nach der Ankündigung, daß er, der Aufforderung des Bundestages gemäß, einen Vertrauensmann an ihn absenden werde, welcher der Bundes-Versammlung und deren Ausschusse zum Behuf der Revision der Bundes-Verfassung mit Rath und That beistehen solle, las er das oben erwähnte Schreiben vor, durch welches er die Theilnahme Hessens am Fürsten-Congreß zu Dresden abgelehnt. Er hatte diesen Congreß als nur geeignet bezeichnet, das kaum erwachte und wachsende Vertrauen der deutschen Volksstämme am Rhein in ihre Fürsten wieder aufzulösen, das düsterste Mißtrauen von neuem zu erwecken und den Abgrund un-

absehbarer Folgen aufzuschließen. Ebenso sei die Beschickung eines Congresses in Potsdam von ihm abgelehnt. Mit eindringlichen Worten mahnte er sodann zum Festhalten an dem erneuerten Bundestag, dem Einzigen, was in den Tagen allgemeiner Auflösung in Deutschland noch zusammenhalte. Er verlangte endlich die Erklärung der Kammer, daß sie die von ihm eingeschlagene Richtung billige, und kam dabei zurück auf das, was er im Eingange von der Nothwendigkeit gesprochen, Oesterreich seinen Weg allein gehen zu lassen.

„Oesterreich", sagte er nämlich, „ist in Begriff, sich erst in sich neu zu gestalten, das wechselseitige Verhältniß der verschiedenen in ihm vereinigten Nationalitäten zu einander zu bestimmen; die Frage, ob und welche Gemeinschaft unter diesen letzteren bestehen wird, ist noch nicht gelös't. Wir aber können bis dahin die Hände nicht in den Schooß legen. Wir müssen voranschreiten zur Constituirung Deutschlands, Oesterreich überlassend, künftig seine Stelle darin selbst zu finden. Während Oesterreich so wesentliche Interessen in Italien verfolgt, kann Deutschland keine Sympathie für diesen Theil der österreichischen Politik haben; es kann einer Nation nicht entgegen treten, welche das Nämliche erstrebt, was wir zu erreichen im Begriffe sind, das große Ziel, als Nation sich zu einigen. Wir jauchzen ihr vielmehr zu. Aber wir müssen Alles aufbieten, um eine Trennung in Deutschland zu vermeiden, die unglücklichste aller Trennungen, die in Nord und Süd. Dieselben Gründe walten ob, welche früher bestan-

den, an den mächtigsten Kern deutscher Macht (Preußen) sich anzuschließen und dadurch das Band fester zu knüpfen, das nach den neuesten Ereignissen (der März-Revolution in Berlin) alle deutschen Stämme um so inniger umschließt, je mehr sie auf gleichem Rechtsboden stehen und je mächtiger alle von der Liebe zur Freiheit beseelt sind."

Daß Gagern so schon in den Märztagen 1848 die Grundzüge des deutschen Verfassungswerkes: straffe Einheit, ein Kaiserthum und ein Kaiserthum Preußen, aussprach, dieselben Dinge, welche später die National-Versammlung in Frankfurt nach vielen Stürmen und heftigem Sträuben endlich als die einzigen möglichen Bedingungen der Neugestaltung Deutschlands aufstellte und als Grundlagen der Reichs-Verfassung, wie sie endlich am 28. März 1849 adoptirt wurde, annahm, das machte seinem staatsmännischen Blicke doppelte Ehre. Denn einerseits herrschte damals gerade, unmittelbar nach dem Berliner Barricadenkampfe, die furchtbarste und allgemeinste Erbitterung gegen Preußen und seinen König, andererseits betrachtete die öffentliche Stimmung in jenen Märztagen nationaler Trunkenheit den Gedanken an das Fahrenlassen nur eines Fußbreits deutschen Landes als einen schreienden Verrath am Vaterlande. Und doch stand hinter der Politik, zu welcher Gagern sich in jenen Worten bekannte, nichts Anderes, als Aufgeben des ganzen großen deutschen Oesterreichs! Wie Oesterreich in den deutschen Bundesstaat eintreten könne, wie die Rivalität der beiden Häu-

ser Habsburg und Hohenzollern umgangen und eines zur Unterwerfung unter das andere gebracht werden könne, darüber sich klare Vorstellungen zu bilden, war wohl Niemandem gelungen; aber man hielt deßhalb nicht weniger fest an dem „ganzen Deutschland". Nur Gagern faßte die Lage der Dinge klar ins Auge und sprach schon damals eine Ueberzeugung aus, welche ihm später einen Sturm des Unwillens zuziehen sollte, — um am Ende doch als die allein praktische anerkannt zu werden.

Wir heben dies aus dem Grunde hervor, um darzuthun, wie lächerlich die Behauptung der österreichischen Partei ist, Gagern sei im Laufe der Verhandlungen der National-Versammlung von einer preußischen Partei zur Mitwirkung bei der Vertreibung Oesterreichs aus Deutschland überredet worden.

Es war am 31. März, als auf den Ruf der in Heidelberg am 5. März niedergesetzten Siebner-Commission die Versammlung von Männern aus allen Theilen Deutschlands eröffnet wurde, welche über die Constituirung eines demnächstigen souverainen National-Parlaments berathen und die einleitenden Schritte treffen sollte. Von der Bevölkerung Frankfurts am Tage vorher mit Jubelruf empfangen und von Acclamationen begleitet, aus denen schon damals Stimmen klangen: „Gib uns den Kaiser wieder", nahm Gagern den lebhaftesten Antheil an der Debatte, die in diesem „Vorparlament" bald stürmisch und heftig wurde. Als Mitglied der Siebner-Commission vertheidigte er das von dieser der Versammlung vorgelegte Programm, wel-

chem seine Idee von der Herstellung einer einheitlichen Reichs-Gewalt als Basis untergelegt war. In der Versammlung schieden sich bald zwei Meinungs-Fractionen. Die eine strebte ihren republicanischen Grundsätzen dadurch den Sieg und die Herrschaft über die Zukunft Deutschlands zu verschaffen, daß sie von der Versammlung verlangte, sich permanent zu erklären: sie hoffte aus derselben einen Hebel der stets fortschreitenden revolutionären Agitation zu bilden. An ihrer Spitze standen Struve und Hecker. Die andere Partei war die, welche am monarchischen Princip festhielt. Ihr mächtigstes Organ war Gagern. Er bestieg — es war am 1. April — die Tribune, und durch eine Rede voll schlagendster Wirkung, die er in die stürmische Debatte schleuderte, brachte er einen solchen Eindruck hervor, daß mit 368 gegen 143 Stimmen die Permanenz verworfen und statt deren der von ihm empfohlene Vorschlag angenommen wurde, einen Ausschuß von fünfzig Mitgliedern in Frankfurt zu lassen, um über die Ausführung der Beschlüsse des Vor-Parlaments zu wachen und als Anhaltspunct der Bewegung zu dienen. Gagern's Rede war zugleich ein kräftiges Eingreifen in das zusammensinkende Gerüst des alten Bundestages, dem dadurch für einige Wochen das Leben gefristet wurde. Gagern sagte, indem er von der Competenz des niederzusetzenden Ausschusses der Fünfzig sprach: „Derselbe soll sich ganz mit dem beschäftigen, wozu bis jetzt der Bundestag berufen war, ohne doch diesen auszuschließen. Ist diese Autorität wirklich schwach, so ist es wahrlich nicht patrio-

tisch, nicht klug und nicht recht, sie als die einzige, die noch für unseren Zusammenhang besteht, noch mehr zu schwächen; sondern unsere ganze Kraft muß darauf gerichtet sein, sie zu stärken, damit sie in Verbindung mit den Männern des Volkes, die in unseren Ausschuß werden gewählt werden, die Einheit Deutschlands vertreten, den Gefahren die Stirn bieten könne." — „Die alte Autorität ist eine Leiche!" warf Struve dem Redner ein. Gagern fuhr fort: „Wenn sie das ist, so wollen wir sie wieder ins Leben rufen, indem wir Männer beifügen, die ihr das Vertrauen der Nation wiedergewinnen. Es ist ein Vorurtheil, gegen den Bund als solchen zu sprechen. Was ist dieser Bund? Er soll das Bild sein oder ist das Bild von Zusammenhang und Einheit. Den Bundestag oder die Personen, die früher demselben angehörten, mag man Leiche nennen, aber den Bund nicht, und Sie selbst müssen dies am meisten anerkennen, denn Sie wollen ja eine bündige Vereinigung Deutschlands. Sie müssen wünschen, daß der Bund eine Wahrheit werde, das können wir durch die Wahl der Personen, die ihm wieder Vertrauen verschaffen. Man muß nicht vernichten, sondern aufbauen." — Gagern hat durch diese Rede der deutschen Bewegung, indem er den Bundestag erhielt, den Rechtsboden erhalten und dadurch derselben eine Kraft gegeben, ohne welche sie der Reaction viel früher zum Opfer gefallen wäre. Diese Rede war es auch, durch welche er sich eigentlich an die Spitze jener ganzen Bewegung des Jahres 1848 schwang, in so fern sie die deutsche Einheit zum Ziele hatte.

Die Wahl in jenen Ausschuß lehnte Gagern ab, um in Darmstadt die schweren Arbeiten, welche er mit dem Minister-Portefeuille übernommen, fördern zu können. In alle die Aufregungen und Anstrengungen jener Tage fiel plötzlich ein harter Schlag des Schicksals für ihn. Es war der Tod seines Bruders Friedrich Balduin.

VI.

Der General-Lieutenant Friedrich Balduin von Gagern war durch seine Persönlichkeit, seine Schicksale und als einer der ersten Martyrer der deutschen Bewegung eine zu bedeutende Gestalt, als daß wir uns enthalten könnten, in die Lebensskizze seines Bruders hier einige kurze Worte über ihn einzuflechten. Er war im October des Jahres 1794 auf dem Schlosse zu Weilburg, im Herzogthum Nassau, geboren. Seines Vaters haben wir erwähnt, seine Mutter gehörte einer westfälischen Familie von Gaugreben an. Im väterlichen Hause für den Besuch der Universität tüchtig vorgebildet, brachte er zwei Jahre in Göttingen zu, bis ihm sein jugendlicher Muth, der zu oft zu Duellen führte, die Entfernung von der Hochschule zuzog. Friedrich Gagern trat nun in österreichische Dienste, nahm als Gefreiter am Feldzuge gegen Rußland Theil und focht 1813 in den Schlachten von Culm, Dresden und Leipzig. „Für sein Denkmal ist es bezeichnend," sagt ein Freund des Gefallenen, den wir hier sprechen lassen wollen, „daß ihm unter den zahlreichen Erinnerungen jener ruhmvollen Kämpfe das Andenken folgender einfacher Begebenheit das

liebste und lebendigste war. Nach einem schweren Marsche machten die Truppen spät Abends, und zwar am Vorabende der Schlacht, an dem Orte ihrer Bestimmung unter freiem Himmel Halt; sofort wurde den Soldaten der Befehl, Holz zu fällen und von Stämmen und Zweigen den Officieren Hütten zu bauen. Da trat der junge Gagern, der erst einige Tage vorher Officier geworden, hervor und gab zu bedenken, daß die Soldaten, äußerst erschöpft, um dem nahen Kampfe gewachsen zu sein, der noch übrigen Nachtstunden zur Erholung bedürften. Diese Bemerkung konnte nicht zurückgewiesen werden, und die Officiere schliefen rings um die Wachtfeuer ohne Bedachung ein. Er aber, als er früh Morgens erwachte, sieht über seinem Haupte im Glanze des Morgenrothes eine schöne Laube mit einem Kranze prangen. Was die Billigkeit zu fordern verbot, das hatte in reicherem Maße die Liebe gewährt."

Als sein Vater in den Dienst Nassau-Oraniens in den Niederlanden überging, folgte er ihm, zwar ungern, doch gehorsam dorthin. Bei Waterloo, oder vielmehr schon bei Quatrebras, wurde er als Officier des Generalstabs zu Pferde unter den Plänklern schwer verwundet. Sein jüngerer Bruder Heinrich, erst sechszehn Jahre alt, hatte, wie wir oben sahen, — in den nassauischen Gliedern — dasselbe Schicksal. Bei dem Einzuge in Paris waren sie beide wieder hergestellt und umgaben dort den Vater, zugleich mit einem dritten Bruder, Karl, der sich unter baierischen Reitern bei Arcis sur Aube ausgezeichnet hatte.

Als der Friede zurückgekehrt, besuchten die beiden Brüder die Universität Heidelberg. Es war eine bewegte Zeit auf den deutschen Universitäten, und Friedrich nahm wie Heinrich mit voller Seele Antheil daran. Friedrich Gagern kehrte nach zwei Jahren in seine holländischen Dienstverhältnisse zurück, blieb jedoch seinen Studien, seiner Liebe für die classischen Genien des Alterthumes getreu, — so viel es die Pflichten seines Standes, die ihn zu mathematischen Aufnahmen nach Luxemburg, und 1824 und 1825 in die Bundes-Militär-Commission nach Frankfurt führten, immer erlaubten.

In dem Herbste 1830, gleich nach dem Verluste von Brüssel, wurde er Chef des Stabes bei dem Corps des tapferen Herzogs von Weimar. Er nahm an den meisten wichtigen Gefechten bis zu dem Bombardement der Stadt Antwerpen Theil, dann auch an dem kurzen, aber ausgezeichneten Feldzuge von 1831. Der edle Herzog, neben dem Gagern diente, bat den König, für dasjenige, was besonders in den bedeutenden Treffen bei Hasselt und Löwen (8. und 12. August) die zweite Division als Vorhut geleistet, das Haupt-Verdienst dem Chef des Stabes, Major von Gagern, zuzuerkennen. In den folgenden Jahren stand die niederländische Armee fortwährend in den Cantonnirungen und Lagern von Nord-Brabant. Diese Jahre waren ihm die schwersten seines Lebens. Unter einem Zelte, unweit Breda, dichtete er damals die erste Strophe eines schönen Liedes an den Bruder Heinrich:

O Nacht, sei auf der Haide mir willkommen,
Wo sich des Lagers lange Linie dehnt.
Die Trommel schweigt, die Feuer sind verglommen,
Der Lärm verstummt, und durch die Stille dröhnt
Der Wache abgemess'nes Schreiten.
Ich lieg' im staubbedeckten Zelt,
Wo thatenlose Pflicht mich hält,
Doch die Gedanken sind im Weiten.
Bald steiget die Vergangenheit herauf,
Bald hebt die Zukunft ihren Schleier auf,
Und auf des Traumes vielverschlung'nen Wegen
Kommt stets dein Bild, o Bruder, mir entgegen.

Das lange thatenlose Weilen im fremden Lager ließ ihn den Zustand seines deutschen Vaterlandes, das mit jedem Jahre tiefer sank, mehr als je empfinden. Sein gerechter Unwille, im Leben meist verstummend, bricht wiederholt in seiner Dichtung hervor:

Indem ihr Ketten schmiedet, Kerker baut
Und euer Wort bald deutelt und bald brecht,
Rüstet der Franke sich, und lüstern schaut
Er nach dem Rhein. Als wär's sein gutes Recht,
Erbaut der Russe seine Festen
Dort an der Donaumündung Strand,
Hier in der Weichsel blut'gen Sand,
Es droht der Feind von Ost und Westen — —!

Das Einzige, was ihn aufrichten mochte in solcher Betrachtung, war der erweiterte Bund der Brüder, zu denen von nun an auch der vierte, Moriz, in nassauischem Civil-

Dienste, gehört, und deren Lebensschicksale er mit innigster Theilnahme verfolgte. Hören wir die Worte, die er an Heinrich richtete:

Es schallt bei Vaterlandsgefahren
Der Wächter freies ernstes Wort;
Du, Bruder, stehst, ein fester Hort,
Um unser heilig Recht zu wahren.
O wie ich freudig deiner Rede lauschte,
Wenn sie aus tiefbewegtem Busen rauschte
Und mit der Ueberzeugung Silberklang
Vom Herzen kommend in die Herzen drang.

Um im Senat zu wirken und zu walten,
Verlieh dir die Natur Beredsamkeit,
Du hast, um die Gemüther fest zu halten,
Den hohen Sinn, die deutsche Biederkeit.
Du, den der Flitter nicht besticht,
Du, den der Fürsten Zorn nicht schreckt,
Du, den der Schild der Ehre deckt,
Der du so freudig deiner Pflicht
Zum Opfer brachtest deines Lebens Loos,
Du stehst dem Haß, doch nicht dem Tadel bloß,
Du kannst im Kampf mit edlem Selbstvertrauen
Jedwedem Gegner kühn ins Auge schauen.
O laß nicht ab, zu ringen und zu wagen,
Du bist des edlen Strebens dir bewußt.
Mag kluge Feigheit nach dem Kampfpreis fragen,
Wo Ehre ruft, ist Kampf des Tapfern Lust.
Wenn Alle auch schon muthlos zagen,
Den Besten selbst die Hoffnung schwand,

Dann sollst du noch mit fester Hand
Des Rechtes fliegend Banner tragen;
Und will das Glück dann um die Stirn des Schlechten
Schmachvollen Sieges dürre Kränze flechten:
Auch ohne Lorberkranz ist der ein Held,
Der für die gute Sache steht und fällt.

Im Jahre 1838 erhielt Friedrich von Gagern ein Regiment Dragoner in Deventer. Im Jahre darauf wurde er dem jungen Prinzen Alexander der Niederlande zu einer Reise nach Rußland beigegeben, wo er von dem russischen Hofe und Reiche sich gründliche Kenntnisse erwarb, die zum Theil in einem sehr lehrreichen und ungedruckten Tagebuche enthalten sind. Im Jahre 1843 wurde er als Oberst zugleich Brigadier der Cavallerie, im folgenden Frühjahre General und Flügel-Adjutant des Königs, und als solcher bald mit einer wichtigen Sendung nach Ostindien betraut. Während seines dreijährigen Aufenthaltes unter den Tropen hatte er nicht allein das Heer und die Festungen des alten blühenden Java in Augenschein zu nehmen und über die wichtigsten militärischen Fragen der Colonieen zu berichten, sondern auch die neuen Besitzungen auf Sumatra zu gleichem Zwecke, oft auf ungebahnten Wegen zu bereisen, und endlich auf dem Rückwege das englische Indien von Ceylon bis Calcutta, den Ganges hinauf zum Himalaya, mit allen von ihm bewunderten Militär-Etablissements der Engländer zu besichtigen, worauf er über Bombay und Aegypten, durch viele in europäischen Diensten seltene Erfahrungen bereichert, im Juni 1847 zurückkam.

Bald nach der Heimkehr ward der General von Gagern zum Gouverneur der Residenz und Provincial-Commandanten von Holland ernannt, und in dieser Stellung wurde er wegen seiner hohen politischen Einsicht, seiner unerschütterlichen Gerechtigkeit und einer alle Herzen bewältigenden, durch tiefsinnigen Ernst nie verhüllten Humanität während der letzten politischen Krisis in Holland der Freund aller edlen Bürger, so daß sich die Nationalgarde der Hauptstadt freiwillig unter seine Befehle scharte. Die Liebe zur Heimat aber, die Begeisterung für die großen Ziele des deutschen Liberalismus, die er mit seinem Bruder einst in Heidelberg genährt, war ihm treu geblieben. Kein Wunder also, daß der General Gagern sich mächtig getrieben fühlte, an den Schauplatz der Ereignisse zu eilen, als die deutsche Bewegung im März und April 1848 sich zu einer Revolution steigerte. Er erhielt einen kurzen Urlaub und traf vor dem Augenblicke bei den Seinigen ein, wo die republicanische Schilderhebung im deutschen Süden gewagt wurde. Hecker war eigentlich ein nahe verbundener Freund Heinrich von Gagern's. Sie waren lange politische Genossen, Soldaten desselben Paniers und Gedankens gewesen. Durch die Mittheilungen des Bruders hatte auch Friedrich von Gagern ein lebhaftes Interesse für Hecker gefaßt: er suchte die persönliche Bekanntschaft dieses durch sein äußeres Wesen so liebenswürdigen Mannes zu machen, und beide Brüder, Heinrich wie Friedrich, begaben sich deßhalb nach Deutesheim bei Mannheim, zu Heinrich's Freunde Buhl (Abgeordneten der ba-

dischen Kammer). Von dort aus wurde Hecker eingeladen, herüberzukommen, da die Gagern da seien und ihn zu sehen wünschten. Leider war Hecker eine Tagereise von Mannheim entfernt auf der Jagd und die Brüder warteten mehrere Tage vergeblich. Das Verhängniß wollte eine andere Art des Zusammentreffens zwischen Friedrich von Gagern und Hecker!

Die Schilderhebung Hecker's verlangte einen tüchtigen Heerführer, aber auch einen Mann, der mehr war als bloßer Soldat, einen Mann, dem ein Name voranging, wie der Gagern's war. Die badische Regierung und die Bundesversammlung vereinten sich in ihren Wünschen, daß er die Führung der gegen Hecker zu entsendenden Truppen übernehme. Zur Einholung einer Erlaubniß seines Königs blieb ihm nicht Zeit: er sprach die Worte des Ajax im Homer aus: ἤτοι κχῆρος εμος: χαίρω δὲ καὶ ἀυτὸς, und nahm die schwierige Aufgabe über sich, mit ihm fremden Officieren und fremden Truppen, deren Treue noch obendrein verdächtigt war, einen aus so viel fremdartigen Bestandtheilen zusammengesetzten Feind zu besiegen und die Führung einer Expedition zu übernehmen, deren Resultat vielleicht für Deutschland entscheidend war. Der Anfang war glückverheißend. Seine Persönlichkeit war ganz dazu gemacht, von vorne herein die Eifersucht der Officiere gegen den fremden Befehlshaber zu besiegen und das Vertrauen der Truppen zu gewinnen. Aber das erste Zusammentreffen mit dem Feinde wurde für ihn verhängnißvoll. Es war im Gefechte bei Kandern am 20. April 1848. Der

General hatte die Freischaren erreicht, und Hecker kam jetzt seinem Wunsche persönlicher Berührung entgegen. Sie hatten ein — fruchtloses — Gespräch auf der Brücke von Kandern. Die Rebellen hatten sich darauf zurückgezogen und auf einer Höhe Posto gefaßt, wo sie die Truppen erwarteten. Als diese naheten, riefen sie ihnen zu: „Kein Bürgerblut vergießen, es lebe die Freiheit, tretet in unsere Reihen!" Zugleich mit diesem Geschrei erhob sich ein anderes: „General vor!" Der General Gagern stieg vom Pferde und ging im bürgerlichen Kleide, den Säbel in der Scheide, vor — er wollte die Hoffnung einer unblutigen Versöhnung nicht fahren lassen, wie er denn auch seinen Truppen befohlen hatte, das Feuer nicht zuerst zu beginnen. Aber seine Worte an die Rebellen, von denen ein Anführer, ein Literat Kaiser, ihm entgegen kam, verhallten ungehört: sie setzten ihre Bemühungen fort, die Treue der Truppen wankend zu machen; der General kam tief erschüttert, daß er Bürgerblut fließen lassen müsse, zurück und bestieg sein Pferd. In dem Augenblicke, in welchem er den Säbel ziehen wollte, krachten die ersten Schüsse aus den Reihen, und der General sank tödlich getroffen zu Boden. Durch ganz Deutschland ging ein Schrei der Entrüstung wegen dieser That, die man einen Meuchelmord nannte. Doch haben die Untersuchungen herausgestellt, daß die Schüsse, die Gagern tödteten, wohl nicht wider Kriegsrecht fielen. Aber jener Ruf: „General vor!" und andere Anzeigen deuten darauf hin, daß die Insurgenten vorher die Tödtung Gagern's beschlossen hatten und ihn deßhalb

vor die Fronte seiner Truppen lockten. Die Leiche Gagern's wurde nach Frankfurt gebracht, um von da nach dem väterlichen Gute Hornau geführt zu werden. Es war am 1. Mai 1848, als sie in feierlichem Zuge aus Frankfurt geleitet wurde; eine zahllose Menschenmasse folgte dem Sarge des Gefallenen; der Fünfziger-Ausschuß, diese Vertretung des gesammten Deutschlands geleitete einen der edelsten Söhne Deutschlands; Militär, Nationalgarde, die Zünfte, alle hatten sich angeschlossen — und unmittelbar hinter dem Sarge schritt der Bruder Heinrich, von Schmerz gebeugt um den unermeßlichen Verlust. Die Geschütze donnerten dem todten Krieger ihre ernsten Grüße nach.

Friedrich von Gagern war ein begabter Dichter. Er hat einen dichterischen Tod gefunden — den auf dem Schlachtfelde — und ist geschieden in der dichterischsten Periode, die Deutschland seit je erlebt hat, in den Frühlingstagen 1848. Wohl ihm, daß er das Herbsten und Schwinden dieses Jahres nicht sah!

VII.

Die National-Versammlung war am 18. Mai zusammengetreten und hatte ihren feierlichen Einzug in die Paulskirche zu Frankfurt am Main gehalten. — Am 19. erwählte sie Heinrich von Gagern zum Präsidenten; bei der zweiten Monatswahl fielen die Stimmen fast mit Einhelligkeit wieder auf ihn, und er nahm nun seine Entlassung als hessischer Minister, um ganz der Fülle von Pflichten und Geschäften leben zu können, welche die neue Stellung ihm

auferlegte. Schon bei der ersten Wahl hatte er erklärt, daß er diesen Schritt thun werde, und zugleich seine Stellung im Hause dadurch bezeichnet, daß er den Boden, auf welchem sich die Versammlung befinde, als den der Souverainetät der Nation erklärte und ihr das unbedingte Recht der Constituirung Deutschlands, wie es das Vor-Parlament ihr zugeschrieben, vindicirte. Er hatte sein Amt mit den Worten angetreten: „Ueberwältigt wie ich bin von dem Eindrucke, den Ihre Abstimmung auf mich hervorbringen mußte, bin ich nur im Stande, wenige Worte zu Ihnen zu reden. Es ist zwar ein schnell vorübergehendes Amt, das Sie mir übertragen, nur wenige Tage, hoffe ich, werde ich dem Vertrauen zu entsprechen haben, das die große Majorität dieser erhabenen Versammlung in mich gesetzt. Aber auch für die kurze Dauer meines Amtes werde ich genöthigt sein, Ihre Nachsicht in Anspruch zu nehmen.

„Ich gelobe hier feierlich vor dem ganzen deutschen Volke, daß seine Interessen mir über Alles gehen, daß sie die Richtschnur meines Betragens sein werden, so lange ein Blutstropfen in meinen Adern rinnt; ich gelobe hier feierlich, als das von Ihnen gewählte Organ Ihrer Versammlung, die höchste Unparteilichkeit. Wir haben die größte Aufgabe zu erfüllen. Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesammte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souverainetät der Nation. (Stürmisches Bravo.) Den Beruf und die Vollmacht, dieses Verfassungswerk zu schaf-

fen, hat die Schwierigkeit in unsere Hände gelegt, um nicht zu sagen die Unmöglichkeit, daß es auf anderem Wege zu Stande kommen könnte.

„Die Schwierigkeit, eine Verständigung unter den Regierungen zu Stande zu bringen, hat das Vor-Parlament richtig gefühlt und uns den Charakter einer constituirenden Versammlung vindicirt. Deutschland will Eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes, unter der Mitwirkung aller seiner Gliederungen; diese Mitwirkung auch den Staaten-Regierungen zu erwirken, liegt mit in dem Berufe dieser Versammlung.

„Wenn über Manches Zweifel besteht und die Ansichten auseinandergehen, über die Forderung der Einheit ist kein Zweifel, es ist die Forderung der ganzen Nation. Die Einheit will sie, die Einheit wird sie haben, sie befestigen; sie allein wird schützen vor allen Schwierigkeiten, die von außen kommen mögen, die im Innern drohen. Und so, Vertreter des Volkes, bitte ich Sie, für die kurze Zeit, wo ich diese Versammlung zu leiten habe, um Ihre Unterstützung und um Ihre Nachsicht, deren ich in so hohem Grade bedarf. Wäre es auf längere Zeit, daß ich diese Stelle einzunehmen hätte, so würde ich verpflichtet sein, eine Wahl zu treffen und die getroffene Ihnen anzukündigen. Denn ich fühle wohl, daß weder mit meinen Kräften, noch mit den Ansprüchen, die das Volk an die ganz unabhängige Stellung des Führers auf dieser Stelle zu machen hat, die Beibehaltung des Amtes, welches ich in meinem Staate bekleide, neben dieser Stelle verträglich wäre.“

Sein Präsidenten-Amt verwaltete Gagern mit eben so viel energischem Nachdruck und Geistesgegenwart als Unparteilichkeit. Nur einige Mal übermannte ihn ein edler Zorn über die Ruchlosigkeiten, welche von der äußersten Linken ausgingen, und in der Aufwallung eines echt ritterlichen Gemüths ließ er sich dann zu unparlamentarischen Ausdrücken hinreißen. Eigentlich aber war nur er es, der diese große Versammlung, die aus so viel widerstreitenden Elementen bestand, durch sichere und besonnene Führung, durch vermittelnden Geist zusammenhielt, und wie ein sorgsamer, ewig wacher Hirt sie auf der geraden Straße zum Ziele hütete, von welcher pedantische Gründlichkeit und die bekannte, unserer kriegerischen Nation angeerbte Neigung für „querelles d'Allemands“ nur zu oft abzuirren strebten. — Am meisten trat dieser Einfluß in sein rechtes Licht in der stürmischen Sitzung am 26. Juni, in welcher Gagern nicht den Vorsitz führte und eine Aeußerung des Abgeordneten Heckscher eine Bewegung hervorrief, welche die Versammlung mit einem vollständigen Schiffbruche bedrohte, da sich die Hand Soiron's zu schwach erwies, das Steuer des gefährdeten Fahrzeuges zu lenken.

Gagern verzichtete jedoch bei wichtigen Anlässen nicht auf die Tribune: so war es seine Rede am 24. Juni, welche ein schweres und entscheidendes Gewicht in die Wagschale warf, die zwischen einem von den Regierungen einzusetzenden und einem von der National-Versammlung selbst zu ernennenden, zwischen einem monarchischen unverantwortlichen und einem republicanischen

verantwortlichen provisorischen Oberhaupt für Deutschland schwankte. Die Meinungen zeigten sich bei dieser Frage mehr als je gespalten.

Gagern hielt unverrückbar die Kaiser-Idee im Auge. Er wußte wohl, daß dieselbe nie ihre Verwirklichung erhalten könne, wenn man den Fürsten Deutschlands überlasse, sich über die Wahl des Kaisers zu einigen. Nur durch das Parlament konnte die Einsetzung eines deutschen Reichs-Oberhauptes erreicht werden. Es galt, für eine solche Ernennung durch das Parlament ein Präcedens zu schaffen, ein Princip auszusprechen. Daher bestieg er die Tribune und forderte die Versammlung auf, „mit kühnem Griff" das provisorische Oberhaupt, den Vicar des Kaisers selber zu ernennen. Aber auch monarchisch unverantwortlich mußte das Oberhaupt des Reiches sein, sollte es eine Brücke zum Kaiserthum bilden.

VIII.

Nachdem Gagern einen Einwurf, der von der linken Seite des Hauses erhoben worden war — die zu schaffende Vollziehungs-Gewalt werde eine Dictatur üben können —, widerlegt und dann empfohlen hatte, der Central-Gewalt ein suspensives Veto zu gewähren, fuhr er fort: „Für die Competenz der künftigen Central-Gewalt ist in dem Ausschuß-Antrage ferner bestimmt: „„das Verfassungswerk soll von ihrer Thätigkeit ausgeschlossen sein."" Ueber die Bedeutung dieser Ausnahme ist gestern und heute gesprochen worden. Ich glaube, ich

kann Ihnen die einfache Geschichte dieser Bestimmung erklären: Als zwischen der Bundes-Versammlung und dem Fünfziger-Ausschuß über die Schaffung einer Central-Gewalt verhandelt wurde, hat diese Verhandlung großen Anstoß erregt und ist manchen Verdächtigungen ausgesetzt worden; — man hat sie darum müssen fallen lassen. — Hauptsächlich hat man dieser Einrichtung vorgeworfen: das würde ein neuer Weg für die Regierungen sein, ihren Einfluß geltend zu machen; sie würden eine Ministerbank in der National-Versammlung schaffen und auf diese Weise ihren Absichten Eingang verschaffen. Meine Herren! Ich habe nie diese Besorgniß getheilt; ich glaubte voraussetzen zu können, daß bis zur Eröffnung der constituirenden National-Versammlung die Regierungen sich nicht über einen Verfassungsplan würden verständigt haben; daß also die damals projectirte Central-Gewalt einen gemeinschaftlichen Verfassungsplan unmöglich hätte vertreten können. Allein jene Verdächtigung des damaligen Planes war ein Mittel, und ich will es als solches keiner Kritik unterwerfen. Das ist die Geschichte des Vorschlags des Ausschusses, daß das Verfassungswerk von der Thätigkeit der Central-Gewalt ausgenommen sein soll, während alle Maßregeln der Vollziehungs-Gewalt in der National-Versammlung zu vertreten sind. Man hat damit dem Vorwurf begegnen wollen, als ob nicht die Regierungen die constituirende Eigenschaft dieser Versammlung in ihrem ganzen Umfange hätten anerkennen wollen, damit die Versammlung unbeirrt sei von äußern Einflüssen bei der Hauptaufgabe, die ihr gestellt

ist, der Schaffung der zukünftigen Verfassung Deutschlands. Darum hat der Ausschuß, wenn ich recht verstehe, diese Bestimmung aufgenommen. — Der Antrag des Ausschusses geht weiter dahin, daß unter einem Bundes-Directorium ein verantwortliches Ministerium bestehen soll. Es ist die Frage der Verantwortlichkeit, die ich mit wenig Worten vor Ihnen berühren will. Das, was wir staatsrechtliche Verantwortlichkeit nennen, das ist die rechtliche Folge der Contra-Signatur. Diese Verantwortlichkeit hat man aussprechen wollen in der bestimmtesten Weise. Daß es aber außer dieser Contra-Signatur und ihrer rechtlichen Folge auch eine andere, nicht staatsrechtliche Verantwortlichkeit gebe, der Niemand entgeht, die Geltendmachung jener staatsrechtlichen Verantwortlichkeit aber eine schwierige ist, das leuchtet ein. Wer auch an die Spitze der künftigen Central-Gewalt gestellt werden mag, er wird in unserer Zeit sich und seine Thaten verantworten müssen, auch wenn diese dem Criminalrecht nicht verfallen. — Nachdem ich so die Puncte, welche die Competenz der künftigen Central-Gewalt berühren, erörtert habe, ist der nächste, auf den ich nothwendig eingehen muß, die Frage: ob neben der gesetzgebenden Gewalt dieser National-Versammlung und neben der zu schaffenden Vollziehungs-Gewalt die Bundes-Versammlung noch bestehen könne. Diese Frage muß ich verneinen; ich glaube daher, daß es besser gewesen wäre, bestimmt das auszusprechen, in allen Amendements, in allen Theorieen, die über die Bildung der künftigen Central-Gewalt aufgestellt worden

sind. Die Bundes-Versammlung, als bisherige Trägerin der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt des gesammten Deutschlands, kann nicht mehr bestehen neben einer neuen gesetzgebenden und einer neuen vollziehenden Gewalt. Ich wüßte nicht, welches noch ihre Functionen sein sollten. (Bravo!) Eine andere Frage aber, meine Herren, ist die: ob mit dieser nothwendigen Folge unserer jetzigen Zustände auch das ganze Bedürfniß vernichtet sei einer staatlichen Vertretung, und diese Frage muß ich verneinen. Ich bin überzeugt, wenn wir heute decretiren: „„die Bundes-Versammlung hat aufgehört““, so würde einer der nächsten Acte, die die zu gründende Central-Gewalt der gesetzgebenden Gewalt der Versammlung vorlegen würde, ein solcher sein, der wieder das Bedürfniß einer staatlichen Vertretung ausspräche und unsere Zustimmung verlangte zu einer neuen derartigen Einrichtung, die wir jetzt mit Amendements nicht schaffen können; denn sie ist von weiterer Tragweite. Darum, wenn ich das Welcker'sche Amendement nicht so unterstützen kann, wie es ist, betrachte ich es vor der Hand als einen Rath, der der künftigen Central-Gewalt gegeben wird, sich mit Rathgebern zu umgeben, die ihr auf dem schnellsten und einfachsten Wege Aufschluß und Kenntniß mittheilen von den Zuständen, Bedürfnissen und Anforderungen der einzelnen Länder. Die nächste ist die: wer soll die Central-Gewalt schaffen? Meine Herren, ich habe diese Frage von dem Standpuncte des Rechts und von dem Standpuncte der Zweckmäßigkeit vielfach beurtheilen hören; ich würde es bedauern,

wenn es als ein Princip gälte, daß die Regierungen in dieser Sache gar nichts sollten zu sagen haben; aber vom Standpuncte der Zweckmäßigkeit ist meine Ansicht bei weiterer Ueberlegung wesentlich eine andere, als die der Majorität im Ausschusse. Meine Herren! Ich thue einen kühnen Griff, und ich sage Ihnen: wir müssen die provisorische Central-Gewalt selbst schaffen. (Lang' anhaltender stürmischer Jubelruf.) Darum müssen wir sie selbst schaffen: sie muß stark sein, sie muß Vertrauen einflößen. Wir müssen sie aber besonders darum selbst schaffen, weil wir ihrer schnell bedürfen, und weil wir nicht gewiß sind, daß sie dann schnell geschaffen werden wird, wenn wir eine Mitwirkung der Regierungen in Anspruch nehmen wollten. Es ist ein Unterschied, ob wir die Vollziehungs-Gewalt aus Dreien oder Einem bestehen lassen; würde die Ansicht überwiegend sein, daß sie aus Dreien bestehen sollte, und wir wollten die Mitwirkung der Regierungen, dann wäre die Schwierigkeit nicht so groß; vielleicht läge die Verständigung schon vor, oder sie wäre leicht zu erreichen; ich glaubte auch damit nicht der Volks-Souverainetät zu nahe zu treten; aber die Majorität dieser Versammlung scheint mehr und mehr zu der Ansicht gekommen zu sein, die auch ich theile, daß die künftige Central-Gewalt Einem Reichsverweser mit verantwortlichen Ministern übertragen werden müsse. Meine Herren, über diesen Einen könnten solche Schwierigkeiten entstehen, daß wir die Regierungen nur einer großen Verlegenheit überheben, indem wir auf ihre nachträgliche

Einstimmung rechnen, ihnen die Wahl und den Vorschlag erlassen. Meine Herren, es ist bereits gesagt und entwickelt: nicht die Fürsten können vorschlagen, auch nicht bloß die Regierungen als solche; in einzelnen Ländern bestehen keine so starken Regierungen, daß sie einen bedeutenden politischen Schritt thun dürften, ohne sich versichert zu haben der Zustimmung und der Mitwirkung der Stände; es könnte sein, daß einzelne Stände-Versammlungen anders dächten, als wir, und warum sollte das nicht sein? Es war ja unter uns tagelang so, bis wir zur Ueberzeugung kamen, daß Einer besser sei, und daß es fast nur Einen gibt, der hier die Frage lösen kann. Ich sage also, meine Herren, wir überheben die Regierungen einer großen Verlegenheit, und ich glaube, sie werden es uns danken, wenn wir sagen, wer es sein soll. Ich bin durch diese Bemerkungen zu einer neuen Frage gekommen, nämlich zu der Frage der Dreiheit oder der Einheit in der Central-Gewalt. Wollen wir, wie jetzt unzweifelhaft, der Mehrheit nach Einen, so ist ein Mann, hochstehend, gefunden, der der Unterstützung der Nation für die höchste Stelle sich werth gezeigt hat und ferner werth zeigen wird. Aus der höchsten Sphäre müssen wir den Reichsverweser nehmen; denn es gibt keinen Privatmann, der unter solchen Umständen das Amt übernehmen könnte, wie vielleicht Einzelne oder auch Parteien gedacht haben. (Auf der Rechten vielstimmiges Bravo.) Ich gehe nicht ein auf die Frage unserer künftigen Verfassung; ich halte mich lediglich an den gegenwärtigen Zustand und die jetzigen Bedürfnisse.

Ich spreche Ihnen nicht von Monarchie und Republik, ich sage Ihnen aber: jetzt bedürfen wir eines Mannes, der hoch steht und sich der Unterstützung aller Staaten ohne Widerspruch muß versichert halten können, wenn er das Amt antreten soll, welches Sie ihm zudenken. (Vielstimmiges wiederholtes Bravo.) — Meine Herren! Nachdem ich diese Frage vor Ihnen erörtert habe, wird man (zur Linken gewendet) mir nicht mehr den Vorwurf machen, als habe ich das Princip der Souverainetät der Nation aufgegeben, indem ich ja der Nation und ihren Vertretern in dieser Versammlung die Befugniß vindicirte, diese Wahl auszusprechen, aus Gründen des Rechts, wie der National-Sicherheit, der National-Wohlfahrt; ich glaube, daß man umfassender dieses Princip nicht anerkennen kann. Und auch darin wird keine Abdankung dieses Princips gefunden werden können, wenn etwa meine Meinung, wie sie es wirklich ist, die sein sollte, daß die hochstehende Person ein Fürst sein müsse, was auch Sie mir einräumen können, nicht weil es, sondern obgleich es ein Fürst ist. (Allgemeines wiederholtes Bravorufen und Händeklatschen in der Versammlung und auf den Galerieen.) Meine Herren! (Zur ganzen Versammlung) Es ist Ihnen vorhin viel Schlimmes gesagt worden von den Fürsten; ich habe diesen Haß gegen die Fürsten nicht mit auferzogen, und die Liebe zu den Menschen war mir immer näher. (Auf der Rechten lebhaftes Bravorufen.) Aber, meine Herren, einen Haß gegen ganze Generationen zu tragen, ohne die Personen zu bezeichnen, die etwa des Hasses werth

sein könnten, das ist nicht großmüthig! (Auf der Rechten und auf der Galerie vielfaches, anhaltendes Bravo.) — Nachdem ich die Fragen, die hier zur Sprache kommen, beantwortet, und, wie mich dünkt, zur Genüge beantwortet habe, bleibt mir nur Eines übrig. Darin aber kann ich nichts Neues sagen; es ist mit beredterem Munde von vielen Andern ausgesprochen worden. Ich kann nur wiederholen: Einigen wir uns, so weit Einigkeit möglich! Opfern wir, was zu opfern ist, um zu erhalten und den Uebergang zu erleichtern zu besseren Zuständen. Wenn wir thun, was die Wohlfahrt des Vaterlandes fordert, ohne Rücksicht auf Sophismen, die Einzelnen als Principien gelten; wenn wir in der Ueberzeugung handeln, daß das Princip, welches durch uns Gesetz wird, Gehorsam verlangt: dann werden wir thun, was unsere Schuldigkeit, und die Nation wird uns Beifall zurufen. Wir stellen nicht die Freiheit bloß, und wir schaffen die Einheit unseres Volkes und Vaterlandes, nach der wir schon so lange uns sehnten." (Stürmischer, lang' andauernder Beifall von allen Seiten der Versammlung und von den Galerieen.)

IX.

Man kann behaupten, daß diese Rede die ganze Frage, deren glückliche Lösung sich so vielfach bedroht zeigte, entschied. Der Mann, den Gagern als gefunden bezeichnete, war ein Erzherzog von Oesterreich. Es war das kein Aufgeben seiner früheren Ueberzeugung, daß Preußen der Vortritt im neuen Reiche gebühre: es war wohl nur die Ueber-

zeugung, daß die öffentliche Stimmung noch zu mächtig gegen Preußen sprach, um ihr mit Erfolg widerstreben zu können. Verwahrte sich doch selbst v. Vincke, der sicher nicht Ueberzeugungen aus Muthlosigkeit verbirgt, in derselben Debatte gegen die Voraussetzung, er habe auf Preußen als den passendsten Träger der Central-Gewalt deuten wollen. Es liegt in dem Charakter Heinrich von Gagern's, gern zu vermitteln, und eine seiner schönsten Eigenschaften ist der gesunde Sinn, mit welchem er im Kampfe streitender Willen das Ausführbare, das für den Augenblick zu verwirklichende herausgreift. Indem er einem österreichischen Erzherzoge seine Stimme zur Reichsverweserschaft gab, blieb er seinem Grundsatze treu, daß Jeder von seinen persönlichen Wünschen und Ansichten opfern müsse, damit der Boden gemeinsamen Handelns behauptet werden könne. Er fühlte auch, daß die Zeit noch nicht gekommen, das Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland aus seiner Verwirrung zur Klarheit zu erheben. Die Ernennung eines österreichischen Prinzen war eine letzte Frage an Oesterreichs deutsches Nationalgefühl. „Die Wahl eines Fürsten aus dem Hause Oesterreichs", — sagt Gagerns jüngerer Bruder Max von Gagern in seiner vortrefflichen Ansprache an seine Wähler *), dieser wahrhaft schlagenden Vertheidigung der National-Versammlung — „die Wahl eines Fürsten aus dem Hause Oesterreich

*) Siehe „Kölnische Zeitung" Nr. 146 von 1849.

sollte, abgesehen von dem guten Klange des Namens und den wahren Verdiensten des Erzherzogs Johann, ein Beweis sein, daß die National-Versammlung, ohne vorgefaßte Entscheidung, unter den deutschen Fürstenhäusern eine freie Bewerbung gelten lassen wollte; man kann sagen, daß die Nation damit eine Frage frei haben wollte an die Weltordnung." Aber wir sind überzeugt, daß Gagern, wenn er allein zu entscheiden gehabt hätte, den König von Preußen zum Statthalter des Kaisers ernannt haben würde. Und ein Glück wäre es für Deutschland gewesen, wenn statt des Parlaments die Einsicht Heinrich von Gagern's den deutschen Reichsverweser hätte zu ernennen gehabt! An die Spitze der provisorischen Central-Gewalt gestellt, würde der König von Preußen von vorn herein ein ganz anderes Verhältniß zur Frankfurter National-Versammlung bekommen haben, die Staatsmänner Preußens würden tiefer in die Gedankensphäre derselben hineingeführt, es würde der enge Sinn und das verschrumpfte Herz des altpreußischen Particularismus von der deutschen großen Bewegung so überflutet worden sein, daß er wohl schwerlich mehr sein Haupt hätte erheben können bis zu jener russentrotzigen Treulosigkeit, welche heute Deutschland an den Rand des Abgrundes bringt.

Man kann freilich Gagern vorwerfen, er, welcher die Nothwendigkeit, Preußen an die Spitze des deutschen Bundesstaates zu stellen, so lange vorher schon klar durchschaut und ausgesprochen, habe am 24. Juni 1848 auch den Muth seiner Ueberzeugung besitzen müssen. Er habe vor-

herſehen müſſen, daß der öſterreichiſche Erzherzog einſt, wenn der alte Hader zwiſchen Preußen und Oeſterreich neu entflamme, ein der Einigung des deutſchen Reiches gefährliches Gewicht in die Schale Oeſterreichs werfen würde. Er habe nicht zulaſſen dürfen, daß die Central-Gewalt des deutſchen Weſtreichs in die Hände eines Mannes gelegt werde, deſſen engeres Vaterland dieſem deutſchen Weſtreich nicht angehören könne, mit dem man alſo zu unvermeidlichen Zerwürfniſſen kommen würde, falls Oeſterreich nicht gutwillig den Vorſitz in den deutſchen Angelegenheiten aufgeben wolle.

Ja, man kann ſolche Vorwürfe erheben, man kann jeden Staatsmann tadeln, der nicht in die Zukunft zu blicken verſteht. Aber man muß dann Gagern das vorwerfen, was gerade der edelſte Grundzug ſeines Weſens iſt, nämlich ſein Vertrauen und ſeine Redlichkeit. Man muß dann zugleich, und in ihm, das ganze deutſche Volk anklagen, das deutſche Volk von 1848, das im Rauſche ſeiner ſchönen und ſchwunghaften Erregung nicht ahnte, der Eigennutz der Dynaſtieen, die Tücke der Diplomaten, die Eiferſucht der Stämme, die Schlaffſeligkeit der Nation würde die ganze Errungenſchaft jenes Jahres in Rauch aufgehen laſſen, die Errungenſchaft, welche man mit einem Worte die Emancipation der Redlichkeit nennen kann!

Es war am 29. Juni, als das Parlament zur Wahl des Reichsverweſers überging. Gagern eröffnete dieſe Handlung mit den Worten: „Es iſt die Stunde gekommen, wo ſeit Jahrhunderten zum erſten Male wieder das

deutsche Volk berufen ist, sich eine Regierung zu setzen für seine Gesammt-Angelegenheiten und an die Spitze der Regierung ein Haupt zu stellen. Die Einheit Deutschlands, die bisher in unserem Bewußtsein lag, wird dadurch eine Thatsache, die auch äußerlich in die Welt eintritt und sich geltend macht. Auch die benachbarten Völker werden das Wiedererstehen Deutschlands zur Einheit mit der ruhigen Achtung unseres Rechts betrachten, dessen Ausübung Niemand verletzen kann. Wir haben nie unser Recht ausgeübt, um Andere zu kränken, sondern wir wollen in Frieden bleiben. In diesem Sinne des Friedens lassen Sie uns die große Handlung vornehmen, zu der wir heute berufen sind. — — Meine Herren! wer auch aus dieser Wahl hervorgehen mag, lassen Sie uns den festen Entschluß fassen, daß wir ihn unterstützen wollen in seiner schweren Aufgabe mit allen Kräften, die uns zu Gebote stehen."

Die Wahl war halb drei Uhr Nachmittags vollzogen. Es waren 436 Stimmen auf den Erzherzog von Oesterreich gefallen; nach ihm hatte Gagern die meisten Stimmen — 52 — erhalten. Freuden-Demonstrationen erfüllten die alte Wahlstadt am Main. Der Vorläufer für den Größeren, der nach ihm kommen sollte als Hirt der Völker schien in diesem Johannes gefunden *). Die Fürsten

*) Durch die Wahl des Erzherzogs hat sich die alte Wahrsagung, mit welcher in einem Theile Deutschlands das Volk sich trug: ein Bauer werde ein Jahr und einen Tag über Deutschland regieren, in seltsamer Weise erfüllt. Der steye-

beugten sich vor der souverainen Machthandlung des Parlaments, und die Worte, womit sich nach vollzogener Wahl Gagern in der ganzen Würde und Hoheit seines Wesens erhob, indem er sprach:

„Ich proclamire hiermit Johann Erzherzog von Oesterreich zum Reichsverweser über Deutschland. Er bewahre seine allzeit bewiesene Liebe zu unserem großen Vaterlande, er sei der Gründer unserer Einheit, der Bewahrer unserer Volksfreiheit! Er sei der Wiederhersteller der Ordnung, der Ruhe im Vaterlande! Nochmals also: Erzherzog Johann von Oesterreich, Reichsverweser Deutschlands, lebe hoch!" — diese Worte erweckten nicht nur in der Paulskirche, wo unter ihrem Einflusse alle Parteien sich zur Eintracht verschmolzen, einen stürmischen unendlichen Jubelruf, sie fanden in ganz Deutschland einen freudigen Nachhall.

Am Abende fand eine große Demonstration der Freude und der Dankbarkeit vor der Wohnung Gagern's Statt. Tausendstimmiger Jubelruf und die Klänge einer rauschenden Militär-Musik begrüßten den Präsidenten der National-Versammlung, der an jenem Tage im Zenith seiner Volksthümlichkeit stand. Er sprach vom Balcon seines Hauses herab zu den versammelten Bürgern über die Größe des Tages, der den Beginn nationaler Einheit bezeichne.

---

rische Alpenwirth, der am 29. Juni 1848 zum Reichsverweser erwählt wurde, ist wirklich am 30. Juni 1849 von Frankfurt abgereis't.

Am 11. Juli hielt der Reichsverweser seinen feierlichen Einzug in Frankfurt. Am Eingange seines Hotels empfing ihn Gagern an der Spitze einer Deputation der National-Versammlung mit einer kurzen Anrede, in welcher er ihm für den raschen Entschluß dankte, mit dem er die übertragene Gewalt angenommen und nun gekommen, sie anzutreten. Am 12. um Mittag erschien der Erzherzog in der Versammlung der Paulskirche selbst, deren Präsident ihn noch einmal bewillkommte und, nachdem er das Gesetz über die Central-Gewalt durch einen der Secretäre hatte vorlesen lassen, dem Reichsverweser das Versprechen abnahm, dieses Gesetz zum Wohle Deutschlands beobachten und aufrecht erhalten zu wollen.

An jene Jubeltage in Frankfurt reihten sich bald andere, mit denen in Köln das sechste Säcular-Fest der Grundsteinlegung des Domes und die Einweihung der neu gebauten Theile der berühmten Kathedrale gefeiert wurden. Bei dieser Gelegenheit war es, als der König von Preußen zu Gagern, welcher ihn an der Spitze einer Anzahl von nahe an hundert Mitgliedern des Parlaments im Regierungsgebäude zu Köln bewillkommte, mit erhobener Stimme die denkwürdigen Worte sprach: „Vergessen Sie nicht, daß es auch Fürsten in Deutschland gibt, und daß ich unter diesen bin!“ — Worte, deren ganze tragische Bedeutung uns das Jahr 1849 nur zu bald aufgeschlossen hat! Mannigfache öffentliche Ovationen bewiesen Gagern auch in Köln, wie hoch man überall seine Verdienste um das Vaterland anschlage.

Das ganze Jahr 1848 bestand für die Anhänger aller Parteien aus einem fortwährenden Auf- und Niederwogen zwischen den freudigsten und den erschütterndsten Eindrücken. So folgte den Augusttagen in Köln der furchtbare 18. September in Frankfurt. In der Ermordung Lychnowski's und Auerswald's lag eine furchtbare Mahnung. Es war der Ausbruch eines Vulkans, das Aufbrausen eines infernalischen Elements, bei dessen Schein man mit Schrecken gewahrte, welche Stoffe in den tiefsten Regionen unserer Zustände gähren, welche furchtbare längst ausgetilgt gewähnte Barbarei unter dem Boden unserer gesellschaftlichen Verhältnisse fortwuchere. Gagern konnte durch diese Vorgänge nur in seinen Ueberzeugungen bestärkt werden, die ihn zum Damm wider die Demagogie, zum Vorkämpfer der Monarchie bei der Heidelberger Versammlung, im Vor-Parlament und noch jüngst wieder bei der Central-Gewalts-Frage gemacht hatten. Trotz aller seiner Begeisterung für politische Formen, welche die Herrschaft des echten und unverfälschten Volksgedankens im Staate verbürgen, trotz seiner Hingabe für eine solche wahre Demokratie, mußte sich doch bei dieser Gelegenheit aufs mächtigste das aristokratische Gefühl in ihm empören, welches jedem ganz und vollständig gebildeten Manne eigen ist; jenes Gefühl, welches nicht aus den Vorzügen der Geburt oder äußern Stellung gezogen wird, aber welches eine natürliche Folge und Frucht ist des Athmens in einer edlen und reinen geistigen Luft, des ununterbrochenen Zusammenlebens mit großen und hohen Vorstellungen und Gedan-

ken. Diese Art der Aristokratie hat sich immer entschieden in Gagern ausgesprochen, und sie trat auch in seinem zornigen Schmerze am 19. September hervor, als er der Versammlung der Paulskirche die abscheuliche Niedermetzelung zweier ihrer ausgezeichnetsten Mitglieder ankündigte und sie mahnte, aus ihren Zerwürfnissen und ihrer Zwietracht sich zu einer sittlichen Erhebung über dem eigensüchtigen Parteihader aufzuschwingen, und die Freiheit nicht anders zu suchen, als umgränzt von dem Maße, dessen Ueberschreitung immer der sicherste und rascheste Untergang der Freiheit gewesen ist. — „Es war", sagte er, „ein die Menschlichkeit entwürdigendes Verbrechen: ich sage es mit tiefer Erschütterung. Wenn die Barbarei zunehmen sollte, welche solche Thaten, wie sie gestern geschahen, herbeiführt, dann würde man verzweifeln müssen an dem menschlichen Fortschritt, und diejenigen, welche die Pflicht fühlen, alles, was sie vermögen, beizutragen, um die Freiheit aufrecht zu erhalten und zu sichern, o! die mögen alle Stärke ihres Geistes und Herzens zusammennehmen, um freudig bei ihrem Vorsatz beharren zu können; sie mögen den unsittlichen und unmenschlichen Auswüchsen entgegenwirken und alles aufbieten, daß die Richtung niedergebändigt werde, die solcher Barbarei zugänglich ist."

X.

Die National-Versammlung war zur Berathung der Reichs-Verfassung übergegangen. Der Verfassungs-Entwurf hatte in den §§. 2 und 3 jedem deutschen Fürsten

das Recht abgesprochen, über nicht deutsche Völker anders zu herrschen, als nach den Grundsätzen der reinen Personal-Union. Die Annahme dieser Paragraphen würde die Auflösung Oesterreichs als einer Gesammt-Monarchie befohlen haben. Dagegen erhob sich Gagern mit aller Macht seiner Beredsamkeit. Er wollte die Integrität jenes mächtigen, von dem Schicksale zu so großen Aufgaben im Osten berufenen Reiches gewahrt wissen. Er sah voraus, daß die Annahme jener Paragraphen dem Parlament eine unermeßliche moralische Niederlage beibringen werde; er sah in dieser Annahme einen Felsen, an welchem das Schiff der ganzen National-Versammlung scheitern könne, sobald sie solche Beschlüsse der Weltmacht Oesterreich gegenüber durchzusetzen sich anschicke!

Die Rede, mit welcher Gagern seinen Verbesserungs-Vorschlag für die Paragraphen zwei und drei *) des Verfassungs-Entwurfs am 26. October vertheidigte, ist von zu großem Gewichte, als daß wir sie nicht ihrem größten Theile nach hier folgen lassen sollten:

---

*) Sie lauteten wörtlich:

§. 2. Kein Theil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein. (Wurde in der ersten Lesung mit 340 gegen 76 Stimmen angenommen.)

§. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personal-Union zu ordnen. (Wurde mit 316 gegen 90 Stimmen angenommen.)

„Das deutsche Volk war in Erniedrigung gesunken, und wir suchen nach den Mitteln, es wieder zu erheben. Um es vor abermaligem Falle zu sichern, wollen wir diese Mittel zu Grundsätzen der künftigen Verfassung formuliren. Es war natürlich, daß man zuerst sich fragte: welches waren denn in den bisherigen Zuständen hauptsächlich die Gründe jener Erniedrigung? welches waren die Hindernisse, die es verschuldeten, daß unser Volk nicht zu der Macht aufsteigen konnte, die ihm gebührt? Unter diesen Gründen obenan stand das Verhältniß der gemischten Staaten, jenes Verhältniß, wonach unter einem Oberhaupte deutsche und nichtdeutsche Staaten unter einer Regierung zu einer Staatseinheit vereinigt waren. Die Lösung dieses Verhältnisses ist die erste große Schwierigkeit, welche bei Berathung der Verfassung, auf welche das Volk harrt, uns entgegentritt. Bei den gemischten Staaten, wie sie die Bundesacte geschaffen hat, besteht ein wesentlicher Unterschied darin, ob das deutsche Land das Nebenland ist, welches mit einem nichtdeutschen Hauptlande verbunden; oder ob das deutsche Land das Hauptland ist, zu dem nichtdeutsche Länderstriche als Nebenländer gehören. Das erstere Verhältniß ist das, welches die traurigsten Folgen herbeigeführt hat, und wobei eine nationale Politik nicht bestehen, viel weniger einträchtig dafür gewirkt werden konnte. Dieses Verhältniß war es, wodurch wir uns dem ausgesetzt sahen, selbst von minder mächtigen Nationen mißachtet und in unseren Interessen gekränkt zu werden. Das war das Verhältniß von Luxemburg und Limburg zu Holland,

das war das Verhältniß von Holstein zu Dänemark. Diese Zustände müssen gelös't werden. Mit solchen Mischverhältnissen kann kein nationales Leben bestehen. Ob die Paragraphen 2 und 3 unmittelbar diese Zustände lösen werden, das bezweifle ich, denn es bestehen, wie heute auf dieser Tribune richtig bemerkt worden ist, internationale Rechtsverhältnisse, denen Rechnung zu tragen, die vorerst geordnet werden müssen. — Aber es bestanden und bestehen mit Deutschland auch andere Mischverhältnisse, die Verbindungen von nichtdeutschen Nebenländern mit dem deutschen Hauptlande. Preußen hat die bedeutenden Bestandtheile der Monarchie, die nach der Bundesacte nicht zum deutschen Bunde gehörten, diesem geeinigt und dadurch eines dieser Mischverhältnisse beseitigt. Wenn auch für Preußen bezüglich der vormals nicht zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen eine Separat-Politik nicht bestand, diese Provinzen so deutsch waren, wie irgend eine, so wurde doch durch ihre formelle Vereinigung das nationale Verhältniß ungemein vereinfacht, und man kann sagen: wir sind in einander aufgegangen! Ein Anderes ist es mit Oesterreich. Es mag zweifelhaft erscheinen, was bei der Zusammensetzung des österreichischen Staatencomplexes der nationale Hauptbestandtheil sei; das aber ist nicht zweifelhaft, daß, wenn auch das deutsche Element der Zahl der Bevölkerung nach in der Minorität, es doch das einflußreichste in dieser Monarchie ist und mehr noch werden muß. Darum, meine Herren, kann ich mich nicht der Ansicht anschließen, die will, daß für Oesterreich ein Zwang herbeigeführt werde,

von den Staaten, die bisher mit ihm zur Staatseinheit verbunden waren, sich staatlich zu trennen, dadurch die Gesammt-Monarchie aufzulösen. Um diese Trennung Deutsch-Oesterreichs von dem nichtdeutschen, um die Auflösung der österreichischen Gesammt-Monarchie würde es sich handeln bei der Verwirklichung der Paragraphen 2 und 3, das ist kein Zweifel, wie man auch von verschiedenen Seiten und von verschiedenen Gesichtspuncten aus diese Frage bemänteln mag.

„Denn eine Bemäntelung dieser Frage nenne ich es, wenn man gesagt hat: „„Wir wollen nicht die Auflösung, wir wollen ein Zusammenhalten Oesterreichs, wir wollen es aber vermittels der Personal-Union, die Personal-Union genügt für ein solches Zusammenhalten.““ Ich hätte diese Frage für erledigt gehalten; da man aber die in so entscheidender Weise bereits entwickelten Argumente so wenig beachtet hat, da selbst Männer, die in politischen Dingen so erfahren sind und sich darin — gewiegt haben, behaupteten, die Personal-Union könne einen fortdauernden Zusammenhang sichern, und da sie fragten, warum man denn darin eine Auflösung finden wolle: so muß ich antworten, daß sie die wechselseitige Beziehung der Paragraphen 2 und 3, wie sie der Verfassungs-Entwurf vorgelegt hat, nicht berücksichtigt zu haben scheinen. Der §. 2 verbietet nämlich ein gemeinschaftliches Staatsleben, er gebietet, daß, was bisher zu einem Staate vereint war — deutsch und nichtdeutsch — sich trenne, das Nichtdeutsche sich selbst überlassen werde, einem selbstständigen Staats- oder selbst Völker-

leben. Bei so selbstständigem Staatsleben aber ist es einleuchtend, daß die fortdauernde Verbindung zu einer übereinstimmenden politischen Richtung des einen constitutionellen Staates mit einem anderen mittels der Personal-Union nur zufällig ist; daß, je nach den möglicher Weise verschiedenen politischen Richtungen der Majoritäten in den durch bloße Personal-Union verbündeten Staaten, die Executiv-Gewalt möglicher Weise nach verschiedenen Richtungen und selbst zu feindlicher Stellung genöthigt werden könne. Betrachten wir die Resultate, die für Oesterreich eintreten würden, wenn die Paragraphen 2 und 3 dort Geltung fänden. — Wir ziehen die deutsch-österreichischen Provinzen in den deutschen Bundesstaat: wir trennen sie von den nichtdeutschen Ländern und Provinzen Oesterreichs. Diese übrigen Theile Oesterreichs bleiben aber nun nicht ein vereinter Staat, sondern sie werden nach der Natur der Dinge auseinanderfallen, so wie ihnen der gemeinsame Schwerpunct, der in den deutschen Erbländern liegt, entzogen wäre. Das ist von anderen Rednern hinlänglich entwickelt, ich kann darüber hinausgehen. Es würde also eine selbstständige Organisation Statt finden von Galizien, von Ungarn, wie das nach der Verfassung dieses Landes ohnehin schon angebahnt ist; vielleicht auch von den Nebenländern Ungarns; von Italien.

„Ich frage Sie nun, meine Herren: indem wir Paragraphen votiren, die zu solchen Resultaten führen, ob das den zu berücksichtigenden Verhältnissen, unseren natürlichen Verbindlichkeiten entspricht! Die Verbindlichkeit, die

wir haben, scheint mir die zu sein, daß in dem Augenblicke, wo es in einem Bundesstaate zum Bürgerkriege gekommen ist, wo das Feuer lodert, — daß wir dann nicht noch weitere Feuerbrände hineinwerfen zu den schon lodernden. In bundesgenossenschaftlichem Geiste werden wir handeln, wenn wir dazu beitragen, das Feuer zu löschen, wenn wir nicht davon ausgehen, als sei der Bestand der Gesammtmonarchie in Frage gestellt, sondern wenn wir die Ueberzeugung bethätigen, daß die österreichische Gesammtmonarchie, deren Fortbestand in staatlicher Einheit eben so sehr im Interesse des gesammten Vaterlandes liegt, fortbestehen werde, durch die Freiheit gekräftigt, ein mächtiges Reich, eng verbunden mit Deutschland zu der großen nationalen Aufgabe. In diesem Sinne müssen wir handeln, oder wir thun nicht die Pflicht eines guten Nachbars, viel weniger die eines volksthümlich Verbündeten. Nehmen wir aber die Paragraphen 2 und 3 ohne Vorbehalt so an, wie sie geboten sind, und könnten wir Oesterreich hineinzwingen, so würden wir ein großes Reich zerreißen, seine nichtdeutschen Theile ohne Verbindung hinstellen, ungewiß, was daraus werde, ungewiß, welche Rolle diese Bestandtheile in dem Zusammenhange der europäischen Völkerfamilie finden, welche Einflüsse sich ihrer bemächtigen werden. Andere Nationen würden für ihre erste Pflicht halten, durch das Verfassungswerk den Besitz nicht eines Dorfes in Frage zu stellen, und wir sollten leichtsinnig eine ganze Saat der Zukunft, eine reiche Anwartschaft künftiger nationaler Entwickelung dem bisherigen Zusammenhang entfremden,

dem Zufall Preis geben wollen? Wenn Staaten nichts Anderes gemein haben können als die Personal-Union, dann haben sie besser nichts mehr gemein, und Jeder geht seinen eigenen Weg, und das haben auch diejenigen gefühlt, die dieser Personal-Union das Wort reden und die eigentlich nur die gänzliche Trennung beabsichtigen. Man sprach von Schweden und Norwegen, aber schon seit längerer Zeit ist man dort beschäftigt, etwas zu schaffen, was das beide Nationen umschließende Band nützlicher machen soll, ähnlich der pragmatischen Sanction für Oesterreich. Entweder das kommt zu Stande, oder dereinstige Trennung wird wahrscheinlicher; so wie jetzt wird es nicht bleiben. Das Verhältniß der Personal-Union angewendet auf Oesterreich, würden wir in Zukunft vier österreichische Gesandte, vier österreichische Heere, alles jetzt Gemeinsame vierfach sehen, und solche chaotische Zustände sollten wir in das ohnehin schon so vielfach unterwühlte Europa hineinschleudern, und gegen die Verpflichtung sündigen wollen, welche einer großen Nation der europäischen Völkerfamilie gegenüber obliegt, wenn sie nach einer in ihren Wirkungen unberechenbaren Umwälzung in so wesentlichen Beziehungen neu gestaltet ihren Rang anspricht? Diese erste Verpflichtung ist, daß wir die Hoffnung und Berechtigung der Völker auf Frieden bei gesicherter Freiheit nicht täuschen durch eine Aussaat neuer Revolutionen, wie sie in solchen chaotischen Verhältnissen liegen würden. — Das würde bezüglich derjenigen außerdeutschen Provinzen Oesterreichs gelten, die den Anspruch noch gar nicht gemacht haben, selbstständige

Staaten zu werden, wie dies von Dalmatien und dem Küstenlande, von Croatien, und selbst von Galizien gilt. Man hat zwar behauptet, alle diese Provinzen würden nur durch die Bayonnette bei Oesterreich gehalten, aber den Beweis ist man bis jetzt schuldig geblieben.

„Ich frage ferner: können wir im nationalen Interesse so handeln, die außerdeutschen Provinzen Oesterreichs für die Zukunft sich selbst und dem Zufalle überlassen? Ich habe den Beruf des deutschen Volkes als einen großen, weltgebietenden aufgefaßt. Man mag darüber spötteln, mit Cynismus wegwerfend einen solchen Völkerberuf läugnen. Ich glaube daran und würde den Stolz verlieren, meinem Volke anzugehören, wenn ich den Glauben an solche höhere Bestimmung aufgeben müßte. Das enthält nicht den Umfang unserer Aufgabe, daß wir eine Verfassung schaffen, die nur auf die engen Schranken unserer jetzigen Staatsverhältnisse berechnet ist; ein Einheits-Princip in die Verfassung aufnehmen, das uns von demjenigen, was die einheitliche Macht bedingt, losscheidet; das, während andere Nationen an Macht und Einfluß sich ausdehnen, uns verurtheilt, so lange unsere Nachbarn uns dazu Ruhe und Freiheit lassen, in stiller Zurückgezogenheit uns am Ofen zu wärmen. Welche Einheit haben wir zu erstreben? Daß wir der Bestimmung nachleben können, die uns nach dem Orient zu gesteckt ist; daß wir diejenigen Völker, die längs der Donau zur Selbstständigkeit weder Beruf, noch Anspruch haben, wie Trabanten in unser Planetensystem einfassen. Man spricht von der Berech-

tigung der Nationalitäten. Diese Berechtigung räume ich in ihrem vollen Maße ein, wo sie besteht; z. B. in Italien. Darum werden nach meiner Ueberzeugung im Gesammt-Interesse der Nation die Wirren in Italien nur die Lösung finden dürfen, daß Oesterreich aus der Lombardei scheidet. Die gesicherte Verbindung mit dem adriatischen Meere uns zu erhalten, ist die Aufgabe, die dort unserer nationalen Entwickelung gesteckt ist. Die dazu erforderliche Gränze uns zu bedingen, das müssen wir mit der ganzen Kraft unserer nationalen Einheit erstreben, und indem wir dies thun, uns darauf beschränken, treten wir der Berechtigung auf Nationalität nicht entgegen. Die Italiener mögen dann ihre Angelegenheiten ordnen, sich wie wir verbinden, und wir wollen uns dann, mit einander verbunden, zujauchzen, wenn dieser italienische Bund geschlossen sein, und mit der Garantie der Selbstständigkeit die Garantie künftiger friedlicher Beziehungen bieten wird. Ein Schleier ist geworfen über die polnischen Verhältnisse, darauf, was aus Galizien werden könne. Wir werden den Anspruch nicht erheben, Galizien in unsere nationale Entwickelung hineinziehen zu wollen. Aber jetzt ist der Augenblick nicht gekommen, es sich selbst zu überlassen; jetzt müssen wir es bei Oesterreich und in Verbindung mit Oesterreich erhalten wünschen. Durch seine selbstständige Organisation, wäre sie auch möglich bei der feindlichen Stellung, die der Bauernstand dem Adel gegenüber eingenommen hat, würde ein Heerd der Revolution in Galizien geschaffen werden, der

zu einem Kriege mit Rußland Veranlassung geben würde. Einen Krieg, wenn er als eine politische Nothwendigkeit erscheint, wollen wir führen mit der ganzen Energie unserer wiedergebornen Volkskraft. Aber wir wollen ihn nicht muthwillig heraufbeschwören. Dies würde aber geschehen, wenn gegenwärtig eine selbstständige Organisation von Galizien Statt fände. Es würden dann ähnliche Verhältnisse, nur mit gesteigertem Anlaß eintreten, als diejenigen waren, welche die Vernichtung des Freistaats Krakau zur Folge hatten. Ungarn ist im Genuß seiner verfassungsmäßigen Selbstständigkeit von Oesterreich, und was da durch die letzten Wirren von der einen und der andern Seite in Frage gestellt wurde, das wird sich im alten Geiste der Verbrüderung wieder ordnen, wenn die Magyaren nicht selbst der Berechtigung der Nationalitäten zu nahe treten. In den andern außerdeutschen Provinzen Oesterreichs besteht weder Berechtigung, noch Bedingung, noch Anspruch auf selbstständige, nationale Entwicklung. Bei dem Losreißen, namentlich der südlichen Provinzen, würde wahrscheinlich nur fremdem Einfluß, fremder Macht in die Hände gearbeitet, zu unserem eigenen, unermeßlichen Nachtheil.

Es sind zwei Fractionen, welche beide, obgleich aus verschiedenen Gründen, auf die Annahme der Paragraphen 2 und 3 dringen. Die eine Fraction will die Auflösung der österreichischen Monarchie in ihre Theile. Ich habe die Gründe entwickelt, warum ich diese Auflösung nicht will, und warum ich glaube, daß wir sie im

deutschen Interesse nicht wollen dürfen. Die Andern sagen: wir glauben nicht an diese Auflösung, sie wird nicht Statt finden, die Personal-Union genügt für das Zusammenhalten. Auch darauf ist geantwortet. Die Auflösung der Staats-Einheit ist doch wohl Auflösung an sich. Aber Oesterreich darf auch die Staats-Einheit zwischen seinen deutschen und nichtdeutschen Provinzen nicht aufheben; — wir dürfen ihm nicht die Zumuthung machen, ein Verbrechen an seinen Provinzen zu begehen, die verfassungsmäßig berechtigt sind, die ihnen durch diese Staats-Einheit gebotenen Vortheile sich erhalten zu sehen. Jeder verfassungsmäßige Staat hat die Pflicht der Selbsterhaltung. Durch eine Lösung der Staats-Einheit, gegenüber von Provinzen, die noch gar nicht darüber zur Erkenntniß gekommen sind, welche Zukunft sich für sie in Folge der Lostrennung von dem Gesammt-Bestand der Monarchie gestalten könnte, würde die österreichische Regierung sich gegen ihre ersten Verpflichtungen verfehlen. Ich glaube also, meine Herren, daß wir ein Verhältniß suchen müssen, wobei Oesterreich nicht genöthigt wird, seine deutschen von seinen nichtdeutschen Provinzen abzulösen, dennoch aber im innigsten Verband mit Deutschland erhalten wird. Die Frage steht also so: Ist es mehr im Interesse Deutschlands, daß das gesammte Deutschland sich nur so gestalte, eine so laxe Einheit eingehe, daß Oesterreich, ohne zur Trennung der Staats-Einheit seiner deutschen mit den nichtdeutschen Provinzen genöthigt zu werden, unter gleichen Verhältnissen wie die übrigen deutschen Staaten dem

Reich angehören kann? Oder ist es nicht im Gesammt-Interesse der Nation, sowohl Oesterreichs als des übrigen Deutschlands, daß wenigstens das übrige Deutschland sich fester an einander anschließe, auch wenn Oesterreich wegen seiner außerdeutschen Provinzen unter gleichen Bedingungen in diesen engsten Bund nicht eintreten kann; dabei aber nichts desto weniger ein enges Bundes-Verhältniß zwischen Oesterreich und dem übrigen Deutschland aufrecht erhalten werde? Die Begriffe von Bundesstaat für das eine, Staatenbund für das andere, sind unbestimmte; *es können auch Bundes-Verhältnisse gedacht werden, die zwischen beiden in der Mitte liegen und die Uebergänge bilden.* Was war bisher der Grund, warum in der Verbindung, welche die Bundes-Acte in Deutschland geschaffen hat, das engere Aneinanderschließen lange Zeit hindurch nicht Statt fand? Weil keine gemeinschaftlichen Interessen bestanden, weil man absichtlich diese Interessen aus einander hielt und den Particularismus in's Aeußerste trieb. Seit wann begann in Deutschland das Bedürfniß und das Bewußtsein der Einheit in erhöhetem Maße sich zu entwickeln? Von dem Augenblick an, wo gemeinschaftliche nationale *Interessen* einen großen Theil Deutschlands vereinigten, die Möglichkeit einer separaten Politik unter diesen näher verbundenen Staaten ausschlossen, von dem Beginn und der Entwickelung des Zollvereins an. Fassen wir die materiellen Interessen ins Auge, die Möglichkeit ihrer Verschmelzung zwischen dem übrigen Deutschland und Oesterreich. Auf diesem Wege

werden wir Oesterreich uns verbinden können, ohne es nöthigen zu müssen (wenn wir es könnten), seine deutschen Provinzen von den nichtdeutschen zu trennen . . . Auf diesem Wege sind Verbindungen möglich, die zwischen dem Staatenbund und dem Bundesstaate in der Mitte liegen. Aber noch einmal, sind wir denn im Stande, die Trennung Oesterreichs, nämlich seiner deutschen Provinzen von den nichtdeutschen, zu erzwingen? Und wenn wir das nicht können, dürfen wir uns Oesterreich von dem übrigen Deutschland ganz ausgeschieden, getrennt nur denken? Wir können und wollen Jenes nicht, und dürfen Dieses nicht. Was auch von anderer Seite über die Gesinnung der Oesterreicher bezüglich dieser Frage gesagt werden mag, ich glaube, die Mehrheit der Oesterreicher will die Fortdauer des staatlichen Zusammenhangs ihres Reichs. Die Oesterreicher wollen mit Deutschland sein, aber auch Oesterreich erhalten wissen. Wir aber dürfen dabei für das übrige Deutschland die so gebotene, so unerläßliche Aufgabe nicht hintansetzen, die Einheit zu begründen im Bundesstaat, während Oesterreich mit und neben uns seine Weltstellung erhalten wird. Man sagt zwar, wenn das deutsche Oesterreich mit Deutschland zum Bundesstaat vereinigt, das nichtdeutsche Oesterreich einem zweifelhaften Schicksal überlassen sein werde, dann würde das vereinigte deutsche Volk mit um so größerem Nachdruck seine Bestimmung im Osten erfüllen können. Diese Consequenz hat mir nicht einleuchten wollen. Indem wir die staatliche Verbindung lösen, die zwischen dem deutschen und dem

nichtdeutschen besteht, werden neue Bande mit dem verbündeten Deutschland so bald nicht geschlossen sein. Die innigen Beziehungen, die seit Jahrhunderten zwischen den österreichischen Provinzen und zwischen der Dynastie und den außerdeutschen Provinzen bestehen, werden, einmal zerrissen, so bald durch neue nicht ersetzt. Einer Gesammt-Regierung Deutschlands, der entfernteren Reichs-Gewalt, würden die Mittel nicht zu Gebote stehen, in gleich wohlthätiger Weise zu wirken, Einfluß zu üben, wie dies der österreichischen Regierung durch den wahren Zusammenhang und die Gewohnheit gesichert ist. Jahrzehende würden vergehen, bis die Reichs-Gewalt diese Erbschaft unter so veränderten Verhältnissen sich aneignen könnte, und so lange Zeit werden wir den jetzt durch Oesterreichs Weltstellung vermittelten Einfluß im Osten nicht missen können. Die orientalische Frage, auf deren Lösung jene Weltstellung Oesterreichs und mittels Oesterreichs Deutschland von so großem Einfluß sein kann und sein muß, steht nur augenblicklich im Hintergrunde. Sie wird alsbald wieder in den Vordergrund treten, wie die innern Staatsverhältnisse der europäischen Mächte mehr wieder geordnet sein werden. Deutschland wird dann nicht stärker sein, wenn es die deutschen Provinzen Oesterreichs sich zwar näher verbündet, von den nichtdeutschen aber und von deren vielfachen Beziehungen zu den Süd-Donau-Ländern getrennt haben wird. Stark aber und mächtig werden wir bei der Lösung dieser Frage auftreten können, wenn Oesterreich, von Italien losgelöset, nur mehr eine Politik mit Deutschland hat,

die politischen Interessen geeinigt sind. Man hat gesagt, und zwar von dieser (der rechten) Seite, Deutschland müsse eine National-Politik befolgen, darum sich von der österreichischen, von Oesterreich selbst lossagen, wenn dieses mit seinen deutschen Provinzen sich nicht von den nichtdeutschen trennen wolle. Ich frage dagegen: welche National-Politik kann Deutschland haben, wenn es nicht in die Mission Oesterreichs eintritt, die Verbreitung deutscher Cultur, Sprache und Sitten längs der Donau bis an das schwarze Meer in die durch so verschiedene Völkerschaften dünn bewohnten und doch so hoffnungsreichen Länder hinein, deren ganze Civilisation sich an die deutsche anzulehnen schon gewohnt ist, die sich nach deutschösterreichischem Schutz und vermehrtem Einfluß sehnen und deutscher Betriebsamkeit einen reichen Markt öffnen würden? Und welche Aussicht bietet sich dazu nicht dar, wenn hinter der österreichischen Gesammtmacht, welche zunächst berufen ist, den mächtigen Impuls zu geben, das übrige geeinigte Deutschland steht und wie ein Keil drängt mit seinen Interessen, wie mit seiner Kraft! Die Auswanderer, die jetzt nach Westen gehen, sie werden dorthin sich wenden. Auch dort wird Freiheit sein. Warum sollte nicht der Auswanderungslustige lieber, als in dem fernen America, an den Gestaden der nahen Donau seine Wohnung aufschlagen, Arbeit und Capital nutzbar machen unter befreundeten, seit Jahrhunderten mit deutscher Sitte und Sprache vertrauten Volksstämmen, so wie die Wege angebahnt, der Erwerb freien Eigenthums erleichtert, und deutscher Schutz, Fort-

schritt und Einfluß gesichert ist? — Wie viel rascher wird dann deutsche Gesittung sich verbreiten, und dazu beitragen, daß wir denjenigen Rang einnehmen und behaupten können, der uns in der Gesellschaft der europäischen Nationen gebührt! Treten wir vor der Mission zurück, deutsche Gesittung längs der Donau zu tragen, — und das thun wir, wenn wir die staatlichen Beziehungen des deutschen Oesterreichs zu den östlichen Donau-Ländern untergraben, oder gar die Furcht hegen, in Oesterreich könne bei dem Fortbestand der Einheit der Monarchie das slawische Element über das deutsche die Oberhand gewinnen, — nehmen wir diese Mission nicht im Bunde mit Oesterreich für Deutschland an, so nehmen sie Andere an; wenn wir nicht unsern Einfluß längs der Donau verstärken, der der Russen ist bekanntlich organisirt; und sie werden uns den Rang abgelaufen haben, bis wir zur Besinnung gekommen sind, ob wir Oesterreich die Freiheit lassen wollen, seine bisherigen staatlichen und nachbarlichen Beziehungen zu den Donau-Ländern sich zu erhalten und zu cultiviren. — Von solchen Ansichten ausgehend, bin ich nicht für ein Hinausschieben der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und dem übrigen Deutschland. Ich glaube, daß wir die Frage sofort zur Entscheidung bringen und anerkennen müssen, daß Oesterreich in den engeren Bundesstaat, den das übrige Deutschland will, vorerst nicht eintreten könne, einestheils, weil die Mehrheit der Oesterreicher die Bedingung dieses Eintritts in den engeren Bundesstaat, die staatliche Trennung der deutschen Provinzen von den

nichtdeutschen, nicht will; anderentheils, weil diese Trennung und die Auflösung der österreichischen Monarchie und das Aufgeben ihres weltgeschichtlichen, nur im engsten Bunde mit Deutschland zu erfüllenden Berufes eben so wenig im deutschen National-Interesse liegt. Ich habe daher einen, dieser Ansicht entsprechenden Antrag formulirt:

„„Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschlande in dem beständigen und unauflöslichen Bunde.

„„Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältniß, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besonderen Bundes-Acte.““

Man hat die Frage von der künftigen Stellung Oesterreichs in und zu Deutschland in Verbindung gesetzt mit derjenigen von dem zukünftigen Oberhaupte, von dem Inhaber der künftigen Reichs-Gewalt. Ich bin der Meinung, daß an die Spitze des Bundesstaates ein einheitliches Oberhaupt gehört. Für die Gesammtleitung Deutschlands aber, Oesterreich einbegriffen, wird eine weitere Einrichtung geschaffen werden müssen, und es würde dies allerdings eine sehr wichtige und schwierige Frage sein, die ihre Lösung von der Zukunft erwartet. Wir würden einen Organismus schaffen müssen, wonach eine centrale Leitung der gemeinsamen Interessen des ganzen Deutschlands unter Mitwirkung seiner vereinigten Vertreter Statt hätte. — Je enger Oesterreich mit dem übrigen Deutschland verbun-

den werden kann, ohne daß die staatliche Einheit seiner Provinzen dadurch aufgehoben, vielmehr Raum gelassen wird dafür, daß auch die nichtdeutschen Provinzen Oesterreichs zu Deutschland in ein näheres Bundesverhältniß treten können, um so vollkommener wird unsere Aufgabe gelöſ't sein. Der Bundesstaat bleibt unser Ziel; dafür sind Uebergänge nöthig. Wir können sie nicht umgehen, ohne zu zerreißen, ohne das Gegentheil von dem zu thun, was wir sollen: die Einheit der Interessen zu schaffen, für welche die Einheitsformel in der Verfassung nur der entsprechende Ausdruck sein darf, das Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Da wir solche Einheit zu schaffen berufen sind, hüten wir uns, daß wir zu enge Formeln wählen, die natio-len Interessen in eine Zwangsjacke drängen gegen ihre Natur; thun wir vielmehr das Thor weit auf, daß der Eintritt nicht erschwert sei in die deutsche Familie und in ihr großes gastliches Haus."

Gagern's Gründe fanden, wie oben gesagt worden, bei der Versammlung kein Gehör; er blieb zum ersten Male in der Minorität, und die Paragraphen wurden angenommen.

Mit welcher eitlen Vermessenheit ein solcher souverainer Beschluß des Parlaments über die Auflösung Oesterreichs gefaßt worden, sollte nur zu bald ans Licht treten. Der düstere und verhängnißvolle November war gekommen. Die Kaiserstadt war von den Feuerschlünden des Fürsten von Windischgrätz, von den Rothmänteln des Banus von Croatien bezwungen, und die Farben Deutschlands wurden

vom höchsten und schönsten Puncte, den sie erobert, vom Thurme des St. Stephansdomes, niedergerissen. Preußen richtete sich rasch nach dem Beispiele Oesterreichs. Hatte die Regierung dieses Landes den Sommer hindurch die Hauptstadt der wüstesten Demagogie zum Tummelplatze überlassen, so erhob dieselbe sich jetzt plötzlich aus verstellter oder wirklicher Ohnmacht, und zu den bekannten „rettenden Thaten" fand sich nun ein Ministerium, welches durch die Haltung Preußens seit jenen Tagen nur zu gut den allgemeinen Widerwillen gerechtfertigt hat, den das Land bei seinem Namen empfand.

Für die Frankfurter Versammlung war der Wendepunct gekommen, an welchem sie sich für Rechts oder Links entscheiden mußte; an den Tagen des 6. November, an welchem H. Simon den Antrag einbrachte, ein Reichsheer gegen Oesterreich aufzustellen, des 14. November, an welchem die stürmische Debatte über die Lage Preußens Statt fand, handelte es sich um den Sieg oder Untergang der zwei großen politischen Principien in Deutschland. Die Versammlung entschied sich für halbe Maßregeln. Sie erließ Erklärungen, das Reichs-Ministerium sandte Reichs-Commissare ab. Die einen blieben so wirkungslos, wie die anderen ungehört. In Folge davon herrscht aufs Neue in Deutschland das Bayonnet statt des Gedankens der Nation.

Was that Heinrich von Gagern in diesen Tagen? Weßhalb stand er nicht am Ruder und lenkte die erhitzten, rathlosen Gemüther, die ihm so oft gefolgt, in die

rechte Bahn? Weßhalb unterstützte er nicht die linke Seite des Hauses, und stürzte ein Ministerium, welches ohnehin das Vertrauen des Volkes zu verlieren begann? Konnte Heinrich von Gagern zulassen, daß Deutschlands Schicksal halben Maßregeln anvertraut blieb?

Gagern hätte allerdings das Reichs-Ministerium übernehmen können: man hoffte es und sprach vielfach die Erwartung aus. Aber mit der Gewalt betraut, würde er schwerlich etwas Anderes haben thun können, als Schmerling that.

Unsere ganze Revolution von 1848 war eine halbe. Halb siegten die Volksmassen, die im März vor die Schlösser der Herrscher zogen, halb gaben die Fürsten freiwillig nach. Man wollte die Einheit; aber statt dies Ei des Columbus einfach einzuschlagen, wollte man es ganz bewahren; von den vierunddreißig Fürsten sollte kein einziger dem Volke abhanden kommen: man wollte die Einheit mit 38 Theilen. Diese Halbheit zeigte sich am schlagendsten, als der erste Minister der Revolution in Berlin die Thatsache der Revolution nicht anerkennen wollte!

Selbst die, welche die Revolution gemacht hatten, waren bereits in zwei Theile zerfallen: die Bourgeoisie verließ den Kampfplatz, weil sie sich ihrer Bundesgenossen schämte, weil sie die Anarchie und die Massen fürchtete, weil sie die Interessen höher anschlug als die Principien, die Ruhe höher als die Einheit Deutschlands. Die Emeute in Frankfurt, die Herrschaft des Pöbels in Berlin hatte

das Heer der Revolution in Deutschland um drei Viertel seiner Köpfe und Arme geschwächt.

Unter solchen Verhältnissen konnte eine Reichs-Versammlung, die auf dem unsicheren Boden einer halben Revolution stand, sich zu nichts Höherem aufschwingen, als zu halben Maßregeln. Hätte Gagern mit Entschlossenheit durchgreifende Schritte versucht, so hätte er die Mittel der Ausführung bei Bundesgenossen suchen müssen, welche er nicht anerkennen konnte, und deren Hervortreten die große Mehrzahl der Nation entweder in das feindliche Lager getrieben haben, oder zu theilnahmlosen Zuschauern gemacht haben würde.

Und wem wäre der Sieg geblieben? Den Armeecorps der kleinen Staaten, den mobilen Bürgerwehren, den Turnerscharen des Reichs-Ministers? Nein — den preußischen Bayonnetten.

Das mindest unglückliche Resultat eines Kampfes der National-Versammlung mit der Krone von Oesterreich und Preußen würde ein Zerfallen des deutschen Südens mit dem preußischen Nordosten gewesen sein!

Die Thatsachen geboten es: die Reichs-Versammlung mußte den Weg der Mäßigung, der Klugheit gehen — sie durfte den ungleichen Kampf nicht beginnen, der mit ihrer Niederlage, mit ihrer Auflösung geendet und Deutschlands Hoffnungen vollständig zerstört haben würde.

Und dann, das, was zunächst vorlag, der Kampf der Demagogie in Berlin, welche das constitutionelle Princip auf's abentheuerlichste überspannt hatte, diese Steuerver-

weigerung, diese Beschlüsse der vertagten Kammer, waren sie wirklich berechtigt? Stand das preußische Volk hinter dieser sogenannten „National-Versammlung"? Wohl schwerlich! Gagern erklärte in einer Berathung des Reichs-Ministeriums, zu welcher er gezogen worden, daß er die ganze Bewegung für eine hohle, ungefährliche, halte. Das Land sei aus Furcht vor bloßen Namen einen Augenblick der Demokratie in die Arme getrieben und werde rasch umkehren. Eine solche Bewegung verdiene nicht, daß das große Werk der deutschen Reichs-Versammlung ihretwegen durch übermäßige Betheiligung an den Wirren eines Einzelstaates auf's Spiel gesetzt werde.

Gagern hegte die Ueberzeugung, daß eine eigentliche Reaction nicht von der preußischen Regierung beabsichtigt werde. Doch mochte es ihn drängen, seinen persönlichen Einfluß in Berlin zur Schlichtung der Wirren aufzuwenden, wenn er auch sich schwerlich berufen fühlte, dort ein Ministerium zu bilden, wie es im Reichs-Ministerrath, ja in der Umgebung des Königs (?) zur Sprache gekommen sein soll. Er eilte in den letzten Tagen des Novembers nach Berlin. In Potsdam sprach er den König. Der Inhalt der Unterredung beider Männer ist nicht bekannt geworden. Dem Vertrauen Gagern's wird man in Berlin mit der Nahrung liberalster Aeußerungen entgegen gekommen sein. Mit freisinnigen Betheuerungen und liberalen Glaubens-Bekenntnissen waren seit je die Cabinette preußischer Staatsmänner gepflastert. Schwerlich blieb die Berührung der Oberhaupts-Frage von der Unterredung mit dem

Könige ausgeschlossen. Welche Gelegenheit, dem Führer der Erbkaiser-Partei ein offenes Wort zu sagen! Dies Wort ist nicht gesprochen worden. Gagern reis'te, nachdem er noch in Brandenburg Augenzeuge vom vergeblichen Versuche, die vertagten Kammer-Verhandlungen fortzusetzen gewesen, heim, unzufrieden, daß ihm in keiner Beziehung eine klare und bestimmte Zusicherung, kein einziger Anhaltspunct für die Entschlüsse und Absichten Preußens gegeben worden, nach Frankfurt.

XI.

Der Umschwung der Dinge in Oesterreich nach der Besiegung der wiener October-Revolution machte es übrigens immer dringender nöthig, daß das Verhältniß Deutschlands zu diesem Reiche eine feste Bestimmung und Richtung erhalte. An der Spitze des Reichs-Ministeriums stand ein Oesterreicher, Hr. von Schmerling. Dieser Mann, der sich den Ruhm einer großen Energie während seiner Verwaltung und besonders in den Septembertagen erworben hat, entwickelte nach und nach die Eigenschaften eines Charakters, welchem Deutschland die Lösung einer Aufgabe dieser Art nicht vertrauen konnte. Man fand es auch passender, wenn der Ordnung jener Verhältnisse im Namen Deutschlands ein Mann sich unterziehe, welcher nicht Oesterreich angehöre; deßhalb nahm von Schmerling seine Demission, und der Reichsverweser bewog H. von Gagern, an die Spitze seines Ministeriums zu treten. Gagern verließ seinen Sitz als Präsident der Versammlung und trat mit

dem Minister-Portefeuille vor sie; aber auch mit einer offenen Darlegung seiner Politik. Er verlangte in der Sitzung vom 18. December von dem Reichstag die Ermächtigung, durch Gesandte mit der österreichischen Regierung über die Art des Anschlusses des Kaiserstaats an Deutschland verhandeln und die Unions-Acte verabreden lassen zu dürfen, wodurch die Bedingungen eines unauflöslichen Bundes mit Oesterreich festgesetzt würden*). Das Betragen Oesterreichs hatte ja aufs unzweideutigste ausgesprochen, daß es der Einheitsbewegung Deutschlands entschieden feindlich gesinnt sei. Es hatte den Beschlüssen der Frankfurter National-Versammlung alle Anerkennung versagt. Es war, während Deutschland mit Dänemark Krieg führte, im freundlichsten Einvernehmen mit diesem Reiche geblieben. Es hatte einen der Abgeordneten zur National-Versammlung ohne Weiteres todt schießen lassen. Es hatte sich geweigert, seinen Antheil an der für den Flottenbau bewilligten Summe zu zahlen; und mehr als alles das — das Ministerium Stadion-Schwarzenberg hatte beim Antritt seines Amtes in seinem Programm rund heraus erklärt, daß es sich in den deutschen Bundesstaat, wie das deutsche Volk ihn verstand, wie man in Frankfurt ihn aufbaute, nicht einlassen könne: das Organ des souverainen Volkswillens aber, der österreichische Reichstag in Krem-

*) Siehe den Wortlaut des Gagern'schen Programm's im Anhang.

sier, hatte dieses Programm gebilligt. Dazu kam noch, daß es nicht unbekannt blieb, wie der Hauptvertreter des österreichischen Interesses, der Reichs-Minister Schmerling, Intriguen spann, um auch die preußische Regierung zu einer abstoßenden Haltung gegen Frankfurt zu verführen. Selbst Schmerling's persönliches Betragen und sein officieller Ton gegen Camphausen, den preußischen Bevollmächtigten, war darauf berechnet, diesen der Central-Gewalt feindlich zu stimmen und durch ihn Preußen in dieselben Pfade des Widerstandes wider die deutsche Bewegung zu drängen, die Oesterreich eingeschlagen hatte.

Gagern nahm an, daß diesen und hundert andern eben so laut redenden Thatsachen gegenüber die Frühlingsschwärmerei, welche den Traum eines großen, 70 Millionen Einwohner umfassenden mitteleuropäischen Weltreichs träumte, kälteren und besonneneren Betrachtungen gewichen sei; er nahm an, daß die Unmöglichkeit, aus Oesterreich den deutschen Bestandtheil herauszureißen und dem deutschen centralisirten Staate einzuverleiben, jetzt den Augen aller klar geworden, welche sich nicht eigensinnig der beredten Sprache der Thatsachen verschlossen. Aber dennoch rief sein Verlangen officieller Anerkennung dessen, was jedermann, der offene Sinne hatte, sehen mußte, eine furchtbare Opposition in der Paulskirche hervor, zu welcher sich die entgegengesetztesten Parteien coalisirten.

Die patriotischen Schwärmer riefen: Wir haben die Aufgabe, die Einheit des ganzen Deutschlands herzustellen, nicht den schönsten Theil des Vaterlandes davon aus-

zuschließen — als ob sich nicht Oesterreich selber ausgeschlossen hätte, und es die Aufgabe des Parlaments hätte sein können, eine Unmöglichkeit zu Stande zu bringen! Die Süddeutschen erhoben sich mit ihren Sympathieen für Oesterreich und priesen die Vortheile für ihre Industrie und ihren Verkehr, welche sie in der Einheit mit Oesterreich sahen — als ob der neue Reichs-Minister eine feindliche Trennung von Oesterreich wolle und nicht das engste Bundes-Verhältniß, mit Zollverein und gemeinsamer Vertretung der Handelsanliegen, mit diesem Reiche durch seine Gesandten zu schließen beabsichtigte! Die Linke erhob sich und warf dem Minister ein: Wenn Oesterreich sich der Reichs-Verfassung, wie wir sie beschließen, nicht fügen will, so erobert es, statt seinen Sondergeist amtlich anzuerkennen — als ob die schwache Central-Gewalt dazu die Kraft gehabt hätte! Die Katholiken vor Allen waren am gereiztesten. Diese Partei steht in Deutschland eigentlich noch immer auf dem Standpunct, den sie im Jahre 1618 beim Beginne des dreißigjährigen Krieges einnahm. Sie sah in dem Reiche, das ohne die katholische Weltmacht Oesterreich gebildet werden sollte, in dem protestantischen Kaiserthum Preußen, wohl keine Niederlage, aber das Entgehen eines großen Sieges, den sie gehofft, voraus. Sie widersetzte sich in der thörichten Erwartung, sobald Oesterreich seine Slawen nicht mehr zu schonen brauche, deren Freundschaft ihm während der Empörung Ungarns nöthig sei, werde es sich mit voller Hingabe Deutschland zuwenden und die deutsche Krone begehren! Am widerspruchvollsten war das

Betragen der österreichischen Abgeordneten. Die conservative Mehrheit derselben, unter dem Vorgang des Exministers von Schmerling, unterwarf sich einerseits ihrer Regierung und dem Programme des Ministeriums Schwarzenberg-Stadion; sie unterwarf sich später auch der octroyirten österreichischen Verfassung, welche gar kein Verhältniß zu Deutschland anerkannte: und dennoch erhob sie sich wider die einfache Consequenz des Programms von Kremsier, das Programm Gagern's, und gesellte sich zu den Gegnern desselben von der Linken. Ihre Absicht war, aus dem neuen deutschen Bundesstaat ein so loses Gewebe zu machen, daß Oesterreich, wenn seine jetzige Krisis vorüber, hineintreten und alle möglichen Rechte darauf geltend machen könne. Diese eigensüchtige Politik des Hrn. von Schmerling und seiner Oesterreicher hat in Deutschland einen großen Unwillen wider dieselben hervorgerufen, eine Stimmung, die sich zur Erbitterung steigerte, als später die österreichischen Abgeordneten eine noch größere Treulosigkeit begingen. Denn als trotz ihnen das Frankfurter Parlament die Verfassung ausbauete, wie das deutsche Volk es erwartete und wollte — d. h. ohne den Willensäußerungen des österreichischen, jeder volksthümlichen Entwickelung feindlichen Ministeriums Rechnung zu tragen —, verbanden sich die österreichischen Abgeordneten bei einzelnen Fragen mit der Linken, um möglichst viel unausführbare und verwerfliche Paragraphen, welche den ganzen Bau von vorn herein zerstören mußten, in die Reichs-Verfassung zu bringen. Aber trotz dieser, aus so ver-

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

schiedenartigen Bestandtheilen gemischten Opposition, welche eine bedeutende moralische Verstärkung durch eine österreichische, vom 28. Dec. datirte Ministerial-Note erhielt, worin Schwarzenberg nun plötzlich in vagen Ausdrücken erklärte, daß man sein Programm unrichtig verstanden habe, daß Oesterreich aus den neuen deutschen Verhältnissen nicht ausscheiden wolle und sein durch so viele Jahrhunderte geheiligtes Anrecht auf Deutschland nicht aufgebe, — trotz allem dem erhielt dennoch das Programm des neuen Reichs-Minister-Präsidenten die Billigung der Versammlung in der Paulskirche. An dem dreitägigen stürmischen Kampfe, bei welchem die bedeutendsten Rednerkräfte des Parlaments sich mit einander maßen, nahm der Minister-Präsident zwei Mal von der Tribune aus Theil. Er sagte in der ersten seiner Reden:

„Die Revolution, welche die National-Versammlung in die Paulskirche gerufen hat, um hier im Namen des Volkes eine Verfassung für Deutschland zu begründen, sie ist wesentlich veranlaßt worden durch das niederdrückende Gefühl, daß dem deutschen Volk die Rolle in Europa vorenthalten sei, die ihm in der Familie der Nationen gebührt. Ihre Aufgabe war, eine Verfassung zu finden, die der Nation die gebührende Stelle in der europäischen Völkerfamilie sichert. Das Bedürfniß der Nation nach einer Kräftigung, die durch die Einheit bedingt ist, das war die nächste Veranlassung der Revolution. Es liegt in der Natur der Sache, daß von diesem Bedürfniß die Bevölkerungen derjenigen deutschen Staaten am meisten ergrif-

fen sein mußten, die das Bewußtsein der staatlichen und nationalen Selbstständigkeit am meisten entbehrt haben. — Eben so natürlich war es, daß dieser Drang nach Einheit in den Staaten sich minder geltend machte, die eines höheren Selbstbewußtseins sich erfreuten, die ein wirkliches Staatsleben hatten, wenn auch kein so vollkommenes, wie es aus dem Begriffe einer einheitlichen Nation entspringt. Ich darf aber behaupten, daß in dieser ganzen Einleitungs-Periode zu unserer Revolution von diesem Wunsche, von dieser Sehnsucht nach Einheit, welche das übrige Deutschland erfüllte, Oesterreich, auch das deutsche Oesterreich, weniger ergriffen war. — — Nenne man die künftige Verfassungsform Deutschlands, wie man wolle, das Bedürfniß für Deutschland ist, daß eine Gesammt-Regierung, die durch die Vertretung der Nation berathen und überwacht ist, die Geschicke der Nation leite, die nationalen, nothwendig einheitlichen Interessen verwalte. Das ist das unbestreitbare Bedürfniß, eine Verfassung zu schaffen, durch welche diesem Bedürfnisse entsprochen wird. Darin habe ich unsere Aufgabe erkannt. Niemand wohl hat sich darüber getäuscht, daß es nicht leicht sei, eine Nation, die seit Jahrhunderten zerrissen ist, zur Einigung zu bringen. Die Schwierigkeit lag also zunächst in dem Selbstgefühl der größeren deutschen Stämme, die zwar in das Verlangen nach nationalem Zusammenhang einstimmen, darüber jedoch sich noch nicht klar geworden sind, welche Opfer zu bringen sind, um dem Nationalgefühle einen praktischen Ausdruck in der Staats-Verfassung zu verschaffen. Denen be-

sonders muß das Opfer am meisten kosten, deren Geschichte eine fortgesetzte und wirkliche ist; die stolz sein können auf diese ihre Sondergeschichte, die selbst sich sagen konnten, daß sie eine erkennbare Aufgabe für ihr Sonderleben hatten, die sie selbstständig erfüllen konnten. Diese Ansicht war oder schien mir auch vorherrschend in Oesterreich.

„Ich bin in Oesterreich nicht so bekannt, daß ich darüber urtheilen könnte, ob die Ansichten, die früher als die herrschenden dort betrachtet wurden, plötzlich sich umgewandelt haben können; aber gewiß ist, daß, seitdem die Idee der Wiedervereinigung Deutschlands erwachte, Oesterreich seinen Sondergang neben Deutschland hergegangen ist. Ich will nicht sagen, daß es zur Zeit des Wiener Congresses in der Macht Oesterreichs gestanden habe, die große Rolle in Deutschland, die früher seinem Herrscherhause beschieden war, wieder aufzunehmen; vielleicht war die Schwierigkeit zu groß. Indem aber die Staatsmänner Oesterreichs den Kaiser auf solche Ansprüche damals verzichten ließen, ist die Schwierigkeit, darauf zurückzukommen, eine unermeßliche geworden. Schon vor dem Wiener Congreß wurde das Bedürfniß Oesterreichs ausgesprochen, daß sich seine Haupttheile enger an einander schließen müßten zu einem geschlossenen Ganzen. Oesterreich gab seine deutschen Besitzungen, die deutschen Vorlande, auf; es stützte sich die österreichische Politik weniger mehr auf Deutschland; es suchte nur seinen Einfluß in Deutschland zu erhalten; seine Zwecke und Bestrebungen waren nach Osten gerichtet, wesentlich aber nach Italien, wo

es Ersatz suchte. Das ist Oesterreichs Geschichte der letzten Jahre. Welchen Umschwung sie erlitten, darüber haben wir erst Erfahrungen noch zu machen. Die Ansicht, daß Oesterreich diese seine besondere Stellung sich erhalten und seinen besondern Staatszweck ferner verfolgen wolle, diese Ansicht wirkte auf Deutschland zurück, und bei der unlösbaren Schwierigkeit, Deutschland zu einigen und gleichzeitig die staatlichen gesonderten Existenzen mit ihren eigenthümlichen Tendenzen, die doch nicht überwältigt werden konnten, fortbestehen zu lassen, ergab sich als die mögliche Lösung des unvereinbaren Dualismus Oesterreichs und Preußens, daß derjenige dieser Staaten, Oesterreich nämlich, der seiner Natur und neueren Geschichte nach die selbstständigste Sonderstellung und Sonderexistenz hatte und ansprach, neben dem übrigen Deutschland, aber im engsten Vereine mit ihm, diese Stellung sich erhalte."

Gagern wies dann im Verfolg seiner Rede nach, wie das Programm von Kremsier durch die nachträgliche Note vom 28. December nicht wesentlich modificirt sei, wie auch die öffentliche Meinung Oesterreichs daran festhalte, und wie ein widerstreitender Beschluß des Parlaments sehr wenig an den *Thatsachen* werde *ändern können*. Er fuhr in Beziehung darauf fort:

„Meine Herren, ich berühre hier eine Frage, die von mir offen besprochen werden soll, um so mehr, da ich durchaus nicht in der Lage bin, irgend etwas von dem zurücknehmen zu müssen, was ich früher geäußert habe. Ich habe es stets als die Bedingung der Macht und des Einflusses

der National-Versammlung erachtet, daß nicht Machtsprüche rücksichtslos erlassen werden, sondern daß die Beschlüsse der National-Versammlung solche seien, die der unzweifelhaften Unterstützung der öffentlichen Meinung sich zu erfreuen haben. Haben die Beschlüsse der National-Versammlung sich dieser Zustimmung der öffentlichen Meinung zu erfreuen, dann zweifeln Sie nicht, die Nation besitzt die Energie, diesen Beschlüssen ihre Wirksamkeit zu sichern. Es ist keine Drohung, was ich ausspreche, es ist meine Ansicht von dem natürlichen Verlauf der Dinge in der Zeit und unter den Verhältnissen, in denen wir leben. Wenn auch Hindernisse bestehen, die wir nicht gerade zur Seite stoßen können, sondern mit Schonung und Ueberlegung würdigen müssen, das größere Uebel durch das kleinere zu vermeiden, so ist das ein Weg der Vereinbarung, den ich mir gefallen lasse. Dabei nehme ich nichts zurück von dem, was ich über den Beruf dieser Versammlung und über die Macht der Nation gesagt habe. Was wir Souverainetät nennen, ist für mich nicht bloß ein Rechtsbegriff, sondern auch ein Machtbegriff; und gerade weil häufig die Macht bei dem Rechtsbegriff fehlte, hat dann die Souverainetät den Inhaber gewechselt und ist übergegangen an die Macht der Nation, die, unwiderstehlich in dem Bewußtsein des Rechts, gerechtem Wollen Geltung verschaffen wird.

„Aber wenn das der wahre Sinn der Souverainetät ist, so heißt das nicht, daß wir hier rücksichtslos beschließen dürfen, sondern daß wir denjenigen Anforderungen Rechnung

tragen müssen, die den Zweck nicht vereiteln, sondern die Erfüllung erleichtern und sichern. Es gibt Schwierigkeiten, die man friedlich zu lösen suchen muß, so lange irgend Hoffnung zur Lösung bleibt, und ehe man zum Aeußersten greift. Bürgerkrieg wollen wir nicht. Haben wir uns mit den mächtigsten aller deutschen Staaten verständigt, dann werden die minder mächtigen geneigter sein, sich zu fügen. Oesterreich muß also gefragt werden über das Verhältniß, in welches es zu Deutschland treten will; ich kann nicht voraussetzen, daß es Jemand in den Sinn kommen könnte, Oesterreich müsse gegen seinen Willen in ein bestimmtes Verhältniß zu Deutschland gezwungen werden!"

Der Minister-Präsident schloß mit den Worten:

„Es ist mein Vorgefühl, daß es sich bei der bevorstehenden Abstimmung mehr als je in diesem Hause um die nächste Zukunft des Vaterlandes handelt. Wohl möchte ich das ganze Vaterland zusammengefaßt unter einer Verfassung, unter einer einheitlichen Bundes-Regierung, aber die Möglichkeit sehe ich jetzt nicht vor. Darum glaube ich nicht minder mein Vaterland zu lieben, wenn ich Ihnen vorschlage, wenn ich Sie bitte, ins Auge zu fassen, was zum Heile des Vaterlandes zu erreichen möglich ist!"

XII.

Die Rede Gagern's wurde mit einem Sturm von Beifall aufgenommen. Am dritten Tage der Debatte bestieg er noch einmal die Tribune, um, was er früher noch nicht ins Auge gefaßt, die Möglichkeit eines Eintrittes des

ganzen Oesterreich in den deutschen Bundesstaat zu widerlegen. Er zeigte, wie dadurch die Freiheit des deutschen Volkes untergehen werde, da vorher, vor dem Eintritte der Croaten und Seressaner in den deutschen Bundesstaat, das Volkshaus beseitigt werden müsse; er sprach zugleich nachdrücklich gegen den Vorschlag einer zweiköpfigen Gewalt an der Spitze Deutschlands. Aber so schlagend die Gründe auch sind, welche bei dieser und bei anderen Gelegenheiten von ihm entwickelt wurden, um das Verzichten auf den Eintritt Oesterreichs in unseren Bundesstaat zu rechtfertigen, so haben wir doch die Entwickelung einer Seite des Verhältnisses beider Länder zu einander vermißt, welche uns eben so wichtig und entscheidend scheint wie alles früher Vorgebrachte. Die politischen Hemmnisse, welche sich einer Verschmelzung der beiden Bruderreiche widersetzen, können durch die Ereignisse einer Nacht über den Haufen gestoßen werden. Ein endlicher Sieg der Magyaren, eine unerträgliche Anmaßung der Russen, eine Intervention Frankreichs zu Gunsten Italiens kann die österreichische Regierung zwingen, sich rückhaltlos an Deutschland anzuschließen. Eine neue Revolution in Wien kann alles umstoßen, was die Staatsmänner von Olmütz ersonnen und gesponnen haben. Aber was nicht von den Ereignissen eines Tages umgestoßen werden kann, was sich der augenblicklichen Verschmelzung Oesterreichs und des deutschen Westreiches entschieden widersetzt, das ist ein Umstand, der wohl deßhalb nicht in der Paulskirche hervorgehoben wurde, weil er auf der Tribune einer demokrati-

schen, zum Theile aus Ideologen und sehr schwärmerischen Köpfen bestehenden politischen Versammlung weniger Eindruck gemacht als Widerspruch erregt haben würde.

Als man die deutsche Einheit zu gründen begann, mußte man sich fragen, ob die politischen Formen, welche man schaffen wolle, nicht etwa nur bloße mechanische und willkürliche Formen sein würden, und ob ihnen auch die Wesenheit des deutschen Lebens und Volksgeistes entspreche; ob hinter der Einheit der neuzuschaffenden Regierung auch die Einheit der Ideen und der Sitten in Deutschland stände. Ohne diese Einheit wäre die neue Verfassung ein babylonischer Thurmbau, eine Schrift auf die Oberfläche des Wassers gewesen.

Man konnte diese Frage mit einem entschiedenen Ja! beantworten. Die Einheit der Ideen und der Sitten ist in Deutschland heute unendlich größer, als sie es in Frankreich während des unitarischen Verschmelzungs-Processes war, den Ludwig XI., Richelieu und Ludwig XIV. leiteten. Die Literatur, die periodische Presse, die Eisenbahnen haben die Deutschen so sehr zu einem Volke derselben Idee gemacht, daß der unendlich größeren Mehrzahl die absonderungssüchtigen Anmaßungen einzelner Kreise nur noch als unhaltbares Vorurtheil ohne politische Berechtigung erscheint; als ein Vorurtheil, welches leicht über ein Decennium schon den Söhnen derselben Männer, welche sich jetzt mit Wuth wider die deutsche Einheit sträuben, als eine Lächerlichkeit zum Gegenstande des Spottes dient. Wie sehr die politischen Ideen in Deutschland im großen Ganzen die-

selben sind, das haben am besten die Märztage von 1848 bewiesen, wo der durch das ganze Reich gehende Adressen-Sturm überall dieselben Forderungen an die Throne richtete. Mögen gewisse Verschiedenheiten zwischen dem Nordosten und dem Südwesten nicht zu läugnen sein, so ist doch gewiß, daß die constitutionelle Partei in Deutschland, die gebildeten Bürger, die Mittelclasse, von der Eider bis zum Bodensee dasselbe wollen, und eben so, daß die Demokraten von Königsberg bis Köln ganz dieselben Tendenzen verfolgen. Die größte Verschiedenheit der Auffassungen mag unter der Aristokratie und der roth-monarchischen Partei herrschen; denn sicherlich besitzt die Aristokratie im Südwesten eine hochherzigere und freisinnigere Auffassung, als die überaus verkommene reactionäre Partei im Nordosten, in Pommern, Preußen und der Mark, deren Ansichten sich bis in die tiefste politische Verblendung und Unwissenheit verirren.

Was die Sitten betrifft, so ist die Einheit derselben ebenfalls vollkommen groß und durchgreifend genug, um sich einer politischen Einheit schmiegen zu können, ohne daß sich die einzelnen Stämme durch die gegenseitige Berührung verletzt, in dem engeren Zusammengerücktsein behindert und unbehaglich fühlen würden. Die Particularisten und die Ausländer, welche sich unserer Zersplitterung freuen, lieben es, die Verschiedenheit der deutschen Stämme weit größer darzustellen, als sie wirklich ist. Die Deutschen sind in ihren Sitten nicht so verschieden wie die Engländer, Schotten und Iren; sie sind nicht verschiedener als die Proven-

çalen und die Picarden. Wie die materiellen Interessen Deutschlands sich einer und derselben Politik unterwerfen können, beweis't der Umstand, daß sich der Süden und der Norden längst freiwillig zum Zollvereine verbunden haben. Daß ihre größten Verschiedenheiten endlich dem centralisirten Einheitsstaate nicht widerstreben, das beweis't handgreiflich Preußen, in welchem der Pommer und der Rheinländer friedlich zusammenleben. Es ist wahr, daß ein großer confessioneller Riß durch das ganze Deutschland geht, der auch auf die Sitten einen trennenden Einfluß üben mußte. Aber die vollständige Trennung der Kirche vom Staate hat jede Gefahr entfernt, welche in der confessionellen Verschiedenheit der Deutschen für die politische Vereinigung lag, und wir haben an Holland, an Preußen gesehen, daß confessionelle Verschiedenheit die straffste politische Einheit nicht hindert. In Deutschland haben gerade die Katholiken, von deren Hartnäckigkeit man sonst am meisten Widerstand zu befürchten pflegt, den Ruhm, die lebendigsten Sympathieen für unbedingte alte Reichs-Einheit zu bewahren. Bei allen politischen Bewegungen des verflossenen Jahres hat zudem das confessionelle Element, wenn es entscheidend auftreten wollte, eine vollständige Ohnmacht gezeigt.

Aber alles dies gilt nur von Deutschland im engeren Sinne. In Beziehung auf Oesterreich ist weder diese Einheit der Sitten, noch der Ideen vorhanden. Oesterreich ist nicht umsonst von Metternich seit dreißig Jahren mit einer chinesischen Mauer umzogen worden, die es von der

ganzen politischen Thätigkeit Deutschlands abgeschnitten hat. Die Trennung der beiden Länder von einander ist so scharf aufrecht erhalten worden, daß die österreichischen Verhältnisse uns, und die deutschen den Oesterreichern so unbekannt blieben, wie die eines fremden Volkes. Die Deutschen waren während jener Zeit und sind bis auf die heutige Stunde mit Paris, mit der französischen Politik, den französischen Interessen und Verhältnissen beinahe vertrauter als mit den österreichischen. Für einen Deutschen, der in Wien heimisch ist, gibt es zehn, welche es in Paris sind.

Man thut den Oesterreichern sicherlich nicht Unrecht, wenn man sagt, daß sie hinter unserer Cultur-Entwickelung zurückgeblieben sind. Während wir bis zu einem Puncte vorschritten, wo für uns kein Heil mehr gefunden werden kann als in einer wahren und wohlorganisirten Demokratie, ist Oesterreich noch immer ein aristokratischer Staat. Die Macht der Aristokratie ist in Oesterreich etwas durch die Sitten, die Zustände Bedingtes. Wenn der Fürst Windischgrätz sagt, der Mensch fange erst beim Baron an, so wird man vielleicht Beispiele solchen Uebermuthes auch unter den Granden Pommerns, Westfalens und der Uckermark finden. Der Unterschied ist aber der, daß man in Oesterreich einen Menschen von solchen Grundsätzen an die Spitze des Staates setzt, während man ihn in Deutschland verlacht.

Diese Verschiedenheit der Ideen und der Sitten, dieses innerliche Sichfremdfühlen, das bis zu vollständiger Angst

vor der republicanischen Tendenz Westdeutschlands geht, ist der eigentliche innere Grund, weßhalb die österreichische Regierung und das österreichische Volk sich zu der Versammlung in Frankfurt so kalt und abwartend verhielten und weßhalb jetzt in ganz Oesterreich die schwarz-roth-goldene Fahne, ohne schmerzliche Gefühle zu erregen, niedergesunken ist.

Der österreichische Volksstamm ist ein so durchaus tüchtiger und ehrenwerther, daß es ihm, wenn man ihm einige Freiheit der Bewegung läßt, in wenigen Jahren gelungen sein wird, das übrige Deutschland einzuholen. Auch unterliegt es keinem Zweifel, daß das deutsche Oesterreich vollständig reif ist für die Art demokratischer Staatsform, welche die preußische Regierung jetzt dem Westreiche octroyirt. Aber jene Reichs-Verfassung, welche Gagern in der Paulskirche entstehen sah, war für ein Volk, dessen gesammte Lebensformen auf so wesentlich aristokratischen Voraussetzungen beruhen und bei dem der Gedanke der deutschen Nationalität noch so wenig zum Bewußtsein gekommen ist, wie bei den Oesterreichern, durchaus nicht geschaffen.

XIII.

Am dritten Tage der Debatte erhielt das Programm Gagern's die Majorität von 261 Stimmen wider 224.

Es war am 13. Januar 1849 — wohl der schönste Tag in der Wirksamkeit H. von Gagern's. Mit dieser Abstimmung schien sein großes Ziel erreicht. Hatte man

sich entschlossen, mit dem österreichischen Kaiserstaat ein besonderes Unions-Verhältniß einzugehen, dann blieb dem deutschen Reiche nichts Anderes übrig, als sich um den weitaus größten seiner Staaten zu scharen und dem Hause Hohenzollern die Central-Gewalt, die Kaiserkrone, zu geben. Ein anderer Schritt bleib nicht mehr übrig. Die Thatsachen befahlen, die eine mächtigere Sprache führen, als alle Redner der Tribune. Gagern konnte sich am Abende des 13. Januar sagen, daß er Deutschland einen Kaiser gegeben.

Einen neuen Triumph brachte ihm der 4. März. An diesem Tage octroyirte Habsburg seinen Staaten eine Verfassung. Sie verschmolz die Besitzungen Oesterreichs zu einem streng centralisirten Einheitsstaate. Getreu den Traditionen der Josephinischen Politik, proclamirte sie eine feste Gesammt-Monarchie, ein untheilbares Ganze, und erwähnte Deutschlands mit keiner Sylbe. Damit waren alle die Argumente wider das Programm Gagern's zu Boden geschlagen, welche aus dem föderativen Verhältnisse der österreichischen Lande zu einander hergenommen waren; es blieb keine Möglichkeit übrig, daß die österreichische Regierung sich für ihre deutschen Bestandtheile dem deutschen Bundesstaate einfügen könne.

Aber seit diesem großen Siege trat ein Wendepunct in der Stellung Gagern's zur öffentlichen Meinung ein. Früher der Mann des ganzen Volkes, des ganzen Deutschlands, wurde er seitdem der Mann der Partei, welche das Kaiserthum Preußen will. Er konnte das voraussehen.

Aber er war stark genug, seiner Ueberzeugung wegen seine Popularität auf's Spiel zu setzen. Oesterreich hat sich seit je wie ein Bleigewicht an die politische Entwicklung Deutschlands gehängt. Das System Metternich's — das in Oesterreich jetzt in neuer Blüthe steht, — hatte seit Jahren das politische Leben Deutschlands mit einem gordischen Knoten unterbunden. Gagern hat es gewagt, diesen gordischen Knoten zu zerhauen. Sollte es den Anstrengungen der Anhänger Oesterreichs und seines aristokratischen Princips, sollte es den Ideologen, welche jenes halb deutsche halb slawische Reich schon jetzt in Deutschland aufgehen lassen wollen, gelingen, den gordischen Knoten noch einmal zu schlingen, sollten die Hoffnungen Deutschlands auf einen wahren festen Bundesstaat mit einem kräftigen Oberhaupt noch einmal getäuscht werden: so würde den Vaterlandsfreunden nichts anders übrig bleiben, als die zweite Revolution abzuwarten, welche dann sicher nicht ausbleiben wird *).

Eine solche Eventualität im Auge kann jeder Deutsche nur wünschen, daß Heinrich von Gagern sich nicht zu tief in die Interessen irgend einer gegenwärtigen Partei ver-

*) Das Ringen nach der Befreiung von Oesterreich ist eigentlich uralt in Deutschland. Schon der Reformations-Bewegung lag ein politisch-nationales Streben zu Grunde, von der Idee eines großen österreichischen Weltstaates aus den verschiedenartigsten Nationen, wie Karl V. sie gefaßt hatte, frei zu werden. Siehe den Aufsatz in der „Weser-Zeitung" vom 9. Juni.

stricken lasse, daß er anerkenne, wie die Geschichte dennoch vielleicht eine andere Lösung der deutschen Einheits-Frage hat, als die, welche im ersten Stadium der deutschen Revolution die einzig mögliche und vernünftige war, daß er sich wenigstens hoch über allen Extremen halte, daß er der lebendige Ausdruck des begeisterten Aufschwungs bleibe, welchen die Nation im Frühling 1848 genommen hat. Der Männer, wie Heinrich von Gagern, bringt die Geschichte nicht viele und ein und derselbe Zeitraum selten mehr als einen hervor: und man müßte mit Schrecken einer neuen Umwälzungs-Epoche entgegen sehen, wenn sie so wäre, daß der Mann, welcher mit so fester Hand sich des Steuers in dem früheren Sturme bemächtigte, von dem neuen Orkane als eine abgenutzte Größe, als die heiser gewordene Tuba einer von der Entwicklung der Dinge überflügelten Partei fortgeworfen würde.

Seitdem Gagern vom Präsidentenstuhl der National-Versammlung auf die Ministerbank übergegangen war, trat sein Wirken für die Reichs-Verfassung weniger mehr hervor. Die Obliegenheiten der executiven Gewalt wurden von ihm mit Nachdruck in die Hand genommen. Die Führung des dänischen Krieges war darunter eine der hervorragendsten. Gagern war entschlossen, die Ehre der Nation und ihre naheliegenden Interessen in diesem Kampfe kräftigst zu vertheidigen. In einer Depesche an den preußischen Gesandten in London, vom 27. April 1849, stellte er als die Bedingungen, unter welchen Dänemark der Frieden gewährt werden könne, Forderungen auf, welche

mit der Felonie der letzten preußischen Separat-Abkunft in schlagendem Contraste stehen. Es heißt in jener Depesche: „Die Regierung des Reichsverwesers, obwohl die Reihe der Vorschläge an Dänemark ist, glaubt zugleich ihren Wunsch des Friedens und ihre Achtung vor der vermittelnden Macht zu beweisen, indem sie zuvorkommend diejenigen Wege der Vermittelung andeutet, in deren bestimmter und deutlicher Annahme durch Dänemark sie eine zur Einstellung der Feindseligkeiten hinreichende Gewähr einer endlichen Lösung erkennen würde. Sie bezeichnet hiermit als solche, neben dem Ersatz der Kriegskosten, die beiden bereits im vergangenen Sommer von Lord Palmerston empfohlenen Vorschläge hinsichtlich der künftigen politischen Stellung Schleswigs, nämlich entweder eine Theilung Schleswigs gemäß der Nationalität der Einwohner, oder die Fortdauer der jetzigen Verbindung Schleswigs mit Holstein, jedoch ohne Aufnahme des ersteren in das deutsche Reich, dessen Verfassung alsdann für Holstein anerkannt werden müßte, während von Seiten Deutschlands die definitive Regelung des Verhältnisses zu Schleswig in einer Ausnahme von der Bestimmung des §. 2 der Reichs-Verfassung bestehen würde."

Um des Zusammenwirkens der Regierungen sich zu versichern und sie in engerer Verbindung mit der Central-Gewalt zu erhalten, führte er häufige Conferenzen der Bevollmächtigten der Einzel-Staaten mit dem Reichs-Ministerium ein.

Was dagegen die Ermächtigung betrifft, welche Gagern

am 13. Januar vom Parlament erhalten hatte, so blieb sie ohne fruchtbare Erfolge. Der Reichs-Minister hatte, seinem Programme und der Billigung desselben durch die National-Versammlung gemäß, am 22. Januar eine Note an das österreichische Ministerium erlassen. Sie blieb unbeantwortet, und so war es unmöglich, weitere Verhandlungen zu pflegen. Nur mittelbar gab Oesterreich seine unbestimmten und ausweichenden Antworten, bis es endlich in einem Rescript an seinen Bevollmächtigten bei der Central-Gewalt vom 9. März offen erklärte, daß es eine Gesammt-Vertretung Deutschlands, ein Volkshaus nicht einräume. Gagern hat diese verschiedenen Erklärungen Oesterreichs in der Sitzung der National-Versammlung vom 17. März zusammengestellt und analysirt.

Ein großer Theil des eigentlichen Wirkens Gagern's in den Tagen seines Ministerial-Vorsitzes entzieht sich dem Auge. Man müßte das Archiv der Eschenheimergasse in Frankfurt durchmustern, um ganz die Thätigkeit würdigen zu können, welche H. von Gagern für das deutsche Verfassungswerk aufbot, in der Zeit, als die österreichische und die preußische Diplomatie ihr lebhaftestes Intriguen-Spiel begann und in Noten und Vorschlägen aller Art die Stellung der Central-Gewalt zu einer der dornenvollsten machte, welche je eine politische Macht eingenommen hat.

Das contre-revolutionäre Princip trat immer unverhüllter hervor. Die Cabinette von Olmütz und Berlin begannen, nachdem ihnen der Staatsstreich der Auflösung ihrer constituirenden Versammlungen und der Octroyirung

der Verfassung für ihre Lande gelungen, in die alte Bahn ihrer absolutistischen Politik einzulenken. Das Münchener Cabinet hatte sich längst sehr entschieden wider eine Unterordnung unter eine Kaiserkrone ausgesprochen, die man dem Hause Hohenzollern geben wolle — einer Dynastie, auf welche das Haus Wittelsbach als auf eine Emporkömmling-Familie herabzublicken gewohnt war. Der König von Würtemberg und der von Hannover sprachen gleich entschieden ihren Willen aus, sich nicht mediatisiren zu lassen. Im Innern der Paulskirche wütheten die Parteien aufs heftigste und brachten mehr als einmal die bisherige Majorität der Auflösung nahe. Es war die höchste Gefahr da, daß die Cabinette diesen Hader benutzen und Deutschland eine Verfassung octroyiren würden. Hatte doch bereits die National-Versammlung durch das Hinausziehen ihrer Aufgabe die Sympathieen eines großen Theiles des Volkes eingebüßt, während ein anderer Theil sie offen befehdete, weil sie den Gedanken der Vereinigung mit Oesterreich aufgegeben. Unter andern hatte die Reichs-Versammlung dadurch eine bedeutende Niederlage in der öffentlichen Meinung erhalten, daß sie am Schlusse der ersten Lesung der Verfassung weder für den Wahl- noch für den erblichen Kaiser, noch für eine andere Lösung der Oberhaupts-Frage eine Majorität bilden konnte, so daß ihr ganzes Werk ohne Abschluß bleiben zu wollen schien.

Diese Gefahren waren es, welche den Abgeordneten Welcker veranlaßten, seinen berühmten Antrag einzubringen. Welcker

war vorher das Haupt der Partei gewesen, welche den Eintritt Oesterreichs in den Bundesstaat verfochten und festgehalten. Aber die neue Verfassung Oesterreichs schien ihm die Augen geöffnet zu haben über die eigentlichen Intentionen des Cabinets von Olmütz, das zugleich, wie wir sahen, offen mit der Erklärung hervorgetreten war, es werde eine Vertretung des deutschen Volkes, eine Volkskammer bei der zu errichtenden Central-Gewalt nicht zugeben. Einer solchen drohenden Sprache und der bedenklichen Lage des Augenblicks gegenüber verlangte Welcker nun, das Haus solle die in erster Lesung angenommene Reichsverfassung mit einigen Modificationen, welche den Forderungen der Regierungen Rechnung trügen, in Bausch und Bogen genehmigen und den König von Preußen zum deutschen Kaiser ausrufen.

Diesem Antrag, der wohl im größten Theile Deutschlands mit Freude aufgenommen wurde, folgte eine jener großen parlamentarischen Schlachten, deren die Paulskirche so viele erlebte. Es war ein gewaltiges Aufbieten aller Kräfte, von allen Parteien. Daß der Reichsminister-Präsident nicht säumte, seinen ganzen Einfluß für den Welcker'schen Antrag in die Wagschale zu werfen, versteht sich von selbst. Es galt ja für ihn, seinem Werk endlich die Krone aufzusetzen.

Gagern wies zunächst darauf hin, was die beschleunigte Vollendung des Verfassungswerkes zu einer Nothwendigkeit mache. Man wird es begreifen, ein wie peinliches Thema dies für ihn sein mußte. Der

Reichsminister-Präsident konnte nicht die Sprache eines Abgeordneten der Linken führen und den deutschen Regierungen und Rußland gegenüber sagen: Seht, unser Staatsschiff ist auf Klippen gerathen — Abfall im Innern, Drohungen von außen —, wenn wir noch länger zögern, so geht der letzte Rest unseres Einflusses verloren, wir müssen retten, was aus dem Schiffbruch noch zu retten ist! Er am wenigsten durfte von Octroyirungs-Gelüsten reden, die ihm unter amtlichem Siegel zur Kunde gekommen. Darum hob er besonders die Gefahr hervor, welche dem Verfassungswerke aus der zu lang gespannten Ungeduld des Volkes drohe.

Er berührte dann noch einmal das Verhältniß zu Oesterreich. „Nur mit Schmerz“ — sagte er — „habe ich mich überzeugt, daß die Einheit des ganzen Deutschlands nicht erreichbar ist, und ich kann auch den Hoffnungen für die Zukunft keinen Raum geben. Vom politischen Standpuncte müssen wir die Thatsachen nehmen, wie sie liegen. Ich betrachte die österreichische Gesammt-Monarchie als eine starke und kann auf ihren Verfall nicht speculiren. Eine solche Speculation würde jedes Bündniß mit Oesterreich ausschließen, und wir dürfen ihr, als einer politisch-unsittlichen, keinen Raum geben. Es fragt sich nun: Müssen wir uns ganz trennen, oder ist ein Bündniß möglich? Ich glaube an das letztere, trotz aller noch so großen Hindernisse. Daß das künftige Band im Anfang ein sehr enges sein wird, bezweifle ich selbst, aber es kann ein Band bestehen, das der höchsten Entwickelung fähig ist.“ Er

wies auf die Zweckmäßigkeit eines Schutz- und Trutz-Bündnisses, der Errichtung eines Zoll-Vereins zwischen den beiden Staaten hin, vor Allem aber auf die Gleichartigkeit ihrer natürlichen Politik, nach Osten wie nach Westen. Selbst in Italien müsse Deutschland auf dem Posten bleiben, den die Geschichte ihm angewiesen, so lange das allerdings gerechte Streben Italiens nach nationaler Unabhängigkeit zu keinem Ziele führen könne, und so lange Ober-Italien unfähig sei, der österreichischen Herrschaft eine andere als eine französische folgen zu lassen.

Bei der Erörterung der Oberhaupts-Frage erinnerte er daran, wie Deutschland in allem Wesentlichen seit einem Jahrtausend ein Erbreich gewesen, wie dann 1815, endlich 1848 die Idee eines einzigen erblichen Oberhauptes, als die ganz naturgemäße und in einer langen Vergangenheit wurzelnde, mit frischer Kraft in dem National-Bewußtsein hervorgebrochen, und wie sich dieser Idee damals — in der Heidelberger Zusammenkunft — selbst die Republicaner, wie Hecker, unterordneten.

In Beziehung auf Preußen wies Gagern darauf hin, wie dies Reich mit seinen verschiedenartigen Stämmen, Interessen und Confessionen schon jetzt ein Klein-Deutschland sei, und wie eben darin die beste Gewähr liege, daß Süd-Deutschland nicht in einem angeblichem Preußenthum untergehen könne. „Aber" — fuhr er fort — „darüber bin auch ich mit mehreren Rednern einverstanden, daß, wenn Klein-Deutschland sein Ziel erreichen soll, sein Mittelpunct in der Mitte und nicht im Norden liegen muß.

Ich glaube, daß die Auflösung Preußens in seine Theile nicht die unmittelbare Folge des Bundesstaates wäre; daß sie aber die allmähliche Folge sein wird, das wird Niemand in Abrede stellen, welcher den Lauf der Geschichte aufmerksam verfolgt. Der deutsche Kaiser, wenn er es ganz sein will, wird auch wissen, wo der Schwerpunct seiner Stellung ist. Eines wenigstens muß Preußen verlieren, — die gemeinsame Volksvertretung seiner Provinzen in Berlin; indeß, was will dieser Verlust Anderes sagen, als die Erweiterung der preußischen zu einer deutschen National-Vertretung?"

Mit gehobenen Empfindungen verließ Gagern die Tribune. Ein donnernder Beifall erschütterte das Haus. Alle Berechnungen ergaben für seine Partei eine Majorität. Er stand am Ziele — es war erreicht — da plötzlich klafte zwischen ihm und demselben ein tiefer Abgrund auf. Der Welcker'sche Antrag und das preußische Kaiserthum wurden mit 30 Stimmen Majorität verworfen. Es war am 21. März.

Gagern reichte sofort mit dem gesammten Ministerium seine Demission ein. Er konnte nicht mehr der verantwortliche Minister einer Versammlung sein, deren Majorität seine tiefsten und innersten Ueberzeugungen über die deutsche Verfassungs-Frage verwarf. Der Erzherzog Reichsverweser nahm seine Demission an; aber der Mangel an andern sogleich zu ermittelnden Trägern für die Portefeuilles hielt die Reichs-Minister interimistisch im Amte.

XIV.

Gagern ist der Mann nicht, in irgend einem Augenblicke die Hoffnung und den Muth fahren zu lassen. So hielt er sich auch jetzt nicht für geschlagen. Er faßte mit den Männern seines Glaubensbekenntnisses die Feinde seiner Bestrebungen ins Auge. Er sah, daß ihre Partei aus drei Hauptbestandtheilen zusammengesetzt war; aus den Ultramontanen, welche sich über den Gedanken eines protestantischen Kaiserthums empört fühlten; aus den Oesterreichern, die in seltsamem Widerspruch die exclusive Verfassung anerkannten, welche die Herren Stadion und Schwarzenberg ihnen gegeben, und doch in der Paulskirche die deutsche Reichs-Verfassung mit beriethen und obendrein alles thaten, was den Abschluß derselben hintertreiben konnte; und endlich aus den Fractionen der Linken, welche bei der zweiten Lesung der Verfassung die einzelnen Paragraphen demokratischer gefaßt zu erhalten hofften, oder das Kaiserthum verwarfen, weil sie eine republicanische Spitze für den neuen Bundesstaat wünschten.

Mit den beiden ersten Kategorieen der Feinde der in erster Lesung angenommenen Verfassung war nicht zu transigiren: wohl aber war die Aussicht dazu bei der letzteren vorhanden; und in der That, diese Hoffnung trügte nicht. Es fanden sich eine Anzahl patriotischer Männer auf der Linken, welche den Gründen der Partei Gagern's sich zugänglich zeigten; Männer, welche ihre persönliche Meinungen fahren zu lassen sich entschlossen, damit dem Hader

ein Ende gemacht und ein endlicher Abschluß erreicht werde; sie unterwarfen sich auf die Bedingung hin, daß der §. 1 der Verfassung die Integrität des Bundesstaats-Gebietes mit Einschluß der deutsch-österreichischen Provinzen von Rechtswegen und verfassungsmäßig ausspreche, und daß eine Anzahl hervorragender Mitglieder der Centren (der Weidenbusch-Partei) sich verbindlich mache, später keine weiteren Modificationen der Reichs-Verfassung im Interesse der Dynastieen zu gestatten.

Unter den achtzig Mitgliedern, die sich hierzu mit ihrer Unterschrift verpflichteten, war auch Heinrich von Gagern. Er stand nicht an, sein Wort zu verpfänden, daß mit seiner Einwilligung dem Volke keine der Garantieen geschmälert werden solle, welche die Reichs-Verfassung gewähre *). Er konnte das mit gutem Gewissen; mogte die ängstliche Staatsweisheit der preußischen Partei behaupten, mit der Reichs-Verfassung lasse sich nicht regieren: einem genialen Geiste, wie dem Gagern's, mußte solche Aengstlichkeit ein mitleidiges Lächeln auf die Lippen rufen.

---

*) Die Erklärung wurde von den Herren H. und M. Simon veröffentlicht und lautete wörtlich: „Zur Beseitigung möglicher Zweifel erklären die unterzeichneten Mitglieder der National-Versammlung, daß sie die Verfassung, wie solche von der National-Versammlung beschlossen werden wird, für dergestalt endgültig anerkennen, daß sie für irgend wesentliche Abänderungen derselben, oder irgend erhebliche weitere Zugeständnisse, von welcher Seite dieselben auch etwa verlangt werden sollten, nicht stimmen werden.“

Die Verfassung, wie sie in Frankfurt abgeschlossen worden ist, hat einige Bestimmungen, die Gagern sicherlich nicht billigt und die er auch nicht guthieß, indem er seine Unterschrift verpfändete, daß er nicht wider dieselben stimmen wolle. Aber es stand klar genug vor Augen, daß, um eine endliche Einigung zu erreichen, Jeder etwas opfern und nachgeben müsse, und daß nicht der Linken allein zuzumuthen sei, sich zu unterwerfen und Selbstverläugnung zu üben!

Die Frage nach der Lebensfähigkeit der Reichs-Verfassung zerfällt in zwei Theile. Zuerst kam es darauf an, ob diese Verfassung dem Volke gegenüber durchführbar sei. Die Mitglieder der National-Versammlung konnten sich diesen Theil der Frage bejahen. Sie brauchten in dieser Beziehung so wenig Befürchtungen zu hegen, daß sie die Verfassung auch mit weniger Freiheits-Garantieen hätten zu versehen brauchen, als sie wirklich es gethan haben. Hätte das deutsche Volk, wie 1831 das belgische, völlig frei sich eine Verfassung zu schaffen gehabt, oder wären die 34 Fürsten Deutschlands gleich mächtige Herren, von denen man später den tauglichsten, des Vertrauens der Nation würdigsten als Haupt hätte auswählen können, so würde es den gemäßigten Meinungs-Fractionen in der Paulskirche leicht geworden sein, die Verfassung in einem der neuzuschaffenden Krone günstigeren Sinne durchzusetzen und ihr ein größeres Maß von Machtvollkommenheit zu ertheilen. Hätte man z. B. während der Verhandlungen den Großherzog von Hessen als Candidaten für die Kaiser-

krone im Auge gehabt, so würde man einem solchen von allen Parteien geachteten Reichs-Oberhaupte gern in der Verfassung einige Hebel energischen Handelns, einige Bedingungen freien Bewegens mehr zugestanden haben.

Aber leider konnte die Versammlung in der Paulskirche nicht mit einer solchen Freiheit schaffen. Als unumgänglicher Candidat für die Kaiserkrone stand im Hintergrunde die Gestalt Friedrich Wilhelm's IV. da. Dieser Mann ist oft genug charakterisirt worden, so daß wir uns gern enthalten, auf seine vom Verhängniß verfolgte Persönlichkeit zurückzukommen. Das aber ist eine der Geschichte angehörende Thatsache, daß das Berliner Cabinet Jedermann in Deutschland Mißtrauen und Antipathieen einflößte, und daß die Politik des preußischen Hofes schon seit langer Zeit mit dem glücklichsten Erfolge sich den Ruf der Geradheit und Ehrlichkeit zu verscherzen gesucht hatte.

Der Grundgedanke der deutschen Revolution war eigentlich nichts Anderes, als Befreiung von der Lüge, welche aus allen Fenstern des früheren deutschen Staatsgebäudes mit einem Antlitz, in welchem Heuchelei und Hohn sich vermischten, hervorblickte, und die endliche Emancipation der Ehrlichkeit in der Politik.

Deßhalb trieb die deutsche Revolution auch den ehrlichsten Mann Deutschlands so rasch an ihre Spitze.

Es war also natürlich, daß unter solchen Umständen die National-Versammlung, je weiter sie der Gestalt des am Ziele ihres Weges stehenden Kaiser-Candidaten zuschritt, desto mehr Waffen von rechts und von links auf ihrem

Pfade aufgriff, um sich am Ende der Bahn einer Verkehrung ihres Werkes in die bloße Basis eines neuen Schein-Constitutionalismus mit Nachdruck erwehren zu können.

Ist nun dadurch die Reichs-Verfassung vom 28. März unausführbar geworden, liegen in ihr Bedingungen, deren Annahme von Seiten des erwählten Reichs-Oberhauptes das Königreich Preußen oder Deutschland gefährdet hätten? Das ist der zweite Theil der Frage.

Daß die Frankfurter Reichs-Verfassung im Ganzen unverwerflich und der Ausdruck des National-Willens sei, hat kaum Jemand in Abrede gestellt. Auch haben neunundzwanzig deutsche Regierungen sie augenblicklich anerkannt, und die renitenten Höfe von Preußen, Sachsen und Hannover haben sie ja von Anfang bis zu Ende zur Grundlage ihres neuen Entwurfs genommen. Ihr Mangel an Lebensfähigkeit müßte also in einzelnen Bestimmungen liegen, im suspensiven Veto, im Wahlgesetze.

Wir wollen zur Rechtfertigung dieser Dinge keine Silbe vorbringen. Indem die National-Versammlung der neu zu schaffenden Central-Gewalt das absolute Veto verweigerte, hat sie einen großen Mangel politischer Einsicht an den Tag gelegt. Aber ein nur halbwegs gesunder Sinn und eine nur oberflächliche Kenntniß der deutschen Verhältnisse mußte sich sagen: Wer ehrlich und mit patriotischem Herzen die Ausführung der Verfassung auf sich nimmt und ihren übrigen Bedingungen sich fügt, den wird das deutsche Volk an jenen Bestimmungen nicht zu Grunde gehen lassen. Deutschland wird sich keinen Kaiser setzen, um ihn

wegen seiner Machtlosigkeit zum Gespötte werden zu lassen. Und ist dennoch der designirte Kaiser zu ängstlich, die Reichs-Verfassung, wie die Paulskirche sie schuf, anzunehmen, so mag er sie annehmen unter dem Vorbehalte der Revision, unter dem Vorbehalte, den Entwurf eines anderen Wahlgesetzes dem Parlament zur Berathung vorlegen zu dürfen.

Am allerwenigsten aber konnte ein Mann, dessen Blick mit genialer Großartigkeit die Verhältnisse überschaut und dessen Geist gewohnt ist, seine schöpferische Thätigkeit und seine Gedanken mit stolzem Fluge über kleinliche Bedenken fortgehen zu lassen, am wenigsten konnte H. von Gagern es je ahnen, daß armselige Detail-Naturen, wie die Räthe des Königs von Preußen, um eines bedenklichen Paragraphen willen die ganze Verfassung verwerfen, das Rechtsgefühl des deutschen Volkes mit Füßen treten, dem monarchischen Princip aufs Neue unzählbare Anhänger entfremden, und Deutschland noch einmal dem Abgrunde einer unheilbaren Trennung zwischen Süd und Nord nahe bringen würden!

Nein, das konnte Gagern nicht voraussehen, als er mit seinen politischen Freunden der Linken Concessionen machte für die zweite Lesung einer Verfassung, die ohne diesen seinen Schritt vielleicht nie zum Abschlusse gekommen wäre, — so daß Deutschland zum Spotte des Auslandes geworden wäre, daß seine Regierungen für alle Zeiten mit gerechtem Hohn auf die unfruchtbare und unschöpferische Demokratie hätten hinweisen können, daß eine tiefe Ent-

muthigung endlich alle Einigung auf lange Jahre wieder in Frage gestellt haben würde!

So wurde denn der Linken jene Concession schriftlich verpfändet, wie Gagern in der Sitzung vom 11. April d. J. frei und offen bekannte. „Ich habe", sagte er, „diese Erklärung unterzeichnet, nicht etwa, als ob alle Bestimmungen der Verfassung, wie sie nun als Reichs-Gesetz verkündet ist, meiner politischen Ueberzeugung zusagten, sondern weil ich der Ansicht war, daß in der damaligen Lage des Verfassungs-Werkes Jeder Opfer seiner Ueberzeugung bringen müßte, wenn etwas von dieser National-Versammlung geschaffen werden sollte, und ich hielt das zum Theil mittels jener Erklärung Erreichte für überwiegend wichtig. Dies war der Grund, der mich zur Unterschrift jener Erklärung bestimmt hat. Heute aber, wie damals, bin ich von derselben Ueberzeugung durchdrungen, daß an der Verfassung, wie sie als Reichs-Gesetz verkündigt ist, nichts Wesentliches darf verändert werden, als auf dem Wege, den die Verfassung selbst zeigt." Dieser offenen Sprache folgte allseitiger, anhaltender, rauschender Beifall.

XV.

Am 27. März nahm die National-Versammlung mit einer Mehrheit von 24 Stimmen den Kaiser als Reichs-Oberhaupt, mit 4 Stimmen Majorität die Erblichkeit des Kaisers an, und am 28. März 1849 erwählte sie mit einer

Mehrheit von 42 Stimmen den König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum Kaiser der Deutschen.

Gagern's Lebensaufgabe schien damit gelös't: er stand am Ziele dessen, was seit Jahren der Gegenstand seiner patriotischen Wünsche, das Ziel seiner unermüdlichen Anstrengungen gewesen. Welch schöner Tag! und welch tragisches Schicksal! Er hatte den Stein des Sisyphus gewälzt!

Es ist bekannt, wie der König von Preußen die Erhöhung auf den schönsten und höchsten Thron der Welt ablehnte und im Fanatismus der Legitimität seinem eigenen Princip die tödlichste Wunde schlug, indem er zeigte, wie zufolge jener Legitimitäts-Idee die Wünsche, die Ruhe, das Glück, die Zukunft einer ganzen großen Nation zu Grunde gehen können an den Eigenheiten eines einzigen Mannes!

Es mag schwer sein, den Eindruck zu schildern, welchen diese Ablehnung und die unwürdige, hinter unverständliche Phrasen sich versteckende Art, wie sie geschah, auf Heinrich von Gagern machte.

Den Hohn der Gegner, der Republicaner, der Anhänger des Anschlusses an die österreichische Gesammt-Monarchie und des Directoriums u. s. w. über den „Kaiser-Macher" konnte er leicht über sich ergehen lassen. Wagte sich dieser Hohn doch auch nur mit einer gewissen Scheu an die Hoheit des Mannes und beschränkte sich meist darauf, seine Geschosse wider seine politischen Freunde zu richten. Aber eine tiefe Trauer mußte es in seine Seele werfen,

ein edles Vertrauen, das nicht allein ihn erfüllte, sondern welches er in so mancher Brust neu wieder zu erwecken gewußt, dem er sich gewisser Maßen als Bürgen gestellt hatte, so grausam getäuscht zu sehen! Wie hatte er gestrebt und gerungen für diese Fürsten, für diesen König von Preußen! Wie hatte sein mächtiges Wort die monarchische Majorität in der Paulskirche hoch oben zu erhalten gesucht! Mit welchen Opfern hatte er eine neue moralische Grundlage für die Monarchie in Deutschland zu gewinnen gesucht, die Monarchie, deren Dogma vom Volke bereits verlassen war und die nur durch eine neue Idee verjüngte Lebenskraft erhalten konnte!

Und nun dieses Ende! Das eben gerettete Königthum begann sein altes unheilvolles Spiel! Die Souverainetät der Nation, die Gagern so feierlich verkündet, war aufs Neue offen vom Uebermuthe eines Hofes gehöhnt! Dem deutschen Volke war ein Stachel in die Seele gedrückt, der es in eine zweite, furchtbarere Revolution treiben mußte! Wo ein Kaiser der Deutschen, umgeben von Glanz und bekleidet mit der Hoheit der Nation, einziehen sollte, da erschien — wie der todte Cid auf seinem Rosse — die Leiche des legitimen absoluten Königthums, festgeschnallt an das edle schnaubende Roß, das sich bäumt und bäumen wird, bis es ihm gelungen, die Riemen zu sprengen, die seine ekelhafte Last festhalten!

Mußte Gagern sich Vorwürfe machen? Mußte er sich sagen, seine Kaiser-Idee sei ein Anachronismus gewesen, eine Anomalie, welche der moderne Geist der deutschen

Bewegung naturgemäß von sich ausgestoßen? Mußte er sich sagen, er sei ein poetischer Träumer gewesen, ein Phantast, den all die klugen Männer, an denen Deutschland so reich ist, leichtlich eines Besseren hätten belehren mögen?

Nein! Wenn Deutschland wahrhaft einig und mächtig sein sollte, so mußte ein einiges, mit voller Kraft ausgerüstetes Haupt an seine Spitze treten; dieses Haupt mußte nicht der König von Preußen sein, nur nebenbei Reichs-Vorstand oder Schirmherr, so daß zuerst das preußische Königthum und als Nebensache die deutsche Reichs-Würde gekommen. Das deutsche Volk verlangte ein Haupt für sich, aber nicht einen Anschluß an, ein Aufgehen in Preußen.

Die deutsche Revolution hatte zwei Endziele; zwei verschiedene Geister lebten in ihr und bewegten sie vorwärts: der der Einheit und der der Freiheit. Nur indem dem einen völlige Geltung verschafft wurde, durch ihn und in seinem Namen war es möglich, den anderen zu zügeln. Es mußte ein Kaiserthum, eine vollständig genügende, groß und gebietend dastehende Form der National-Einheit, eine mächtige Vertretung des Gesammt-Interesses der Nation geschaffen werden. Sie nur vermochte es, den anderen Geist der Revolution in Schranken zu halten. Die Demokratie ist wesentlich auflösend, einheitfeindlich. Indem man sich herzhaft des Einheits-Gedankens bemächtigte, war sie zu ersticken. Ein Kaiser hätte in Deutschland die Demagogie bezwingen können. Die Zukunft wird uns zeigen, ob ein

Schirmherr oder Reichs-Vorstand oder ähnliches Amphibium es vermag!

Aber Gagern konnte sich auch keine Vorwürfe machen, daß er sich zu viel des monarchischen Princips angenommen und dadurch den wiedererwachten Hochmuth des Königthums selbst angefacht habe. Indem er dem Ueberfluten entfesselter politischer Leidenschaften wehrte und sich mit kühner Brust der Demagogie entgegenstemmte, that er nichts, als was sein innerstes Wesen ihm gebot, und was er sicherlich wieder thun würde, stellte ihn das Schicksal noch einmal inmitten einer Bewegung, wie die von 1848 war. Gagern ist seiner Natur nach kein ausschließlicher Parteimann, dem man sagen könnte: Wenn du dich zum Führer einer Partei aufschwangest, so hättest du Alles thun müssen, um deiner Partei, nachdem sie gesiegt, auch alle Vortheile des Sieges zu verschaffen; du hast dagegen die Waffe, welche dem Feinde aus der Hand geschlagen war, selbst aufgenommen und sie ihm wieder zurückgegeben. Du hast die Souverainetät der Nation proclamirt, aber du hast versäumt, die Fürsten thatsächlich, unerbittlich unter sie zu beugen! Du hast deine Mutter, die Revolution, verläugnet, und deßhalb, weil du ihr deine Hülfe zu früh entzogest, liegt sie jetzt im Kerker des Feindes!

Gagern's Horizont ist ein größerer, als der des Parteimannes. Er ist ein Patriot in der höchsten und vollsten Bedeutung. Er konnte sich nicht darauf beschränken, seinem Vaterlande eine neue Verfassung zu sichern, er mußte dasjenige, was dem Vaterlande erhalten werden sollte, und

was selbst größer und wichtiger war, als das zu erkämpfende Neue, eben so hoch stellen. Der Kampf zwischen dem Liberalismus und dem Absolutismus hatte sich bald mit einem Kampfe, welchen Gesittung und Bildung wider die Sittenverwilderung, wider die Feinde der moralischen Grundlagen der Gesellschaft führten, gekreuzt. Der Conflict der Civilisation mit der Demokratie konnte im Jahre 1848 nur dann für die erstere siegreich ausfallen, wenn sich die Monarchie in Deutschland in voller Kraft erhielt. Gagern mußte so handeln, wie er handelte. Er hat gegen die zerstörungssüchtigen Wogen der Demagogie einen Damm erbaut; der Absolutismus hat diesen Damm als eine Schanze benutzt und mit Geschützen besetzt, welche unsere Freiheit bedrohen und mit Kartätschen unsere Brust zerreißen, wenn hochschlagende Herzen und muthige Arme das roth-schwarz-goldene Banner unserer Einheit emporheben. Aber sollen wir deßhalb bereuen, daß diese Dämme die Flut abgewehrt und die Errungenschaften einer tausendjährigen Geistesarbeit gerettet haben? Sollen wir wünschen, müßig zugeschaut und die Hände in den Schooß gelegt zu haben, über die Verwüstung unserer Heimat, die Zerstörung unserer Saaten getröstet, weil auch die Paläste unserer Gegner zusammengestürzt wären?

XVI.

Es entstand in Deutschland der Kampf um die Einführung der Reichs-Verfassung, welche nach Preußens Vorgang auch Baiern, Sachsen und Hannover anzuerkennen

sich weigerten. Dieser Kampf blieb nicht überall bei friedlichen Mitteln stehen; in der Pfalz, in Schlesien, in Sachsen und Westfalen erhob sich das Volk bewaffneter Hand. Gagern sandte Reichs-Commissare nach Dresden und in die Pfalz, um dem Uebergreifen der Bewegung Einhalt zu thun. In die Pfalz wurde ein namhaftes Mitglied der Linken des Hauses, wie pfälzische Deputirte es vom Reichs-Minister erbeten hatten, gesandt, aber bald zurückberufen, da seine Sympathieen für die Sache, zu deren Wächter er bestellt war, die Wahl als eine unglückliche herausstellten. Auch hier hatte Gagern über ein betrogenes Vertrauen zu klagen! Da die preußische Regierung eine vom 28. April datirte Circular-Note an ihre Missionen bei den verschiedenen deutschen Höfen gerichtet hatte, worin sie die letzteren indirect zum Widerstande gegen die Reichs-Verfassung aufforderte, indem sie ihnen alle „etwa gewünschte und erforderliche Hülfe rechtzeitig leisten zu wollen" versprach, so erklärte Gagern durch eine Mittheilung vom 4. Mai in der National-Versammlung, daß er diesen Eingriff in die Rechte der Central-Gewalt zurückweise und daß er einen Anspruch auf die allgemeine Leitung gemeinsamer Maßregeln zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und des Reichs-Friedens einem Einzelstaate nicht zugestehen könne. Ein allgemeines und begeistertes Beifallrufen folgte in der Paulskirche dieser Wahrung der Rechte der Central-Gewalt wider die revolutionäre Anmaßung Preußens. Eben so nachdrücklich aber warf sich Gagern den Anträgen entgegen, welche am Ende des April und im Anfange des

Mai von der Linken in das Haus gebracht wurden; sie bezweckten die Vereidigung der Behörden und der Truppen auf die Verfassung, dann die Bildung eines Parlaments-Heeres aus der Macht der neunundzwanzig der Verfassung beigetretenen Staaten, und endlich einen von der National-Versammlung an das deutsche Volk zu erlassenden Aufruf.

Sein eifrigstes Bestreben war, die Versammlung auf Maßregeln zu beschränken, welche die Bewegung für die Reichs-Verfassung durch ganz Deutschland in gleichmäßigem Schritte erhielten, welche ein Auseinanderfallen der in Beziehung auf die Reichs-Verfassung so unendlich verschieden gestimmten Theile Deutschlands verhüteten. Voreilige Kraftmaßregeln mußten einen Bruch zwischen dem Süden und dem Norden zur unmittelbaren Folge haben.

„Das Volk", sagte er in der Sitzung vom 4. Mai, „verlangt einen Zeitraum, um den öffentlichen Geist ein Urtheil aussprechen zu lassen, und nur wenn dieser Geist in allen deutschen Provinzen zum Durchbruch gekommen ist, können wir hoffen, daß die Verfassung Bestand gewinne und der Zukunft sicher sei. Die Ueberzeugung allerdings muß unerschütterlich bleiben, daß die Reichs-Verfassung rechtsbeständig ist. Wenn in jedem deutschen Lande sich eine Majorität für die Gültigkeit herausarbeitet, dann wird sie als eine gemeinsame Errungenschaft betrachtet werden und wird bessere Geltung bekommen, als wenn wir sie jetzt durch terroristische Mittel auf-

zwingen wollen. Wenn es sich um die Mittel der Durchführung handelt, so kann natürlich nur von gesetzlichen Mitteln die Rede sein, und dieselben stützen sich auf die Rechtsgültigkeit der Verfassung. Einheit und Freiheit können in Deutschland nur gegründet werden, wenn die Macht Preußens an der Spitze steht. Daher verharre ich auf strengem Festhalten an den Bestimmungen der Verfassung über das erbliche Oberhaupt. Der Vereidigung der Truppen und Beamten muß ich mich entschieden widersetzen. Wir dürfen noch zur Zeit keinen Unterschied machen, der unsere deutschen Heere feindlich einander gegenüber stellen würde. Denjenigen Staaten, wo ein solcher Beschluß auf keinen Widerstand stoßen würde, würden Sie durch die Vereidigung Schwierigkeiten bereiten, und gerade diesen Staaten sollten Sie jetzt alle Schwierigkeiten ersparen! Ein Oberhaupt muß da sein, dann ist die Verfassung vollendet, und dann erst kann eine Vereidigung Statt finden."

Gerade in jenen letzten Tagen seiner Minister-Wirksamkeit hat sich Gagern durch die Treue, womit er seinen Ueberzeugungen folgte, das höchste Verdienst um sein Vaterland erworben. So geschwächt die Macht der National-Versammlung auch schon war, so hätte sie, wenn er sich an ihre Spitze gestellt, doch noch immer den Kern einer furchtbaren Empörung bilden können. Die Lorbern eines Kossuth hingen über seinem Haupte: er hätte nur danach zu greifen brauchen. Er hat sie verschmäht. Er setzte lieber den Rest seiner Popularität aufs Spiel, um dem Zerfallen des Vaterlandes zu wehren. Denn in sich zerfallen

wäre das Vaterland in solchem Kampfe; — und wenn nicht, dann wäre die Bewegung nur mit einem vollständigen Siege einer der beiden extremsten Parteien, d. h. jedenfalls mit einem unabsehbaren Unglück, zum Abschlusse gekommen. Nein, an den Mann, dessen Lebensaufgabe es gewesen, die Einheit Deutschlands zu schaffen, konnte nicht einmal die Versuchung herantreten, das Signal zum Bürgerkriege zu geben. „Wenn man einem auswärtigen Feinde gegenübersteht," rief Gagern in der Sitzung vom 7. Mai aus, „der uns beleidigt oder Uebles uns zugefügt hat, dann sei das erste Gefühl auch das entscheidende; die erste Bewegung an das Schwert, und man werfe die Scheide weit weg; aber das ist nicht das Gefühl einem Bruderstamme gegenüber, dessen Regierung uns Uebles zugefügt hat; da müssen alle Mittel erschöpft werden, den Frieden zu erhalten, und wenn die Waffen gezogen würden, ich würde mich im letzten Augenblicke noch dazwischen werfen." Ueber diesen warmen Ausbruch des Vaterlandsgefühls erhob sich auf der Linken der Versammlung ein schaamloses Lachen. Entrüstet warf Gagern die Antwort: „Buben lachen darüber!" in diesen Theil des Hauses. Der roheste Tumult brach aus. Gagern wurde zur Ordnung gerufen; aber nichts desto weniger freute sich Alles über die derbe Wahrheit, welche der ritterliche Mann in seinem Zorne in den „Sumpf" der National-Versammlung geschleudert.

Blieben nun auch die Beschlüsse, bei welchen es die Majorität des Parlaments der Widersetzlichkeit der Höfe von Berlin, Hannover und Dresden gegenüber bewenden ließ,

noch immer in den Schranken friedlicher Mäßigung, so mußte doch die Central-Gewalt bei der ihr obliegenden Ausführung jener Beschlüsse desto fester und entschiedener auftreten. Konnte Gagern auf der einen Seite nicht aus den Augen verlieren, daß ein revolutionäres Hinaustreten aus der Bahn der Mäßigung und Gesetzlichkeit, in welcher die National-Versammlung und die Central-Gewalt bisher von Anfang an mit Glück erhalten worden war, ihre Sprengung von Seiten Preußens herbeiführen würde, so standen auf der anderen Seite die Bevölkerungen der Provinzen Deutschlands, welche sich, wie die Rheinlande durch den großen Städtetag zu Köln am 8. Mai, die Hessen, die Ostfriesen, die Westfalen, die Ostpreußen, die Schwaben, die Franken auf der großen von 10,000 Menschen besuchten Volksversammlung am 2. Mai bei Nürnberg und viele andere mehr, für die Reichs-Verfassung erklärt hatten und mit Recht bei ihrem Streben, derselben Geltung zu verschaffen, Rückhalt und Stütze von der Central-Gewalt verlangten.

Gagern selbst, der persönlich an der Souverainetät der Nation unerschütterlich festgehalten und den allerdings ganz logischen, aber durch seine völlige Unausführbarkeit albernen Vereinbarungs-Standpunct fortwährend abgelehnt hatte, konnte nicht anders, als die Bewegung in Deutschland für gerechtfertigt halten, in so fern sie mit gesetzlichen Mitteln und durch moralisches Gewicht die Fürsten veranlassen wollte, die Verfassung anzuerkennen. Er entwarf demgemäß das Programm, welches seine Haltung

und den Geist seiner Maßregeln der Krisis Deutschlands gegenüber bestimmen sollte. Diese Maßregeln mußten sich zunächst nach dem Sinne der bisherigen Beschlüsse des Parlaments richten. Es hieß demnach in dem Programm:

„1) Die Anwendung von Zwang zur Durchführung der Verfassung ist von der Reichs-Versammlung weder beabsichtigt, noch gutgeheißen.

„2) Eben so wenig kann Seitens der provisorischen Central-Gewalt, nach der rechtlichen Stellung derselben, die Ausübung eines Zwanges zur Durchführung der Reichs-Verfassung in den Einzel-Staaten ihre Aufgabe sein; aber das Reichs-Ministerium hält sich für befugt und verpflichtet, mit allen gesetzlichen und friedlichen Mitteln und durch das Gewicht der moralischen Macht der Central-Gewalt die Durchführung der Reichs-Verfassung in den deutschen Staaten zu unterstützen und für die Beseitigung aller Hindernisse Sorge zu tragen, welche dieser Durchführung und der darauf gerichteten gesetzlichen Aeußerung des Volkswillens in den Einzel-Staaten entgegen treten müssen.

„Angriffsweise Auflehnung gegen die Regierung und gewaltthätige Eingriffe in die Functionen der ordentlichen Behörden müssen zurückgewiesen werden.

„Schreitet eine Regierung, auch wenn sie die Verfassung noch nicht anerkannt hat, dagegen im eigenen Lande ein, so wird als die Aufgabe der Central-Gewalt erkannt, vermittelnd einzutreten.

„Indem das Reichs-Ministerium die Frage der Durchführung der Reichs-Verfassung als eine allgemeine deutsche

Angelegenheit betrachtet, wird es jeder Intervention eines oder mehrerer Einzel-Staaten zur Unterdrückung etwaiger Bewegungen zum Zwecke der Anerkennung der Reichs-Verfassung in anderen Einzel-Staaten entgegen treten."

Aber dieses Programm schien entweder in seinem Schlußsatze dem Reichsverweser von zu revolutionärer Entschiedenheit, um es adoptiren zu können, oder die Ansicht des Erzherzogs über die deutsche Reichs-Verfassung mit einem Oberhaupte Preußen ging überhaupt von der Gagern's auseinander; kurz er verwarf das Programm kraft jener Unverantwortlichkeit, mit welcher Gagern selbst einen Erzherzog von Oesterreich bekleiden geholfen! Weil das Verfassungswerk von der Einwirkung der Central-Gewalt ausgeschlossen, glaubte er in gewagter Interpretation des Gesetzes vom 28. Juni, auch die Einführung der Verfassung sei ihres Amtes nicht. — Gagern nahm darauf mit dem ganzen Ministerium seine Entlassung. Es war am 10. Mai.

Sobald sein Portefeuille in den Händen eines Nachfolgers war, setzte er sich auf eine bescheidene Stelle in den letzten Bänken des linken Centrums. Er nahm seitdem auch lebhaften Antheil an den Partei-Verhandlungen, von denen er sich als Präsident fern gehalten hatte, und zwar an jenen der großen Vereinigung, welche sich nach dem „Weidenbusch" nannte.

Aus mehreren Bestandtheilen früherer Fractionen der Paulskirche hatte sich um dieselbe Zeit eine Partei gebildet, die des „Nürnberger Hofes", welche, ohne die Mäßigung und die strengste Verfassungstreue zu verletzen,

doch eine kräftige Initiative zur Durchführung der Verfassung ergreifen wollte; es sollte der Gewalt gegenüber, welche das preußische Cabinet bereit hielt, um die widersetzlichen Regierungen zu unterstützen, die National-Versammlung ebenfalls von den Mitteln der Gewalt Gebrauch machen, um die Erhebungen des Volks für die Verfassung zu schirmen. Man wollte das eben mitgetheilte Programm Gagern's in seinem ganzen Umfange durchführen, aber auch nöthigenfalls noch einmal eine halbe Revolution in die Waffen rufen, eine Revolution, von der man sanguinischer Weise glaubte, daß man sie ganz genau in dem gewünschten Geleise und von anarchischen oder republicanischen Elementen werde frei halten können.

Diese Partei hoffte in Heinrich von Gagern, seitdem er in die Reihen der Abgeordneten zurückgekehrt, einen Führer zu finden und unterhandelte lange und wiederholt mit ihm. Eines ihrer Mitglieder hat darüber in einem öffentlichen Blatte Aufschlüsse gegeben *), welche hier eine Stelle finden mögen:

„Die Linke selbst, oder wenigstens ihre einsichtsvolleren Führer, schien zu begreifen, daß nur mit Gagern an der Spitze die Bewegung einen Erfolg haben könne. Für die Partei des „Nürnberger Hofes" war Gagern's Führerschaft die Lebensbedingung ihres eigenen Mitgehens: mit ihm trug sie kein Bedenken, sich in die Bewegung hineinzuwer-

*) Siehe „Allgemeine Zeitung" Nr. 159, 1849.

fen; ohne ihn und die ihm anhangenden conservativen Elemente in und außerhalb der Versammlung schien eine Fortleitung der Bewegung auf dem Wege, welchen allein jene Mittel-Partei zu gehen entschlossen war, kaum möglich, vielmehr ein alsbaldiges Ueberschlagen derselben in eine Herrschaft der regellosen, anarchischen Elemente nur zu gewiß.

„Die Unterhandlungen mit Herrn von Gagern führten zu keinem Resultate. Einige Mal zwar schien er fast entschlossen, die ihm zugedachte Rolle zu übernehmen, allein bald traten wieder seine Bedenken dagegen in voller Kraft hervor, bis er zuletzt entschieden jedes Eingehen in die oben angedeutete Richtung verweigerte. Jene Bedenken Gagern's entsprangen theils einem tiefen, aus seiner edlen Natur und den bittern Erfahrungen dieses letzten Jahres wohl erklärbaren Widerwillen gegen die Männer der Bewegung und die Bewegung selbst, in welcher er, vielleicht zu einseitig, nur die schlechten, unreinen Elemente sah und von der er deßhalb nur Unheil fürchtete, theils der Besorgniß, daß eine solche gegen Preußen gerichtete Bewegung den alten, kaum etwas vernarbten Preußenhaß und überhaupt den Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschland von Neuem aufwecken und dadurch das preußische Kaiserthum vollends unmöglich machen möchte, theils endlich einem Mißtrauen in seine eigene Kraft, dem Zweifel an seiner Popularität, welche er, gewiß mit Unrecht, durch die planmäßigen Verleumdungen der demokratischen Partei geschwächt, wo nicht vernichtet glaubte. Einigen Antheil an seinem

Widerstreben hatte wohl auch der noch immer in ihm lebende Glaube an die Möglichkeit einer gütlichen Verständigung mit Preußen und einer friedlichen Lösung der unseligen Wirren. Daß es dagegen nicht ein Mangel an Hingebung für die Sache der Freiheit und Einheit, noch viel weniger ein Mangel an Muth und Freudigkeit der Selbstaufopferung war, was Gagern abhielt, dem an ihn ergangenen Rufe zu folgen und sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, das könnte nur die jämmerlichste Verkleinerungssucht und der boshafteste Parteigeist in Zweifel ziehen, jener Parteigeist, dessen ekelhafte Begeiferungen, dessen rohe Ausbrüche gerade die größte Schuld daran hatten, wenn Gagern's edler Geist verbittert, angewidert, entmuthigt von einer Bewegung sich abwandte, die er zum großen Theil in solch unreinen Händen sehen mußte. Nicht die Gerechtigkeit des Kampfes gegen ungerechte Gewaltthat und freiheitsfeindliche Reaction war es, woran Gagern zweifelte; mehrfache Aeußerungen von ihm deuten darauf hin, daß er unter gewissen Umständen selbst eine neue Revolution für gerechtfertigt und nothwendig gehalten haben würde. Aber er glaubte nicht an die innere Berechtigung *dieser* Bewegung, an ihre sittliche Kraft und Reinheit, und darum auch nicht an einen heilsamen, der Einheit und Freiheit Deutschlands günstigen Ausgang derselben. Ohne einen solchen Glauben aber läßt sich eine Bewegung weder machen noch leiten."

Man kann Gagern nur Glück wünschen zu dieser Ablehnung einer Führerschaft, die ihn in der kürzesten Zeit

in eine falsche Stellung gebracht haben würde. Die Ereignisse haben gezeigt, wie klar er sah, als er an der sittlichen Berechtigung der Volkserhebungen in der Pfalz und in Baden zweifelte, wo plötzlich die Menschen des Frankfurter 18. September Blut und Leben für die Beschlüsse der Paulskirche opfern wollten!

Mit dem Austritte Gagern's aus dem Reichs-Ministerium war die moralische Macht der Central-Gewalt und bald auch das Ansehen der National-Versammlung dahin. Seit jenem 10. Mai war der gute Geist von ihr gewichen. Sie faßte, von Preußen in diese neue Bahn gedrängt, an diesem Tage schon Beschlüsse, welche zeigten, daß ein bisher niedergehaltenes unheilvolles Element in ihr die Majorität gewonnen. Das Einrücken der preußischen Truppen zum Schutze von Dresden wurde von ihr als ein schwerer Bruch des Reichs-Friedens erklärt. Die preußische Regierung berief ihre Abgeordneten zurück. Die Versammlung antwortete, indem sie immer leidenschaftlichere Anträge genehmigte. Die alten Führer des Parlaments mußten sich überzeugen, daß ihr Wirken in dieser Versammlung beendet sei, daß sie nicht länger der Paulskirche die moralische Stütze ihrer Anwesenheit lassen dürften *). Gagern

*) „Es schwand", sagt Max von Gagern in der schon angeführten Ansprache an seine Wähler, „die letzte Hoffnung einer gesetzlichen Durchführung und einer Vermittelung zwischen der alten Diplomatie und einer neuen Revolution. Es wurde vielmehr eine dringende Pflicht unseres Reichs-Ministeriums und unserer Mehrheit in der Versammlung, die

insbesondere mußte es aus einer Versammlung fortdrängen, welche den Charakter einer deutschen verlor und

---

deutsche Nation nicht einen Augenblick im Wahne zu lassen, als hätten wir in solcher Lage noch ferner die Mittel gehabt, ihr nützliche Dienste zu leisten. Da wir den wirren Knäuel der Verhandlungen zwischen den größeren Höfen eben so wenig in unseren Händen hielten, als die rothen Fäden der März-Vereine, so war es höchste Pflicht, nachdem wir selbst nicht mehr zu handeln vermochten, vor den Augen der Nation den Schauplatz für diese anders handelnden Personen frei zu machen. Es muß freilich noch erwähnt werden, daß die Vertreter der linken Seite, während sie selbst unter den Fractionen ihrer Partei keinen Unterschied machten, und auch die Aeußerste, welche der Reichs-Verfassung stets feind blieb, weder von sich auszuscheiden, noch zu verläugnen wagten, bei der Durchführung ihrer Plane zum Umsturz der Central-Gewalt und zum Ersatz derselben auch den Führern unserer Partei eine Rolle zugedacht oder zugemuthet hatten. Ich will von der Inconsequenz eines solchen Vorhabens nicht reden, nicht von der gewagten Schätzung der eigenen Kräfte, wie des Charakters unserer Nation. Man muß wohl fremde Ueberzeugungen achten; man muß der Jugend die Leidenschaften einer wild bewegten Zeit zu Gut halten und an Söhnen der deutschen Erde nicht ohne Noth verzweifeln. Wenn aber dieselben Menschen, welche ein volles Jahr hindurch vom Raube an der Arbeit und Ehre Anderer gelebt, welche durch Verleumdung, frechen Hohn, Verdächtigung und Verrath die besten Männer der Nation unausgesetzt herabgewürdigt, sie zu Zeiten der aufgestachelten Wuth und Rachsucht den Massen als Opfer bezeichnet hatten; Menschen, die durch die Lehre des Meineids und das Beispiel jedes Lasters nahezu das Verderben einer ganzen Generation vollbracht haben, wenn solche es noch wagten, den Geschmähten und Verrathenen plötzlich zur gemeinsamen Leitung der Geschicke des Vaterlandes die Hand zu bieten, so war es die höchste Zeit, vor den Augen der Welt jedes Band äußerer Gemein-

eine süddeutsche wurde. Aber es mochte ihm einen harten Kampf kosten, bevor er sich entschloß, die Versammlung, welche das deutsche Volk mit so viel hochgeschwellten Erwartungen, mit so viel frohen Hoffnungen hatte zusammentreten sehen, ihrem Schicksale zu überlassen. Er mußte das schmerzliche Gefühl eines Seemannes haben, der durch Sturm und Wetter sein Fahrzeug über die Meere geleitet hat, aber es endlich an einem tückischen Felsen scheitern sieht und nun es den Wogen und Winden zum Spiele lassen muß. Wie damals, als er feuchten Auges sein Weib in den Sarg legte, wie damals, als er gramgefurchter Stirn der Leiche seines Bruders folgte, muß ihm ums Herz gewesen sein an jenem Tage, wo er den Staub von seinen Füßen schüttelte und der Stätte den Rücken kehrte, auf welcher das heilige Feuer der Vaterlandsliebe in Asche versank, der Stern Deutschlands wie ein Irrlicht in einem Sumpfe unterging.

Es war am 21. Mai, als Gagern im Verein mit der „Casino-Partei" der National-Versammlung, die nichts mehr konnte, als höchstens den deutschen Süden unheilbar von dem Norden losreißen, seinen Austritt erklärte.

---

schaft zu zerreißen und auch den entfernt Stehenden ein Zeichen zu geben, daß die Mehrheit der National-Versammlung, welche die populäre Reichs-Verfassung zu Stande gebracht hatte, ihr Tagewerk in Frankfurt als geschlossen betrachte. Dies geschah durch den im Verlaufe weniger Tage erfolgten massenhaften Austritt."

XVII.

Noch am 10. Mai d. J. erklärte Gagern von der Tribune der Paulskirche: „Die Verfassung ist endgültig festgestellt und muß durchgeführt werden. Dies ist meine Ueberzeugung heute so gut, als an dem Tage, wo ich sie zuerst aussprach.“ Und doch sahen wir ihn wenige Wochen nachher in der Zusammenkunft der Centren der ehemaligen National-Versammlung in Gotha, welche einem Gedanken seines Bruders ihre Entstehung verdankte, sich für den Berliner Verfassungs-Entwurf erklären, und sehen ihn jetzt thätig für den Sieg der „Partei“, welche sich zur Durchführung desselben Berliner Entwurfs gebildet hat.

Dieser Schritt hat vielfach überrascht. Indem Gagern so, seiner zahlreichen früheren Betheuerungen uneingedenk, sein eigenes Werk zu verlassen schien, hat man auf der einen Seite die sittliche Größe des Mannes, auf der anderen seinen politischen Scharfblick nicht wieder erkennen können.

Uns scheint nichts anderes darin zu liegen, als das stürmische Verlangen, die Einheit Deutschlands auf jede ehrliche Weise, die möglich ist, durchzusetzen und dann das Zeugniß, daß im Charakter Gagern's keine Spur ist von ehrgeizigen Planen, von eigensüchtigem Streben nach persönlicher Verherrlichung.

Die Verfassung vom 28. März war verworfen: sie wurde unausführbar. So wie die Sachen in Deutschland standen, würde der Versuch, sie den Regierungen zum Trotz durchzusetzen, nicht zu ihr, sondern zur Republik

geführt haben. Aber Preußen bot eine andere Verfassung, welche im großen Ganzen, vom europäischen Standpuncte aus angesehen, eigentlich dieselbe mit der Reichs-Verfassung vom 28. März war. Preußen bot darin die Aussicht auf die Zusammenberufung eines neuen Reichstages. Sollte Gagern nun sich schmollend zurückziehen und, in den Mantel des Cato gehüllt, über der besiegten Sache brüten, um von den unbestimmten Wechselfällen der Zukunft zu erwarten, was die Gegenwart seinem ersten Anlaufe versagt hatte? Nein! — Es war für Deutschland nur auf Einem Wege Heil zu erwarten — durch einen neuen Reichstag: diesen Weg erklärte Preußen gehen zu wollen; für einen das Praktische und Ausführbare ins Auge fassenden Vaterlandsfreund blieb also nichts Anderes übrig, als allen seinen Einfluß aufzubieten, um Preußen auf diesem Wege zu erhalten, es darauf voran zu drängen. Die Männer von Gotha sind ihrem Glaubensbekenntnisse nicht untreu geworden: sie haben den Berliner Verfassungs-Entwurf vom 28. Mai nur in so fern angenommen, als er zu einer neuen National-Versammlung führt, in welcher sie Gelegenheit erhalten, ihre Treue für das, was in der ursprünglichen Reichs-Verfassung Besseres ist, zu bewähren und den preußischen Entwurf auf dieselbe zurückzuführen!

In diesem Sinne sprach Gagern sich auf dem Gothaer Tage aus; er sagte unter Anderem *): „Der Verfassungs-

---

*) Einen vollständigeren Auszug aus seiner Rede brachte die „Allgemeine Zeitung“.

Entwurf selbst bedeutete nichts und konnte am wenigsten etwas im Auge des Volkes bedeuten, wenn nicht ein bindendes Bündniß zur Seite trat. Da der Bundestag beseitigt war und die provisorische Central-Gewalt nicht mehr anerkannt wurde, so mußte an deren Stelle sofort irgend etwas treten, ein Surrogat, und dieses Surrogat soll eben das feste Bündniß der drei Königreiche sein. Es mußte aber diese Form des Bundes auf Grundlage eines bestimmten Verfassungs-Entwurfes gewählt werden, weil die Regierungen sich gleichfalls bald überzeugen konnten, ganz wie die Mehrheit der National-Versammlung, daß eine Vereinbarung unter allen Staaten-Regierungen zur Unmöglichkeit gehöre. Die drei Königreiche sind also auf demselben Standpuncte, nur von entgegengesetzter Seite, angelangt, welchen die Reichs-Versammlung noch mehr thatsächlich als um der National-Souverainetät willen einzunehmen sich gedrungen sah. Daraus folgt, daß keinem der drei Königreiche eine einseitige Zurücktretung von dem Verfassungs-Entwurfe gestattet sein kann." Preußen wolle, trotz der verschiedenen Mittel und Wege, die es anzuwenden vorschlage, im Kerne ganz dasselbe, was die frühere Mehrheit in der Paulskirche gewollt habe. Es wolle, was zu erstreben auch nimmer aufgegeben werden könne, ein deutsches Reich, mit einer einheitlichen Regierung an der Spitze, durch einerlei Politik geleitet und durch eine deutsche Volksvertretung bestimmt und gehalten. Sehr schlimm, wenn Deutschland nicht eher, als bis Oesterreich, vielleicht mit russischer Hülfe, allwärts

gesiegt, auf Grund einer constitutionellen Verfassung geeinigt und fest organisirt dastehe. Preußen habe dies erkennen müssen und deßhalb die größten Anstrengungen gemacht, zu diesem Ziele mit Baiern zu gelangen. Es habe vielleicht gegen seine bessere Ueberzeugung die einheitliche Reichs-Gewalt, wie sie in der Frankfurter Reichs-Verfassung festgestellt worden, sehr bedeutend abgeschwächt, um dadurch eben den Verfassungs-Entwurf auch noch für Baiern annehmbar zu machen. Allein es sei darin, wie sich herausstelle, für Baiern noch nicht weit genug gegangen.

Gagern wies dann den Gedanken eines Klein-Deutschlands ohne Baiern entschieden zurück, doch das hange glücklicher Weise von der Regierung in München allein nicht ab, sondern von der Einsicht, dem Sehnen, dem Hoffen der großen Mehrheit der Nation. Ob denn nun der ernstgemeinte Versuch, den der mächtigste rein deutsche Staat zu dem von allen ersehnten Ziel mache, der Unterstützung dieser Versammlung entbehren solle? Das würde wahrlich weder patriotisch noch klug sein, „denn", sagte Gagern, „die Regierungen erreichen ihr Ziel entweder ohne uns, und dann wird der Geist des Absolutismus sich unabsehbar verstärken zum Unheil des Gesammt-Vaterlandes; oder sie erreichen es mit uns, und dann üben wir Einfluß auf diesen absolutistischen Geist und wir können, unterstützt von dem Bürgerthum, von den Mittelclassen besonders, den Geist der Freiheit oben halten." Der Bund der drei Königreiche sei nicht angelegt für einen Sonderbund — ein solcher könne er nicht lange bleiben —, sondern für die

Einheit, und wenn er auch einen andern Ausgangspunct zu haben scheine, sein Ziel sei das nämliche, welches die Reichs-Verfassung gesteckt! Auch sei der Kern dieser Verfassung in dem Entwurf der drei Königreiche enthalten — die Hauptsache, nämlich die wesentlichen Bedingungen einer einheitlichen constitutionellen Regierungsform —, und wenn es dazu noch eines Beweises bedürfte, so läge derselbe schon darin, daß der preußische Entwurf ganz die nämlichen Gegner habe wie die Reichs-Verfassung der National-Versammlung, zumal in den Particularisten und Ultramontanen. Daher erklärt sich Gagern unter den obwaltenden Umständen aufs entschiedenste für den von Preußen — gleichviel, wer dort das Heft in Händen halte und wie viel Beklagenswerthes die dortigen Verhältnisse immer darbieten — befolgten Weg, als den einzigen, der jetzt noch wahrscheinlich zum Ziele führen werde: er sei mithin auch bereit, den Verfassungs-Entwurf im Allgemeinen zu unterstützen. Sollte Preußen jedoch den baierisch-österreichischen Anforderungen noch weiter nachgeben, sollte es die Reichs-Gewalt und den Bundesstaat noch mehr abschwächen wollen, so daß daraus nur unter einem andern Namen wieder die alten Formen und leidigen Verhältnisse des Bundes hervorgehen müßten, dann sage auch er: Besser noch als ein solches trostloses deutsches Scheinreich, das doch nicht ganz Deutschland umschlösse, wieder der alte Bund mit der Totalität.

Aber wie, wenn der Berliner Verfassungs-Entwurf nicht zur Verwirklichung kommt? Dann haben die Män-

ner zu Gotha durch das Nachgeben, durch das Aufgeben des Princips der Volkssouverainetät, durch das bereitwillige Unterwerfen unter das, was Gagern schon früher aussprach: die Frage der Souverainetät sei nicht allein eine Frage des Rechts, sondern auch der Macht, sich in den Bewegungen der Zukunft unmöglich gemacht, und so lag in der Reise nach Gotha für Gagern der Verzicht auf alle und jede ehrgeizige Aussicht in die Zukunft. Diese rücksichtslose Hingabe an die Sache war um so größer, um so verdienstvoller, je geringer damals die Wahrscheinlichkeit war, daß der Drei-Königs-Entwurf eine Wahrheit werde, dieser Entwurf, dessen Geist dem alten und ursprünglichen Gedanken der preußischen Politik, dem innersten Wesen des Preußenthums widerspricht, und der von den Gebern eben so widerwillig dargereicht, wie von denen, die ihn empfangen sollten, widerstrebend angenommen wurde.

Hoffen wir dennoch, daß Preußen auf dem nun einmal eingeschlagenen Wege auch ehrlich vorangehe, und daß ein neuer Reichstag noch einmal die Vertreter des deutschen Volkes zusammen führe; hoffen wir, daß er friedlich das Werk vollende, für welches Gagern kämpfte, voll Selbstverläugnung und um der Sache willen sich nicht scheuend, als gemeiner Soldat dafür einzutreten, nachdem er so lange als Führer und Feldherr dafür im Felde gestanden! Eins ist, was diesem neuen Reichstage seine Aufgabe erleichtern wird. Während die deutsche National-Versammlung in Frankfurt tagte, wurden ihr Einfluß und

ihre Kraft beeinträchtigt durch einen Berliner Landtag, der sich ebenfalls National-Versammlung nannte und sich mit keckem Selbstgefühl neben die Versammlung der Paulskirche stellte. Aber diese Berliner „National-Versammlungen" sind kläglich gescheitert; nachdem sie zweimal aus einander getrieben worden, ist eine dritte preußische Stände-Versammlung zusammen getreten, an welcher die unendlich größere Mehrzahl des Volkes keinen Theil hat. Diese fruchtlosen Versuche, für das vom übrigen Deutschland isolirte Preußen ein wahrhaft constitutionelles Staatsleben zu gewinnen, drängt die öffentliche Meinung in Preußen mit Macht dahin, ihre ganze Gewalt dem neuen deutschen Reichstage unterzuschieben, ihre moralische Kraft in seinen Schooß zu legen. Man wird nicht mehr, wie es im Jahre 1848 geschah, eine preußische Freiheit ohne eine deutsche Einheit erstreben, die, wie es sich nur zu deutlich gezeigt hat, einander wechselseitig bedingen.

Der Widerspruch Oesterreichs wider eine von Preußen octroyirte Verfassung wird freilich hartnäckiger sein, als er hätte auftreten dürfen wider die vom Willen des deutschen Volkes in der Paulskirche beschlossene Reichs-Verfassung. Aber uns scheint eine Einigung zwischen Oesterreich und dem Westreich möglich, ohne daß man den Weg, den beide Reiche bis jetzt eingeschlagen haben — Oesterreich durch seine Verfassung vom 4. März, Klein-Deutschland durch seine Reichs-Verfassung vom 28. März —, zu verlassen brauchte.

Man möge folgende Grundzüge einer solchen Einigung, die uns zu einem großen Reiche fest verbände und uns

doch vollständige Unabhängigkeit der staatlichen Fortentwicklung ließe, prüfen:

Das ganze Deutschland, mit Inbegriff von ganz Oesterreich, bildet das deutsche Reich. Der Kaiser von Oesterreich erhält den Titel: „Kaiser von Deutschland.“

Das deutsche Reich zerfällt in zwei Theile. Oesterreich entwickelt sich seiner eigenen Natur gemäß auf Grundlage seiner octroyirten Verfassung vom 4. März hin, oder welcher andern politischen Basis es sich versichern will; das Westreich sucht auf den Dreikönigs-Entwurf hin, ungehindert von Oesterreich, die Reichs-Verfassung vom 28. März wieder zu gewinnen und stellt den König von Preußen als König der Deutschen an seine Spitze.

Das oberste Reichs-Gericht ist gemeinschaftliches Institut des ganzen Reiches und wird zur Hälfte vom Kaiser, zur Hälfte vom König besetzt. Der Kaiser hat im ganzen Reiche die jura circa sacra in Beziehung auf die katholische Kirche, so viel deren bis zur völligen Trennung der Kirche vom Staat übrig bleiben, zu üben. Er vertritt ausschließlich das Reich beim römischen Stuhle.

Der Kaiser und der österreichische Reichstag, der König und der klein-deutsche Reichstag — alle vier zu gleichen Theilen — setzen zusammen eine Unions-Kammer in Regensburg nieder, deren Aufgabe es ist, Maßregeln anzubahnen, welche die Gemeinsamkeit zwischen beiden Theilen des großen deutschen Reiches immer weiter ausbilden. Diese Unions-Kammer hat jährlich den beiden Reichstagen

bei ihrem Zusammentritt einen Bericht über ihre Wirksamkeit vorzulegen.

Oesterreich und das Westreich garantiren sich einander nicht nur ihre Territorien; Krieg und Friede sind für sie gemeinschaftlich; das Oberhaupt des einen kann die Truppen des anderen requiriren, wenn die innere Ruhe seines Reiches gefährdet ist und seine Macht nicht hinreicht, sie aufrecht zu erhalten.

Damit diese Gemeinschaftlichkeit nicht mißbraucht werde, um die Freiheits-Garantieen der Völker niederzuwerfen, müssen solche Requisitionen durch das oberste Reichs-Gericht vermittelt werden.

Das deutsche Reich hat eine und dieselbe Vertretung. An den östlichen Höfen sind es kaiserliche Botschafter, denen königliche Botschafts-Räthe zugegeben werden; an den westlichen königliche Gesandte, denen kaiserliche Legations-Räthe zur Seite stehen. Außerordentliche Gesandte können beide, der Kaiser und der König senden. Unter sich verkehren sie durch Reichs-Boten. Die Normirung der Consulat-Verhältnisse ist Sache der Unions-Kammer.

Es ist sicherlich nicht schwer, eine Fülle von Gründen gegen einen solchen Plan herbeizubringen. Wir werden uns hüten, die abfallsüchtigen Provinzen Oesterreichs mit unserem Blute ihm unterwürfig zu halten! wird man im Westreich sagen; wir werden dafür danken, in dem vom Republicanismus angesteckten Westreich unsere Truppen die Schergen des preußischen Königthums machen zu lassen! wird man in Oesterreich einwenden. Und wieder im

Westreich: Wir sollen einen Krieg Oesterreichs als einen Krieg des Reiches betrachten, wer bürgt uns, daß Oesterreich so ehrlich ist, einen Krieg des Reiches auch als den seinen zu betrachten? Welche Politik wäre es für Klein-Deutschland, sich in die verwirrten Verhältnisse des aus den Fugen gehenden Oesterreichs verwickelen zu lassen!

Es ist hier nicht der Ort, jene Gründe zu bekämpfen. Aber wir glauben, daß sie viel, wenn nicht Alles, von ihrem Gewicht verlieren, sobald im Westreich, wie in Oesterreich ein nach den Bedingungen beider Länder freilich verschiedenes, aber gleicher Weise ehrliches constitutionelles Staatsleben sich entwickelt hat. Und weiß man uns einen besseren Vorschlag zu machen, um den Frieden zwischen den beiden Bruderreichen zu erhalten und Deutschland, ohne daß es seine Bundesstaats-Idee aufzugeben braucht, die unermeßlichen Vortheile zu sichern, welche ihm das herrliche zukunftreiche Oesterreich mit seiner Donau, seinem adriatischen Meere, mit all seinen Thoren bietet, durch welche der Weg des deutschen Genius in das Land des Sonnenaufgangs führt?

Und wäre es kein Vortheil, durch eine solche friedliche Vereinigung dem Bundesstaate des Westreiches alle die, welche sich die Großdeutschen nennen, zu versöhnen und dadurch eine unschätzbare Garantie innerer Ruhe zu gewinnen?

Es kommt nur darauf an, einen solchen Entwurf nicht vom Standpuncte der augenblicklichen Stimmungen und Wirrnisse zu beurtheilen, sondern, die Verhältnisse im gro-

ßen Ganzen erfassend, sich die Entwickelungen vorzustellen, welche die Zukunft bringen muß. Und wer wird von dieser Zukunft Frieden erwarten, wenn nicht große durchgreifende Maßregeln der Umgestaltung und Versöhnung getroffen werden?

Deutschland wird noch lange ein Land sein, in welchem es nur eines einzigen, großen, mächtigen Willens bedarf, um es aufflammen zu lassen von den Alpen bis zur Eider!

XVIII.

Wir stehen am Schlusse. Deutschland ist wieder da angekommen, wo es vor dem März 1848 stand. Die Männer wie Heinrich Gagern werden wieder bei Seite geschoben. Fassen wir noch einmal die Persönlichkeit des Mannes ins Auge, der ohne Widerspruch der größte Charakter ist, welchen die Erhebung des Jahres 1848 emportrug.

Es fragt sich zunächst, worin eigentlich die Macht seiner Erscheinung liegt. Liegt sie ganz in seinem rednerischen Talente? Ich glaube nicht. Er hat darin durchaus ebenbürtige Nebenbuhler in der Paulskirche gefunden. Seine Rede leidet sogar oft an zu großer Schwerfälligkeit der Diction; er verstrickt sich oft in den Perioden, weil er auf der Tribune wie ein Feldherr ist, der immer mit großen Massen wirkt; das Schiff seiner Rede ist ein mit Gedanken schwer befrachtetes Fahrzeug, und deßhalb mangelt ihm die Leichtigkeit eleganter Bewegungen, plötzlicher und überraschender Wendungen.

So liegt seine Macht in der stürmischen Kraft seines revolutionären Geistes? Auch das nicht. Heinrich von Gagern ist, obwohl er an der Spitze der deutschen Revolution stand, kein revolutionärer Charakter. Er ist kein negirender, kein kritisch zerätzender Geist; das Zertrümmern sagt seiner Natur nicht zu, sondern nur das Schaffen. Er ist ein organisirender Geist; daher haben wir ihn unablässig bemüht gesehen, dem zerstörerischen Element in der deutschen Bewegung Einhalt zu thun und vor Allem den Neubau zu fördern. Er hat sein Leben an die Aufgabe gesetzt, das, was deutsche Zweifelsucht in der Reformation, deutsche Zanksucht und politische Zerfahrenheit seit dem dreißigjährigen Kriege auseinandergerissen, zu einigen und dem Ganzen eine neue Triebkraft nach innen und nach außen zu geben. Das Schicksal hat ihn eine Zeit lang in eine revolutionäre Stellung gedrängt; aber er hat nie auf das Zerbrechen von Staats- und Lebensformen hingearbeitet, er hat nur die Lüge und den wesenlosen Schein bekämpft, der sich unter der Heuchelei unseres früheren Constitutionalismus barg: er hat immer nur gestrebt, wahres Leben zu wecken, todte Institutionen mit lebendigem Geiste zu durchdringen.

Nein, die Macht Heinrich von Gagern's liegt weder in seiner Beredsamkeit, noch in der überwiegenden Gewalt seines revolutionären Geistes; sie liegt in der seltenen Vereinigung von sittlicher Reinheit, heißer Vaterlandsliebe und hellem politischem Scharfblicke. Es liegt in ihm friedlich verschmolzen das stolze Rechtsbewußtsein des Rit-

ters, die klare Einsicht des Staatsmannes und der begeisterte Patriotismus eines Dichters.

Dabei birgt diese tiefe und klare Seele einen unerschöpflichen Muth, eine nicht zu erstickende heitere Zuversicht, die einen wahrhaften Zauber ausübt; und was diesem Zauber wieder seine größte Kraft gibt, das ist der Ausdruck unendlicher Ehrlichkeit, der in all seinem Thun und Denken sich ausprägt, verbunden mit dem gänzlichen Mangel an persönlichem Egoismus und Ehrgeiz.

Gagern ist ein ganzer und voller Mensch, dem ein wunderbar harmonisches Zusammenspielen von Gemüth und Intelligenz, ein seltenes inneres Gleichgewicht von Natur und Bildung eigen ist. In der Harmonie seiner Eigenschaften liegt das Bezwingende dieses Charakters; die einzelnen Eigenschaften mögen von anderen politischen Charakteren übertroffen werden können: das Ganze dieses Charakters ist dennoch ohne ebenbürtigen Zeitgenossen.

Gagern ist eine ritterliche Erscheinung. Das ist das bezeichnendste Eigenschaftswort für diesen Charakter. Darum auch ist Gagern nicht eigentlich Mann des Volkes und Volksredner; er ist kein O'Connell, der sich zur Intelligenz der Massen herabläßt, durch Effecte zu wirken sucht und den Instincten der großen Menge schmeichelt; kein Lamartine, dessen pomphaft aufgetakeltes Rhetor-Fahrzeug auf der Flut der Volksbewegung, von einer schwachen Hand geführt, halb willenlos sich fortreißen läßt. Nein, Gagern hält die Hand fest am Ruder, das Auge fest auf den Compaß gerichtet. Darum haßt ihn die Demagogie.

Die unerschütterliche Ehrlichkeit dieses Charakters ist ihr um so verhaßter, als er ihr keine wunden Stellen bietet, keine Schwächen, an welche sich ihre Angriffe festklammern könnten. Sie muß sich damit begnügen, in der Ritterlichkeit seines Charakters, in seinem Wohlwollen und seiner Pietät Vorwände zu den Anklagen der Volksfeindlichkeit, der Fürstendienerei, des Ehrgeizes und des Hochmuthes, oder in seiner Ehrlichkeit die Vorwürfe der Beschränktheit und Geistesschwäche zu suchen.

Die unvergleichliche Macht, welche Gagern in der deutschen National-Versammlung übte, wurde durch seine äußere Persönlichkeit außerordentlich unterstützt. Gagern besitzt eine hohe, kräftig gebaute Gestalt; ein schönes markirtes Gesicht mit hoher Stirn und buschigen Brauen, in jedem Zuge Kraft, Entschlossenheit und doch herzliches Wohlwollen zeigend, ein sonores, mächtig klingendes Organ. Wenn er in Augenblicken edler Erregung auf der Tribune die Inspirationen seiner Vaterlandsliebe ausströmt, oder wenn er mit dem sittlichen Zorne, der ihm eine unaussprechliche Hoheit verleiht, vernichtende Worte wider Frechheit und Rohheit schleudert, die nur zu oft ihre schmutzigen Waffen gegen ihn erhoben, dann findet man es begreiflich, weßhalb man diese olympische Gestalt den Jupiter tonans der Paulskirche genannt hat.

„Als Gagern", sagt ein Augenzeuge, „am 29. Juni 1848 in der Paulskirche die Worte sprach: „„Ich proclamire Johann, Erzherzog von Oesterreich, zum Reichsverweser über Deutschland!"" — als er später die Anrede hielt an

den Reichsverweser, war mir's, als ob nicht ein Einzelner, nicht ein Mensch sie gesprochen. Mir war's, als hörte ich den Gesammt-Ausdruck des Volkes, die verkörperte Idee, wenn Sie wollen, den Chor der Griechen."

Zur Vervollständigung unseres Bildes lassen wir hier eine kurze, aber im Ganzen treffende Charakteristik Gagern's folgen, welche unlängst ein deutsches Journal enthielt *):

„Wenn man Gagern zuerst sieht und hört, imponirt er nicht (?). Sein süddeutscher, hie und da übel lautender Accent, ein gewisses Hemmen der Worte und sogar unschöne Angewöhnungen, wie das übermäßige Ausdehnen und durch die Nase Zwängen der Silbe ăn, z. B. in den Worten Ăntrag, ănnehmen, welche Gagern höchst störend aōn ausspricht, beleidigen geradezu das Gehör.

„Nichts desto weniger erkennt man die ungewöhnliche Redegewalt Gagern's, sobald man ihn erst einmal im Affect vernommen hat. Alsdann sind seine Worte überwältigend, unwiderstehlich, beherrschend, reiner, voller Donner, und desto wirksamer, als er, sei es durch Kunst oder Naturgabe, die eigentliche Kraft der Worte stets im rechten Augenblicke einzusetzen pflegt. Seine Stimme kommt tief aus der Brust, und es ist eine Freude, ihn reden zu hören, so klar, wahr, überzeugt, zwanglos, sicher ist sein Vortrag.

„Gagern ist der Entwurf zu einem echten deutschen Staatsmanne der Zukunft, ein sittlicher Held, einer der

---

*) S. „Morgenblatt", Nr. 266, 1848.

wenigen Redner der Reichs-Versammlung, welcher begeistert, weil er begeistert ist. Der tiefe Sinn seiner Gedanken ist immer Eins mit der Einkleidung der Worte; daher fallen diese auch so schwer ins Gewicht. Jedes Wort ist, unbewußt, gezählt, keines, wie bei allen Andern so oft, zu viel oder zu wenig hingeworfen. Gagern ist zugleich der reinste, edelste Patriot, ich möchte sagen: der personificirte Patriot, ein moderner getreuer Eckart, mäßig, gerecht, befriedigend, umsichtig nach allen Seiten. Ein echter Künstler als Redner, tritt er immer nur im entscheidenden Augenblicke wie ein Feldherr ein und wirft sein Schwert in die Wagschale. Er hat etwas Königliches, Löwenhaftes, seine Worte werden durch ihre Tiefe zur That und Macht. Gagern vertritt mit Einem Worte die Schönheit in der Politik und kann eben deßhalb, wie es das reinste Gefühl des Schönen mit sich bringt, selbst wenn er Unrecht hätte, bis zu Thränen rühren.

„Er ist lang und kräftig von Gestalt, er geht etwas gebückt, sein Haar ist dunkel, sein Auge deßgleichen, die Brauen buschig, der Blick stet, ohne Starrheit, im Ausdruck gut, bieder, ehrlich, klug, Vertrauen erweckend, deutsch; ja, wenn der höchst wahre Vergleich erlaubt ist, er hegt die unaussprechlich rührende treuherzige Ruhe des Hundeblicks in sich.

„Durch die vielen Angriffe, welche Gagern Seitens der äußersten Linken in der letzteren Zeit erlitten hat, ist er sichtlich gereizt worden. Er kommt deßhalb nicht selten in den Fall, seine erhabene, unerläßliche Ruhe zu vergessen

und sich wohl zu übereilen. Er ist überhaupt nur für die großen allgemeinen Angelegenheiten ein trefflicher Präsident, für die alltäglichen kleinen zu ungenau oder zerstreut. Ich möchte sagen, er ist ein Feiertags-, kein Werkeltags-Präsident, ein General für die Schlacht, kein Exercirmeister.

„Es ist so schön, zu erschöpfen, und darum sei es uns auch mit unserer Charakteristik Gagern's durch Hervorhebung der schwachen Seite, welche wir an ihm erblicken, erlaubt. Wir glauben nämlich, daß Gagern zwar frei im Denken, aber nicht frei genug im Handeln ist, daß es ihm an thatkräftiger, scharfer Penetration fehlt, daß sein Gefühl seine Hand lähmt; vielleicht ist es auch ein Uebelstand für ihn, daß er in keinem größeren selbstständigen Staate gelebt hat und gelehrt worden ist. — Es wäre ein unabsehbares Unglück, wenn Heinrich von Gagern doch noch nicht der rechte Mann für Deutschland sein sollte."

Wer die letzten Jahre hindurch die politische Entwickelung des deutschen Volkes verfolgt und die charakteristischen Eigenthümlichkeiten unserer Nation ins Auge gefaßt hat, dem kann nicht entgangen sein, daß sich an die Spitze unseres geistigen Lebens das kritische Element, eine zweifelsüchtige Erbitterung wider Gott und die Welt, ein frivoler Nihilismus, geschwungen hatte. Der russische Absolutismus Metternich's, der geistesschwache Pietismus der preußischen Regierung schien den sonst so klaren und wohlwollenden Charakter der Nation nach und nach zu einer Umwandlung zu drängen, wie lange Mißhandlungen sie

in den besten und edelsten Individuen hervorbringen. Man hätte deßhalb glauben sollen, eine Revolution in Deutschland werde einen Charakter an die Spitze drängen, der der Ausdruck jener Erbitterung sei, eine Verkörperung jenes kritischen zerätzenden Geistes, der in der neuesten Zeit unsere geistigen Lebensäußerungen beherrschte und die Wurzeln der Gesellschaft bedrohte. Man hätte glauben sollen, an die Spitze unserer Bewegung werde jener uralte Ausdruck unserer tiefsten Eigenthümlichkeiten, ein skeptischer Faust treten, dessen Geist alle Sphären der Schöpfung durchmessen hat und der aus Unmuth über die Fesseln, welche seine physischen Kräfte hinter den hohen Seelenflügen zurückhalten, sich dem Teufel in die Arme wirft, um von ihm Schwingen zu erhalten.

Aber nein, die deutsche Revolution ist dieser Gefahr entgangen. Die düsteren verbissenen Züge der Germania haben sich nach dem März aufgehellt und dem Ausdruck freudiger Begeisterung Platz gemacht. Mit Gagern hat sich die alte Ehrlichkeit und Ritterlichkeit der germanischen Race an die Spitze der Bewegung gestellt.

Freilich, wir sind seitdem in eine andere Periode eingetreten. Eine neue Revolution steht zu befürchten, eine Revolution, in welcher der zerstörungssüchtige Faust sein Recht, der Ausdruck unseres Charakters zu sein, sich wieder erwerben würde, und das sicherlich nicht ohne den rothen Junker in seinem Gefolge. Hoffen wir, daß die düstere Wolke vorüberziehe und daß das Werk Gagern's sich auf friedlichem Wege vollende.

Ist dies wirklich der Fall, krönt der gute Genius Deutschlands die Anstrengungen dieses Mannes mit einem solchen Erfolge, dann mag man ihm einst über seinem Grabe einen Ehrenstein aufrichten, wie man sie in der Kathedrale von Mainz über den Gräbern der Kur-Erzkanzler und Erzbischöfe errichtet hat.

Auf diesen Grabsteinen sieht man die hohen Gestalten jener großen Kirchenfürsten und neben ihnen, in kleinerem Maßstab, nur bis an ihren Gürtel reichend, die römischen Kaiser und Könige, welche ihr Einfluß auf den Thron setzte und die sie dem deutschen Volke kürten und krönten. So mag man auch die hohe und ritterliche Gestalt Heinrich's von Gagern über seinem Grabe aufrichten und neben ihm einen kleinen, sehr kleinen Kaiser!

Anhang.

Das Programm Heinrich von Gagern's

vom 18. December 1848.

Ein Gefühl der Nothwendigkeit, ein heißes Verlangen durchdringt das Volk: daß das Verfassungswerk schnell vollendet sein möge. Die verfassunggebende Reichs-Versammlung hat dieses Bedürfniß erkannt und nähert sich dem Ziele ihrer großen Aufgabe. Zwar ist die Errichtung des Verfassungswerkes von der Wirksamkeit der Central-Gewalt ausgeschlossen; die Wege aber anzubahnen, damit die vollendete Verfassung in Wirksamkeit treten könne, thätig zu sein, wo vorauszusehenden Hindernissen vorgebeugt werden kann und etwa eintretende zu beseitigen sind: eine solche das Verfassungswerk betreffende Wirksamkeit der Central-Gewalt erscheint in so hohem Grade als Bedingung der allgemeinen Wohlfahrt, daß das Reichs-Ministerium sie für die nächste und wichtigste erkennt. Die Stellung, welche Oesterreich zur deutschen National-Versammlung und zu der provisori-

schen Central-Gewalt für Deutschland eingenommen hat, legt dem Reichs-Ministerium die Pflicht auf, der National-Versammlung, deren Aufmerksamkeit durch diese wichtige Frage bereits vielfach in Anspruch genommen ist, Vorlage zu machen. Das Programm des österreichischen Ministeriums vom 27. November spricht aus:

1) daß alle österreichischen Lande in staatlicher Einheit verbunden bleiben sollen;

2) daß die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland dann erst staatlich geordnet werden könnten, wenn beide Staaten-Complexe zu neuen und festen Formen gelangt seien, d. h. ihre innere Gestaltung vollendet haben würden.

Diese Auffassung der Stellung Oesterreichs zu Deutschland hat nicht allein den Beifall des österreichischen Reichstages zu Kremsier erhalten, sondern scheint auch den Wünschen und Ansichten der großen Mehrheit der Bewohner der deutsch-österreichischen Lande zu entsprechen. Es ist damit österreichischerseits die Antwort auf die Frage ertheilt, welche in der Beschlußnahme der National-Versammlung über den Verfassungs-Entwurf, „Capitel vom Reich und der Reichs-Gewalt", namentlich in den Paragraphen 1 bis 3 enthalten, an Oesterreich gestellt worden ist.

Das Reichs-Ministerium glaubt in Beurtheilung der Stellung der Central-Gewalt zu Oesterreich von folgenden Sätzen ausgehen zu müssen:

1) Bei der Natur der Verbindung Oesterreichs mit außerdeutschen Ländern beschränkt sich für jetzt und während des Provisoriums die Pflicht der Reichs-Gewalt darauf, das bestehende Bundes-Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland im Allgemeinen

zu erhalten. Es ist aber das Sonder=Verhältniß Oesterreichs anzuerkennen, wonach es anspricht, in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat unter Bedingungen, welche die staatliche Verbindung der deutschen mit den nicht=deutschen österreichischen Bundestheilen alteriren, nicht einzutreten.

2) Oesterreich wird also nach den bis jetzt durch die National=Versammlung gefaßten Beschlüssen, wodurch die Natur des Bundesstaates bestimmt worden ist, als in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat nicht eintretend zu betrachten sein.

3) Oesterreichs Unions=Verhältniß zu Deutschland mittels einer besondern Unions=Acte zu ordnen, und darin alle die verwandtschaftlichen, geistigen, politischen und materiellen Bedürfnisse nach Möglichkeit zu befriedigen, welche Deutschland und Oesterreich von jeher verbunden haben und in gesteigertem Maße verbinden können, bleibt der nächsten Zukunft vorbehalten.

4) Da Oesterreich zu dem von der provisorischen Central=Gewalt repräsentirten Deutschland zwar in einem unauflöslichen Bunde steht, in den Bundesstaat aber nicht eintritt, so ist die Verständigung über alle gegenseitigen, sowohl bereits bestehenden als künftigen Bundes=Pflichten und Rechte auf gesandtschaftlichem Wege einzuleiten und zu unterhalten.

5) Die Verfassung des deutschen Bundesstaates, deren schleunige Beendigung zwar im beiderseitigen Interesse liegt, kann jedoch nicht Gegenstand der Unterhandlung mit Oesterreich sein.

Indem ich diese Sätze der Prüfung der National=Versammlung übergebe, suche ich für das Reichs=Ministerium um die Ermächtigung nach, die gesandtschaftliche Verbindung mit der Regierung des österreichischen Kaiserreichs, wodurch den erörterten Verhältnissen entsprochen wird, Namens der Central=Gewalt

anknüpfen zu dürfen. Ich erlaube mir, daran die Bitte zu knüpfen, daß diese Vorlage zwar nach ihrer Wichtigkeit an einen Ausschuß zur Begutachtung überwiesen, die Verhandlung der Sache aber möglichst beschleunigt werden möge.

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Satzfehler.

Seite 49, Zeile 16 lies: κλῆρος, statt κχῆρος, und χαίρω statt ϰαίρω.

Seite 67, Zeile 6 lies: bewähre, statt bewahre.

Seite 93, Zeile 6 lies: nach Frankfurt heim, statt heim.

Ebendaselbst Zeile 9 sind die Worte: „nach Frankfurt" zu streichen.

Druck von M. DuMont-Schauberg in Köln.

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Schücking, Levin,

Heinrich von Gagern ein Lichtbild

Köln 1849

Biogr. 432 mb
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10063345-7